



AL-DJABHA

DIE FRONT



nr. 11 Preis:
Jahr: 1971 1 DM

Herausgeber: Sozialistisches Palästinakomitee, Heidelberg

6900 HEIDELBERG GRABENGASSE 14 c/o AstA

Editorial	S.2
Der palästinensische Widerstand und die Frage der friedlichen Lösung	S.4
Die Erdölverhandlungen von Teheran und Tripolis	S.20
Die wirtschaftliche Entwicklung in Israel	S.27
Mit den Israelis gegen die Marxisten und die Feddayin	S.31
Rede vor einem iranischen Militärtribunal	S.34
Über die politische Lage in Oman und Dhofar	S.40
Erich Fried: Gedichte für Al-Djabha	S.44

Erscheint im: Trikont-Verlag, 8 München 80, Josephsburgstr.80

Verantwortlich: Dieter Hildebrandt, 69 Heidelberg, Grabengasse 14

Druck: Caro Druck GBR, Heidelberg



Editorial:

Zur Entwicklung in Ägypten

Die Gründung der "Union der arabischen Republiken" durch die Staatschefs Ägyptens, Libyens und Syriens am 17.4.71 erschien den meisten Beobachtern zunächst als ein Erfolg des arabischen Nationalismus, als eine Stärkung der arabischen Position in den Friedensverhandlungen gegenüber Israel und den Vereinigten Staaten. Vor allem zionistische und prozionistische Sprecher wiesen auf die Gefahr hin, die die neue Föderation unter dem Einfluß so radikaler Nationalisten wie Ghaddafi für den Fortgang der friedlichen Regelung des Nah-Ost-Konflikts bedeute

Die Entwicklung nach der Gründung der Föderation, die Äußerungen ihrer Führer, der Verlauf des Besuchs des US-Außenministers Rogers, und die Konflikte in der ägyptischen Staatsführung haben aber gezeigt, daß allein Israel Nachteile vom Zusammenschluß der drei Staaten zu erwarten hat, während die imperialistischen Mächte allen Grund haben, mit dem Weg, den Ägypten, Lybien und Syrien genommen haben, zufrieden zu sein. Sadat und die von ihm geführte Fraktion der ägyptischen Bourgeoisie ist so beflissen, ihre tiefen freundschaftlichen Gefühle zum US-Imperialismus zu zeigen, so sehr bereit, substantielle, offensichtlich auch territoriale Zugeständnisse zu machen, daß Israels taktische Position in den Friedensverhandlungen geschwächt wird. Denn Israels Stärke liegt in seiner Aufgabe als Wachhund der imperialistischen Interessen, und darin, daß es neue Waffensysteme und Kredite immer wieder mit dem Hinweis auf das Bündnis zwischen der Sowjet-Union und Ägypten erpressen konnte.

Die neue Föderation hat allein den Zweck, eine neue, offene Versöhnung der arabischen Bourgeoisien mit dem US-Imperialismus einzuleiten, und die antiimperialistischen Bewegungen in den arabischen Ländern auszuschalten. Schon das Gründungsdokument der Union, die Erklärung von Benghasi, zeigt, wie sehr kurzfristige, vom derzeitigen Stand der Auseinandersetzung um die "friedliche Regelung" und den Notwendigkeiten der Sicherung der Macht der herrschenden Regimes bestimmte Interessen die Bildung der Föderation beeinflussen haben.

Das Dokument ist in sich widersprüchlich. Es schränkt die Souveränität der beteiligten Staaten in manchen Punkten stark ein, greift aber ihre unterschiedlichen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Strukturen kaum an. Die gesellschaftliche und politische Vereinheitlichung der "demokratischen und

sozialistischen Regimes" wird nur als langfristige Perspektive genannt, als Zugeständnisse an die Tradition des arabischen Nationalismus: "Die politische Führung in jedem Land bleibt für die Organisation und Ausführung der politischen Aktivität in diesem Land verantwortlich, bis eine vereinte arabische politische Bewegung geschaffen ist." Bis auf einige organisatorische Maßnahmen (Schaffung eines Präsidenschaftsrates, bestehend aus den Staatschefs als höchstes Organ der Föderation, ihm sind die Minister verantwortlich, die Bundesversammlung besteht aus Delegierten der jeweiligen Nationalversammlungen, am 1. September 1971 soll die Föderation durch ein Plebiszit in den drei Republiken bestätigt werden) die den bürokratischen und volksfeindlichen Charakter der Föderation klar erkennen lassen, ist die Erklärung nur in zwei Punkten konkret: 1) Obwohl die Vereinheitlichung der Außen- und Wirtschaftspolitik angestrebt wird, bleiben die Einzelstaaten nicht nur in der Handhabung bereits abgeschlossener Verträge souverän, sondern können auch weiterhin selbständig internationale Verträge abschließen und diplomatische Beziehungen zu dritten Staaten aufnehmen. In der für jedes unterentwickelt gehaltene Land entscheidenden Frage der auswärtigen wirtschaftlichen und politischen Beziehungen behält sich jedes der drei Regime Souveränität vor. 2) Dagegen entscheidet die Föderation über Krieg und Frieden, die Form der Zusammenarbeit und des Oberkommandos der Armeen wird genau bestimmte und vor allem die "Fragen der nationalen Sicherheit": "Im Falle innerer oder äußerer Unruhen innerhalb eines Bundesstaates, die eine Bedrohung für die Föderation oder eines ihrer Mitglieder darstellen, benachrichtigt der betroffene Staat unmittelbar den Bundesrat, damit dieser entsprechend seinen Rechten die notwendigen Maßnahmen für die Erhaltung von Sicherheit und Ordnung ergreift. Wenn einer der Staaten nicht in der Lage ist, Hilfe zu verlangen, oder wenn die Sicherheit der Föderation in Gefahr ist, müssen die zuständigen Bundesbehörden ohne ausdrückliche Aufforderung eingreifen."

(Zitate nach Le Monde, 20.4.71)

Im Kontext der Politik der drei Republiken seit der Annahme des Rogersplans gesehen, kann dieses Dokument nur so interpretiert werden, daß es den Staatschefs in der Tat nicht darauf ankam, mit Hilfe einer vereinheitlichten Wirtschafts- und Außenpolitik ein "antiimperialistisches und progressives Bündnis zu schließen, wie die Führung der Sowjet-Union euphemistisch verlauten ließ. Sie sind vielmehr ein kurzfristiges Bündnis eingegangen, ohne auf ihre partikularen Interessen zu verzichten, um den Frieden mit Israel durchzusetzen und sich gegenseitig Schutz gegen alle Kräfte zu garantieren, die gegen eine offene proimperialistische Politik aufstehen würden.

Sowohl der rechte Putsch Assads in Syrien als auch die Säuberungen in Staat, Partei und Armee in Ägypten durch die Clique um Sadat sind begleitet von "Liberalisierungs"maßnahmen.

Nachdrucke nur bei Quellenangabe und gegen Belegexemplar

Gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder

Bankverbindungen : Konto Nr. 5012, Heidelberger Volksbank

In Syrien wurde die staatliche Wirtschaftspolitik gelockert, Einfuhrbeschränkungen für bestimmte Konsumgüter aufgehoben und den Ölgesellschaften erhebliche Zugeständnisse gemacht. Die derzeitigen Machtkämpfe in Ägypten sind begleitet von ökonomischen und politischen Liberalisierungsmaßnahmen, der Freilassung von politischen Gefangenen, u.a. Moslembrüdern; Reprivatisierung bestimmter, zuvor verstaatlichter Vermögen, Schwächung der staatlichen Autorität im wirtschaftlichen und zivilen Sektor, das alles im Interesse einer "Massenbasis", bestehend "nicht nur aus einer liberalen Bourgeoisie, sondern ebenso aus dem bürokratischen Staatsapparat, den "Managern" des öffentlichen Sektors, einem großen Teil der Bauernschaft (die sehr am Privateigentum hängt) und, allgemein gesprochen, all denen, die "mit dem Krieg Schluß machen wollen", mit oder ohne Hilfe der Amerikaner"

(Jean Lacouture in Le Monde, 15.5.71)

Zugleich mit der Gründung der neuen arabischen Föderation ließ sich zumindest in Ägypten eine Abkehr der unter Nasser verfolgten panarabischen Politik beobachten. Heute gibt es Anzeichen dafür, daß im propagandistischen Vokabular des Präsidenten Sadat mehr und mehr die Formeln des traditionellen ägyptischen, vom arabischen getrennten, Nationalismus, sowie die durch die Moslembruderschaften vertretene muslimisch-reaktionäre Ideologie Raum gewinnt. Dem entspricht die gegenüber Israel verfolgte Politik: Während zuvor jeder Friedensschluß mit Israel mit der Bedingung der Räumung aller besetzten Gebiete und der "Lösung des Flüchtlingsproblems" verknüpft wurde, steht jetzt die Frage des Suezkanals im Vordergrund. Gestützt auf die libyschen Öldevisen, die vom jordanischen und syrischen Regime garantierte Ruhe an der Jordan- und Golanfront und das Interesse des US-Imperialismus, die sowjetischen Positionen in Ägypten selber zu unterlaufen, hat die ägyptische Regierung im Zusammenhang des Rogers-Besuchs im Nahen Osten viele der vorher aufgestellten Bedingungen für eine friedliche Regelung mit Israel fallen lassen. Zusammen mit dem libyschen Öl stünde dann der ägyptischen Bourgeoisie eine Devisenquelle zur Verfügung, die die finanzielle Abhängigkeit von der Sowjet-Union ausgleichen könnte.

Nur die gemeinsamen Gegner und das Interesse an ungestörten Beziehungen zum US-Imperialismus vereinen also die herrschenden Regimes der drei Republiken. Mit der Säuberung der "linksnasseristischen" an nationaler Unabhängigkeit im Bündnis mit der Sowjet-Union interessierten Fraktion in der ASU wird der Abschnitt über die "nationale Sicherheit" in der Erklärung von Benghazi bereits verwirklicht. Die Sowjet-Union scheint damit ihre festen Stützpunkte

im ägyptischen Staatsapparat zu verlieren und wagt zugleich nicht, sich dagegen zu wehren, aus Furcht, dann vollends jeden Einfluß zu verlieren. Die ägyptische KP ist damit vollends ausgeschaltet, nachdem sie sich zuvor schon in die ASU aufgelöst hatte. Die libanesische und die syrische revisionistische KP, die 1958 sich noch gegen die Gründung der VAR gewendet hatten, begrüßten jetzt diensteifrig die neue Föderation (Le Monde, 22.4.71), die das Ende der seitherigen sowjetischen Politik im Nahen Osten einleitet.

Führende Persönlichkeiten in der palästinensischen Widerstandsbewegung fanden warme Worte für den neuen Bund: die palästinensische Kleinbourgeoisie und Bourgeoisie hoffen von der Freundschaft der arabischen herrschenden Klassen zu profitieren, vielleicht durch eine Republik nach ägyptischem oder syrischen Vorbild auf jordanischem Boden, wenn sich der "Friede" mit Israel schon nicht vermeiden läßt.

Die revolutionäre arabische Linke und mit ihr die Demokratische Front FPDLP sieht in diesem Staatenbund eine "gefährliche Bedrohung für die nationalen und Klasseninteressen der arabischen Massen." (Al Hurria, zit. nach Le Monde, 22.4.71). Für sie ist die Gründung des neuen Bundes, die Politik der offenen Freundschaft mit dem US-Imperialismus nichts als die Fortsetzung der von Nasser mit der Akzeptierung des Rogersplans betriebene Politik, auch wenn heute die orthodoxen Nasseristen deren Opfer sind.

Der Rogers-Plan hat jene Reise des Außenministers Rogers vorbereitet, die mit einer beispiellosen Offensive der Reaktion im Nahen Osten verbunden war: der Herstellung griechischer Verhältnisse in der Türkei mit dem Versuch, die revolutionäre Massenbewegung zu liquidieren und der Zerschlagung des links-nationalistischen, antiimperialistischen Potentials in Ägypten und damit der Beginn der Ausschaltung des Einflusses der SU. Welchen Erfolg die Pläne der reaktionären Fraktion der arabischen Bourgeoisie und des US-Imperialismus langfristig haben werden, hängt von der Fähigkeit der revolutionären arabischen Linken ab, die arabischen Massen politisch zu organisieren und ihren anti-imperialistischen Kampf anzuleiten.

KONTO AL-DHJABA
VOLKSBANK HEIDELBERG

kto. 5 0 1 2

KOMITEE SÜDL. AFRIKA
SPENDENKONTO
VOLKSBANK HEIDELBERG

kto. 2 9 9 4 0



GEGEN DEN STROM

Der palästinensische Widerstand und die Frage der "friedlichen Lösung"

I. Vorwort

Nach der Niederlage der arabischen Armeen im Juni 1967 begannen die durch die ägyptische Militärbürokratie mobilisierten und vom Ausgang der militärischen Kämpfe völlig überraschten Ideologen und Verfechter der ägyptischen Hegemonie in der arabischen Welt nach den Ursachen und Konsequenzen dieser Niederlage zu suchen. Dabei orientierten sie sich an der von Nasser in seiner politischen Laufbahn propagierten "Schule der politischen Flexibilität und des ideologischen Pragmatismus".

Die fertigen Konzepte einer solchen "Schule", die man Nasserismus nennt, verhalf diesen Ideologen zu einer Wahrheitsfindung, deren politischer Inhalt sich nur auf die äusserlichen Erscheinungsformen der Krise bezog. Zur Erklärung des israelischen Sieges wurden fast ausschließlich einige in ihrer Bedeutung maßlos überschätzte Faktoren, die aber für die Klassenstrukturen der besetzten Staaten einigermaßen unwichtig waren, herangezogen. Man jammerte über das Fehlen bestimmter Vorteile, die der Gegner hatte, im eigenen Lager und sah darin die Hauptursache der Niederlage.

Der Mangel an technologischem Fortschritt auf der arabischen Seite, die Fehler der militärischen Führung und ihre Kalkulation, der Feind würde Ägypten vom Osten und nicht vom Westen angreifen, die arabische Uneinigkeit und nicht zuletzt die amerikanische Hilfe an Israel wären nach Meinung der Nasseristischen "Schule" die entscheidenden Faktoren, die der israelischen Armee den Sieg brachten. Durch die willkürliche Trennung zwischen Ideologie, Technologie, Politik und Nationalökonomie und den herrschenden Klassenverhältnissen entstehen mystifizierende Ideologien, die den Krieg ahistorisch und ohne Rücksicht auf seinen Klassencharakter erklären. Die technologische Zurückgebliebenheit eines Landes hat dieser Ideologie zufolge vor dem technologischen Fortschritt eines feindlichen Landes immer zu kapitulieren, auch dann, wenn die Frage des gerechten nationalen Kampfes und Klassenkampfes auf der Tagesordnung steht. Die scheinbar von den tatsächlichen Klassenverhältnissen unabhängigen Überbauideologien haben unter den Bedingungen des Krieges die Aufgabe, die durch den Krieg gedemütigten Massen unter die Führung zu integrieren, um die Entstehung von revolutionären Masseninitiativen zu verhindern. Die Niederlagen werden dadurch relativiert, daß Spekulationen über Erfolgchancen des militärisch besiegten Staates auf politischem Weg, d.h. am Verhandlungstisch angestellt werden.

Die Legitimation für den angeblich einzig gangbaren, politischen Weg zur Lösung der nationalen Fragen, die sich aus der Niederlage ergeben, entsprechen den Interessen der im Krieg unterlegenen herrschenden Klasse, die in der alltäglichen Propaganda als die nationalen Interessen dargestellt werden. Das Schicksal einer sich von den Massen verselbstständigenden Klasse wird damit zum Schicksal einer ganzen Nation deklariert; die politischen Konzessionen, die diese Klasse an den nationalen Feind macht, lassen sich in der Phase, in der die Arbeit einer sich in den Massen verankerten revolutionären Oppositionspartei fehlt, als unabdingbare nationale Opfer darstellen.

Unter diesen Bedingungen begreifen die Massen die "nationalen" Opfer nicht in ihren wirklichen Zusammenhängen, d.h. als Realisierung bestimmter historischer Prozesse, die ihre Rolle als Subjekt der historischen Entwicklung paralisieren, sondern vielmehr als taktische Momente, die zur Wiederherstellung eines durch unkontrollierbare Faktoren zerstörten Gleichgewichts der Kräfte beitragen werden. Die herrschende Klasse verfügt über genügend Potenzen, um die Lage "dauerhaft" zu stabilisieren und mögliche Angriffe von linken und anderen oppositionellen Kräften zurückzuschlagen. Jede Kraft, die sich gegen die Klassenharmonie stellt, oder sich den scheinbar nationalen Bestrebungen der Staatsmacht widersetzt, wird zum Feind der gesamten Nation erklärt und verjagt.

Dieses kurze allgemeine Vorwort soll die folgenden Thesen beleuchten:

1. Es war die Staatsbürokratie in Ägypten, die die Antwort auf den Juni-Krieg 67 trotz ihrer Niederlage formulierte. Auf die politischen und ökonomischen Hintergründe der Kapitulation der ägyptischen Staatsbürokratie wird später ausführlich eingegangen.
2. Die Antwort der arabischen Massen, die das Ergebnis der Massendemonstrationen vom 9./10. Juni 1967 hätte sein müssen, blieb dank der Relativierung der Niederlage als einer militärischen und durch die Unterdrückungsmechanismen einer von der ägyptischen Staatsbürokratie gesteuerten Integrationsideologie, aus.
3. Die "friedliche" Regelung ist zur Maxime einer Politik geworden, die nur aus dem Fehlen einer revolutionären ägyptischen kommunistischen Partei, die die Arbeiterklasse und die armen Bauern mobilisiert und organisiert, erklärt werden kann.

4. Die politische Stärke der sich von den Massen verselbstständigenden arabischen Staatsapparate erklärt sich aus der Schwäche der Arbeiterklasse in den arabischen Ländern und aus der Zersplitterung der proletarischen Parteien dieser Länder.

II. Zur Frage der "friedlichen" Regelung

Der Nahe Osten steht am Wendepunkt einer neuen historischen Entwicklung, die sich dadurch auszeichnet, daß die sich seit über zwanzig Jahren bekämpfenden Bourgeoisien, nämlich die arabische und die jüdisch-zionistische, "versöhnen". Diese "Versöhnung" wird zwar dauerhaft sein, sie wird den arabisch-zionistischen Gegensatz nicht aufheben können.

Dieser Prognose liegt weder eine Politik der Vaterlandsverteidigung noch die eines Gegners des friedlichen Nebeneinanderlebens der Nationen zugrunde, sondern vielmehr eine historisch begründete Einschätzung von solchen zwischenstaatlichen Regelungen, die vom Volk nicht geteilt werden. Denn unter den Bedingungen eines Krieges kann ein Staat, der den Sieg davon getragen hat, seinem Gegner Regelungen aufzwingen, die sich nur aus der Verschiebung im Gleichgewicht der Kräfte interpretieren lassen. An historischen Beispielen fehlt es in diesem Zusammenhang nicht. Dadurch wird natürlich kein Frieden geschlossen, sondern die Frage des Krieges wird unter den neu geschaffenen Verhältnissen im Rahmen einer neuen strategischen Zielsetzung der historisch berufenen Klassen zur Diskussion gestellt.

Man kann nicht genug daran erinnern, daß die wahren Kommunisten und klassenbewußten Proletarier nicht nur den Krieg, sondern auch den Frieden nach seinem Klasseninhalt zu beurteilen haben. Einen Frieden zwischen zwei oder mehreren Bourgeoisien können das Proletariat und seine Vertreter nur dann akzeptieren, wenn solch ein Frieden die Voraussetzungen verbessert, unter denen die revolutionäre Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse möglich wird.

Man kann auch nicht genug daran erinnern, daß es in der sozialistischen Arbeiterbewegung solche Renegaten gibt, die aus der Not ihres eigenen Verrats eine theoretische Tugend machen, indem sie den Abschluß eines Friedensvertrags zwischen Israel und den arabischen Regierungen mit dem Abschluß des Vertrags von Brest-Litowsk zwischen dem kaiserlichen Deutschland und der Sowjetmacht vergleichen. Das Renegatentum an solchen Vergleichen liegt darin, daß zwischen zwei völlig verschiedenen historischen Situationen und Zusammenhängen betrügerisch nicht unterschieden wird. Während es bei dem Abschluß des Vertrags von Brest-Litowsk einzig und allein um die Rettung der Sowjetmacht ging, handelt es sich bei dem Abschluß eines Friedensvertrags zwischen den arabischen Staaten und Israel einerseits um die Rettung von bürgerlichen Mächten, und andererseits um die Liquidierung solcher Befreiungsbewegungen, die nach dem Juni-Krieg 1967 den historischen Entwicklungsprozeß der Völker des Nahen Ostens in seiner Gesamtheit richtig erfassten und die revolutionäre Alternative einleiteten. Dadurch werden auch andere Befreiungsbewegungen, die an anderen Fronten in arabischen Ländern kämpfen, Dhofar, Maskat-Oman, den Aggressionen des Imperialismus und seiner lokalen Verbündeten ausgesetzt. Vereint können die Befreiungsbewegungen revolutionäre Prozesse in den arabischen Ländern einleiten; vereinzelt können sie hingegen vom Imperialismus besiegt werden.

III. Zu den Plänen der "friedlichen" Regelung

Der Juni-Krieg und die daraus entstandenen Situationen zer-

störte das politische und militärische Gleichgewicht nicht nur zwischen den unmittelbar an dem Konflikt beteiligten Kräften, sondern auch zwischen ihren westlichen und östlichen Verbündeten. Besonders nach der Erklärung Nassers vom 9.6.1967, er würde die Verantwortung für die Niederlage übernehmen, seine Ämter als Präsident der VAR und Vorsitzender der Sozialistischen Arabischen Union niederlegen und den prowestlichen Politiker Zakaria Mohjiddin als Nachfolger ernennen, schien der sowjetische Einfluß im Nahen Osten einem Ende entgegen zu gehen. Durch die Massenkundgebungen in Ägypten und in den übrigen arabischen Ländern, die sich weniger gegen den Rücktritt Nassers richteten, sondern vielmehr als spontane Antwort auf die imperialistische Aggression verstanden werden müssen, wurde der ins Schwanken geratene Einfluß der Sowjetunion durch die Rückkehr Nassers und die damit verbundene Stabilisierung in der Sozialistischen Arabischen Union teilweise wiederhergestellt.

Diese Entwicklung trug auch zu einer Stabilisierung der stark geschwächten Baath-Partei in Syrien bei und ebnete den Weg für die Entstehung zahlreicher palästinensischer, ja sogar ägyptischer Widerstandsorganisationen. Neben Al-Fath entstanden u.a. die Volksfront für die Befreiung Palästinas und die Organisation für die Befreiung der Sinai-Halbinsel. Die Entstehung eines politischen Vakuums, das sich die USA und Israel von der Niederlage der arabischen Armeen erhofften, wurde durch das verstärkte sowjetische Engagement zur Wiederaufrüstung der arabischen Armeen und durch die Entstehung zahlreicher Widerstandsorganisationen verhindert.

Gerade dieser Prozeß macht das Ringen um die Beilegung des arabisch-israelischen Konflikts langwieriger. Die aufgrund eines britischen Vorschlags am 27. November 1967 beschlossene Resolution des UN-Sicherheitsrates Nr. 242 zur Beilegung des arabisch-israelischen Konflikts, die in einigen Punkten allgemein gehalten war, mußte notwendigerweise mehrere Interpretationen zulassen. Ende 1968 und Anfang 1969 wurden die Differenzen über die Auslegungsmöglichkeiten der einzelnen Punkte, vor allem aber der Frage der sicheren, garantierten und anerkannten Grenzen deutlich. Die amerikanisch-israelische Interpretation der UN-Resolution ging von der Notwendigkeit einer Grenzkorrektur zugunsten Israels aus.

Die ägyptische Staatsbürokratie wurde von dieser amerikanischen Position relativ überrascht, weil Ägypten auf die Ablösung der Johnson-Regierung durch Nixon spekulierte. Die ägyptischen Spekulationen bezogen sich auf die politische Vergangenheit Nixons und seine Zugehörigkeit zur Eisenhower-Schule, die die Eindämmungspolitik John Foster Dulles aufgegeben hatte und sich aus Gründen der Konkurrenz mit Großbritannien und Frankreich 1956 dem israelischen Drang nach Expansion widersetzt hatte. R. Nixon fungierte damals als US-Vizepräsident. Ausserdem erhoffte sich die ägyptische Staatsbürokratie in den umstrittenen Fragen eine konziliante amerikanische Politik von der nächsten Administration, weil Nixon kurz vor seiner Wahl zum Präsidenten der USA den Nahen Osten besucht und sich für eine Revision der amerikanischen Politik im Nahen Osten ausgesprochen hatte.

Der Nixon - Plan

Kurz nach seiner Wahl entsandte Nixon einen seiner Berater, Scantone, nach dem Nahen Osten, um als Vermittler zwischen den arabischen Staaten und Israel zu wirken. Ende 1968 legte Nixon aufgrund des Scantone-Berichts den am Konflikt beteiligten Regierungen einen Plan vor, der die amerikanische Auslegung der Resolution des UN-Sicherheitsrates konkretisiert. Der Nixon-Plan sah getrennte Vereinbarungen zur Lösung des

Nah-Ost-Konflikts zwischen Ägypten und Israel einerseits und Jordanien und Israel andererseits vor. Der vorgeschlagene ägyptisch-israelische Verhandlungsweg umfasste die folgenden Punkte:

1. Israel zieht seine Armee aus der Sinai-Halbinsel ab.
2. Die Sinai-Halbinsel wird entmilitarisiert.
3. Internationale Truppen werden auf beiden Seiten der Grenzen stationiert; über den Abzug dieser Truppen kann Ägypten nicht entscheiden.
4. Die freie Schifffahrt durch den Suez-Kanal und den Golf von Akaba für Israel wird gemäß den völkerrechtlichen Normen garantiert.
5. Ägypten erklärt den Kriegszustand mit Israel für beendet. Es verpflichtet sich, keine Kriegshandlungen gegen Israel zu unternehmen.
6. Über den Status des Gaza-Streifens wird in späteren Regelungen entschieden; der Gaza-Streifen wird nicht unter Israels Herrschaft bleiben.
7. Eine friedliche Regelung zwischen Israel und Jordanien wird getrennt zwischen den beiden Regierungen auszuhandeln sein.

Der für die Beilegung des Konflikts zwischen Jordanien und Israel vorgeschlagene Plan umfasste folgende Punkte:

1. Es werden direkte Verhandlungen zwischen Israel und Jordanien unter Leitung des UN-Beauftragten Jarring eingeleitet.
2. Die israelische Armee zieht sich aus den meisten besetzten jordanischen Gebieten zurück.
3. Die Städte Toulkarm und Qalqilya werden dem israelischen Staatsgebiet im Rahmen der Grenzkorrektur angegliedert.
4. Die Stadt Jerusalem wird der israelischen Staatshoheit unterstellt. Über den Status der heiligen Stätten wird in den Verhandlungen beraten.
5. Westjordanien wird entmilitarisiert; nur Polizeistreitkräfte werden aufgestellt.
6. Der israelischen Armee wird es gestattet sein, die palästinensischen Kommandos auf dem Westjordanischen Territorium zu verfolgen und aufzuspüren.
7. Jordanien und Israel unterzeichnen einen Friedensvertrag.
8. Über den Status des Gaza-Streifens kann Jordanien verfügen; entweder wird er Westjordanien angegliedert, oder er wird zu einer neutralen Zone erklärt.

Die USA machten Jordanien sowie Vertretern der palästinensischen Bourgeoisie in den besetzten Gebieten zusätzlich den Vorschlag, der auf Aufbau einer nationalen palästinensischen Autonomie in Restpalästina hinauslief. Zwischen dem autonomen palästinensischen Gebiet, das Westjordanien nach den vorgesehenen israelischen Annexionen und den Gaza-Streifen umfasst, und Ostjordanien werden die politischen und ökonomischen Beziehungen durch eine auszuarbeitende konföderative Verfassung geregelt. Die beiden Landesteile des autonomen palästinensischen Territoriums erhalten einen Verbindungskorridor durch Israel. Ein weiterer Korridor bis an das Mittelmeer sollte das Interesse der palästinensischen und auch der jordanischen Bourgeoisie für den amerikanischen Plan wecken.

Ägypten hat den amerikanischen Plan aus verschiedenen Gründen abgelehnt. Zwar garantierte der Nixon-Plan den völligen Abzug der israelischen Armee aus der Sinai-Halbinsel, doch Nasser mußte diesen Plan ablehnen, weil er als "Führer der arabischen Nation" eine gesamtarabische Politik betreiben mußte, d.h. die Politik der am Juni-Krieg un-

mittelbar beteiligten Regierungen als Bestandteil seiner eigenen Politik verstanden wissen wollte. Ausserdem konnte Ägypten, dessen Palästina-Politik in den letzten zwanzig Jahren die Befreiung propagierte, die israelischen Annexionsansprüche in Jordanien und Syrien auch dann vor den arabischen Völkern nicht verantworten, wenn sie im Einvernehmen mit dem jordanischen Regime hätten realisiert werden können.

Israel antwortete auf den amerikanischen Plan mit der Eskalierung der militärischen Handlungen gegen Ägypten und Ostjordanien. Es trug den Krieg in das Innere des ägyptischen Territoriums, indem es Naga Hamadi und die Elektrizitätsakkumulatoren des Assuanstaudamms angriff. Auch Ostjordanien blieb nicht unverschont. Israel zersörte die einzige Eisenbahnlinie des Landes bei Ma'an durch seine Luftangriffe.

Auf internationaler Ebene startete Israel eine politische Kampagne gegen die arabischen Staaten und die Sowjetunion, die der imperialistischen Hetzkampagne gegen Ägypten vor dem Juni-Krieg 1967 gleichkammt. Das "Problem der Juden in Ägypten und Syrien" wurde in der israelischen Propaganda künstlich geschaffen und hochgespielt, so daß man den armen hilflosen zionistischen Aggressoren hätte glauben sollen, der Nationalsozialismus wäre in Ägypten auferstanden.

Der sowjetische Plan

Zur gleichen Zeit, d.h. Anfang 1969 legte auch die Sowjet-Union einen Plan zur Beilegung des arabisch-israelischen Konflikts vor, der die offizielle sowjet-arabische Auslegung der Resolution des UN-Sicherheitsrates vom 27. Nov. 67 konkretisierte. Der Frieden im Nahen Osten konnte nach der sowjetischen Auffassung durch einen Plan, der aus vier Stufen bestand, realisiert werden. Jede dieser Stufen sah Maßnahmen vor, die sich gegenseitig bedingen:

1. Die erste Stufe umfasst:

- a) die arabischen Staaten und Israel erklären ihre Bereitschaft, die Resolution des UN-Sicherheitsrates anzuerkennen.
- b) ein zeitlich befristetes Programm zur Ausführung dieser Resolution wird ausgearbeitet; dieses Programm bestimmt die Fragen, die den Abzug der israelischen Armee aus den besetzten arabischen Gebieten betreffen.
- c) ein anderes Programm zur Ausführung der anderen Punkte der UN-Resolution wird ausgearbeitet.

Unter Leitung des UN-Beauftragten Jarring werden im Rahmen dieses Programms Vereinbarungen über die folgenden Fragen getroffen:

die sicheren, garantierten und anerkannten Grenzen, die Schifffahrt im Suez-Kanal und dem Golf von Akaba gemäß den Normen des Völkerrechts, das Problem der palästinensischen Flüchtlinge, die Integrität des Territoriums aller am Konflikt beteiligten Staaten.

2. Die zweite Stufe umfasst:

- a) die am Konflikt beteiligten Staaten erklären den Kriegszustand für beendet, Israel verpflichtet sich, seine Armee aus den besetzten arabischen Gebieten stufenweise und unter Aufsicht der Vereinten Nationen abziehen.
- b) die arabischen Staaten und Israel deponieren bei den Vereinten Nationen unterzeichnete Dokumente, die den Kriegszustand beenden, die Integrität und Souveränität eines jeden Staates respektieren und das Recht auf den Frieden und das freie Leben innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen für jeden Staat garantieren.

3. Die dritte Stufe umfasst:

- a) im ersten Monat ziehen sich die israelischen Streitkräfte 30 - 40 km vom Ufer des Suez-Kanals zurück.
- b) im zweiten Monat ziehen sich die israelischen Truppen auf die Grenzen von 1967 zurück. Der UN-Sicherheitsrat legt die endgültigen Grenzen fest. Alle am Konflikt beteiligten Staaten unterzeichnen einen Vertrag, der die Staatsgrenzen eines jeden Landes festlegt und garantiert.
- c) Der UN-Sicherheitsrat beschließt die Stationierung von internationalen Truppen an den Grenzen zwischen den arabischen Staaten und Israel. Darüber hinaus beschließt der UN-Sicherheitsrat die freie Schifffahrt durch internationale Wasserstraßen zu garantieren.

4. Die vierte Stufe umfasst:

- a) Nach dem Abzug der israelischen Armee aus den besetzten arabischen Gebieten treten die unterzeichneten Dokumente und die getroffenen Vereinbarungen und Verpflichtungen in Kraft.
- b) die vier Großmächte garantieren in einem detaillierten Abkommen die Unverletzbarkeit der endgültigen Grenzen und die Integrität und Souveränität aller Staaten im Nahen Osten.

Die arabischen Staaten haben dem sowjetischen Plan zugestimmt; Israel hingegen hat ihn abgelehnt, weil die sowjetische Interpretation in der Frage der sicheren und anerkannten Grenzen die israelischen Annexionsansprüche nicht berücksichtigt.

Die Reaktion der anderen Großmächte auf den sowjetischen Plan war unterschiedlich. Frankreich zeigte keine ablehnende Haltung; jedoch unterschied sich die französische Vorstellung einer möglichen "friedlichen" Regelung von dem sowjetischen Plan in einigen Punkten. Der Staatssekretär im französischen Außenministerium Walter Eyton, konkretisierte am 16. März 69 die unterschiedliche französische Auffassung, indem er klare Grenzkorrekturen als Bestandteil der sicheren und garantierten Grenzen vorschlug und den Status des arabischen Stadtteils von Jerusalem sowie auch des Gaza-Streifens späteren Verhandlungen überließ. Der Vorschlag einer Viermächte-Garantie hat die Zustimmung Frankreichs gefunden, weil er ohnehin französischen Ursprungs ist.

Großbritannien ließ sich in seiner Antwort auf den sowjetischen Vorschlag einen großen politischen Spielraum. Am 18. März 69 erklärte der britische Außenminister Steward, die israelische Forderung nach direkten Verhandlungen mit den arabischen Staaten sei gerechtfertigt, jedoch sollten solche Forderungen keine Vorbedingung einer anzustrebenden friedlichen Regelung darstellen. Steward betonte außerdem, zu den sicheren und anerkannten Grenzen gehören Grenzkorrekturen, die für die israelische Sicherheit notwendig sein könnten.

Die USA zeigten im allgemeinen kein großes Interesse am sowjetischen Plan. Charles Jost, der US-Delegierte bei den Vereinten Nationen, erklärte, die Lage im Nahen Osten sei höchst explosiv und die sowjetischen Vorschläge stellen an sich keine Grundlage eines dauerhaften Friedens dar; sie seien vielmehr in der richtigen Richtung. Jost äußerte sich darüberhinaus zur Politik der palästinensischen Widerstandsorganisationen und stellte fest, die an dem Konflikt beteiligten Staaten sollten eine schnelle friedliche Regelung herbeiführen, bevor die politische Entscheidung aus ihren Händen geraten könnte.

IV. Zur Politik der Widerstandsorganisationen

Die nationalen arabischen Regierungen betrieben in der ersten Phase der Verhandlungen, die sich bis Mitte 70 erstreckte, eine Politik, die einerseits der "friedlichen" Regelung entgegenkam und andererseits die Widerstandsorganisationen des palästinensischen Bürgertums unterstützte, um sie als Druckmittel gegen die USA und Israel einsetzen zu können. Gemeinsam mit den reaktionären arabischen Regimes schufen sie dem palästinensischen Bürgertum eine "reiche Revolution", deren bürokratische Kader sich Privilegien aneigneten, die im Widerspruch zu den Prinzipien einer sich im Guerillakrieg befindlichen Bewegung standen. Sieht man von der Politik der Demokratischen Volksfront ab, die eine klassenbewußte Massenlinie anstrebt, dann stellt man fest, daß die Politik der Widerstandsbewegung die Verhandlungen zwischen den vier Großmächten nur verbal ablehnte. Die taktischen und strategischen Fehler in der Massenaufregung und Massenpropaganda der Widerstandsbewegung mußten dazu führen, daß die arabischen Regierungen ungehindert die "friedliche" Regelung propagierten und sich vor den eigenen Massen hinter der von ihnen geschaffenen "Reichen Revolution" verschanzten.

In dieser entscheidenden Phase wären die folgenden Maßnahmen notwendig gewesen, um die Kapitulationsbestrebungen der arabischen Regierungen zu sabotieren und die spontane arabische Massenbewegung in einen organisierten und klassenbewußten Widerstand gegen die Aggressoren und die Kapitulanten zu verwandeln.

1. Die Organisationen des palästinensischen Widerstands hätten aus der Ablehnung der Resolution des UN-Sicherheitsrates vom 27. Nov. und der amerikanischen und sowjetischen Pläne keine verbalen propagandistischen Erklärungen, sondern vielmehr eine Politik der revolutionären Aktion ableiten müssen. Diese Politik hätte sich in erster Linie gegen die der arabischen Regierungen richten müssen.

2. In ihrer taktischen und strategischen Zielsetzung hätten die Widerstandsorganisationen die Bündnisfrage auf arabischer Ebene so lösen müssen, daß der latente Widerspruch zwischen den Interessen der arabischen Regierungen und denen der arabischen Volksmassen zum Ausbruch gekommen wäre. Statt das Bündnis mit den revolutionären Organisationen zu suchen, verbündeten sich manche Widerstandsgruppen mit den Kräften die über das Kapital und den Polizeiapparat verfügten. Dadurch isolierten diese Widerstandsgruppen den palästinensischen Befreiungskampf von den eigentlichen Bündnispartnern und reduzierten das Verhältnis der arabischen Völker zum gerechten Kampf des palästinensischen Volkes auf allgemeine nationalistische Sympathien, deren Druckvermögen auf die Politik der arabischen Regierungen relativ gering ist.

3. In der arabischen Politik der Widerstandsbewegung fehlte auch das richtige Verständnis der Umsetzung von strategisch wichtigen militärischen Erkenntnissen in die politischen Arbeitsperspektiven ihrer arabischen Umgebung. Die Widerstandsbewegung hat den Kontakt zu den arabischen Massen auf die Grundlage ihrer militärischen Stärke aufbauen können. Die Maxime ihrer Praxis orientierten sich aber einerseits an den quantitativen und qualitativen Anhäufung ihrer Waffen und andererseits an der quantitativen Rekrutierung ihrer Mitglieder, die die

Waffe nicht als Instrument eines anzustrebenden politischen Programms, auch für ihre arabische Umgebung, verstanden haben. Gegen ihren, wie sich zeigen sollte, nächsten Feind, die arabische Reaktion, hatte die Widerstandsbewegung keine Strategie.

Trotz dieser und anderer Krisenerscheinungen in der bisherigen Geschichte der palästinensischen Widerstandsbewegung, bleibt es ihr Verdienst eine in der Geschichte der arabischen Völker nicht dagewesene Doppelherrschaft aufgebaut zu haben. Es bleibt aber auch die Folge, ihrer fehlerhaften Politik, in der Phase der jordanischen Doppelherrschaft den Plänen der trügerischen friedlichen Regelung nicht wirksam entgegengewirkt zu haben.

V. Die Phase der direkten Konfrontation:

Die Ausarbeitung von "Friedensvorschlägen" blieb faktisch auf die beiden Großmächte, die USA und die Sowjet-Union beschränkt. Die im dritten Abschnitt dargelegten Pläne der USA und der Sowjet-Union haben bis Ende 1970 keine nennenswerten Modifikationen erfahren. Die USA haben lediglich noch Anfang April 1969 die Frage der sicheren Grenzen konkretisiert. Neben den schon erwähnten Annexionsansprüchen die die Stadtgebiete Tulkarm, Qalqilya und Jerusalem umfaßten, erklärten die USA, Israel würde seine Truppen aus den besetzten syrischen Golan-Höhen nicht abziehen. In Jerusalem sollten religiöse und ökonomische Interessen Jordaniens berücksichtigt werden. Darüberhinaus wurde die Stationierungsdauer der internationalen Truppen auf zwanzig Jahre festgelegt.

Von der arabischen Seite wurde ebenfalls Anfang April 1969 ein Plan zur Beilegung des Konflikts vorgeschlagen. Nach Konsultationen mit dem ägyptischen Präsidenten unterbreitete König Hussein während seines Besuchs in den USA einen "Friedensvorschlag", der den sowjetischen Plan im allgemeinen wiedergab. Im Einzelnen sah der Hussein-Plan folgende Regelung vor:

1. Der Kriegszustand wird aufgehoben. Die militärischen Aktionen, auch die nichtregulären werden unterbunden.
2. Alle am Konflikt beteiligten Staaten verpflichten sich zur gegenseitigen Achtung der Integrität und Souveränität eines jeden Landes.
3. Jeder Staat hat das Recht innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen in Frieden zu leben.
4. Die freie Schifffahrt durch den Suez-Kanal und den Golf von Akaba wird allen Staaten gewährleistet.
5. Die sicheren Grenzen eines jeden Staates werden durch entmilitarisierte Gebiete und durch Stationierung von internationalen Truppen garantiert.
6. Für das Flüchtlingsproblem muss eine gerechte Lösung gefunden werden.

Durch eine genaue Studie der ursprünglichen und modifizierten "Friedenspläne" kann man herausarbeiten, in welchen Fragen die verschiedenen Positionen voneinander divergieren. Hierzu nennen wir die wichtigsten divergierenden aber auch gemeinsamen amerikanisch-israelischen und sowjet-arabischen Standpunkte:

a) In den von ihnen ausgearbeiteten Plänen versuchten die beiden Positionen die Existenz der palästinensischen Widerstandsorganisation zu ignorieren. Die Nichtbeach-

tung der Widerstandsbewegung bedeutet aber keineswegs, daß beide Seiten dieselben Vorstellungen über die zukünftige Entwicklung des palästinensischen Widerstands hegten. Während die USA die Organisationen des Widerstands als Terroristengruppen, die bekämpft werden müssen, bezeichneten, hielten die Sowjet-Union und die nationalen arabischen Regierungen sie für eine nationale Kraft, die man im Laufe der Entwicklung für die friedliche Regelung gewinnen muß.

b) Die USA stimmten mit Israel überein, daß der Abzug der israelischen Armee Grenzveränderungen voraussetzt, während die sowjetische Position die "Sicherheit" Israels durch Maßnahmen sanktionieren will, die sich in der Beendigung des Kriegszustandes, der Anerkennung Israels durch die arabischen Regierungen, der Vier-Mächte-Garantie und der Stationierung von internationalen Truppen niederschlagen.

c) Die USA und die Sowjet-Union sind sich über die Lösung des Flüchtlingsproblem einig; über die Frage der Repatriierung gibt es zwischen den beiden Großmächten, aber auch zwischen den USA und Israel, einige Differenzen. Die sowjetische Position gedenkt diese Frage auf der Grundlage der Resolution der Vereinigten Nationen zu lösen, die den Flüchtlingen entweder Wiedergutmachung oder Repatriierung zugestehen. Hinzu kommt, daß die sowjetisch-arabische Seite die freie Schifffahrt durch den Suez-Kanal mit einer "gerechten" Lösung des Flüchtlingsproblem verknüpfen will. Die USA gestehen nur 200 000 Flüchtlingen eine mögliche Repatriierung zu, während Israel nur 10% der Flüchtlinge eine Rückkehr erlauben will. In welchen Gebieten diese Flüchtlinge angesiedelt werden sollen, wird nicht festgelegt.

d) Sowohl die sowjetische als auch die amerikanische Seite schlagen die Entmilitarisierung einiger Gebiete und die Stationierung von internationalen Streitkräften vor. Die Differenzen bestehen in der genauen Bestimmung der zu entmilitarisierenden Gebiete. Auch über die Stationierungsdauer und über die Frage, in wessen Kompetenz der Abzug dieser Streitkräfte liegt, bestehen unterschiedliche Meinungen.

f) Über die Frage der von der Sowjet-Union und Frankreich vorgeschlagenen Vier-Mächte-Garantie bestehen auch Meinungsverschiedenheiten. Die USA lehnten eine solche Garantie ab, weil sie dadurch eine Stabilisierung der sowjetischen Präsenz im Nahen-Osten fürchteten.

Unter diesen Bedingungen mußten die vier Großmächte Mitte 1969 die seit dem dritten März eingeleiteten Verhandlungen zur Beilegung des Konflikts für gescheitert erklären. Insbesondere Ägypten, dessen Land von der israelischen Armee besetzt wird, mußte die Konsequenzen ziehen, um die unruhig gewordene ägyptische Armee unter Kontrolle zu halten. Anlässlich des siebzehnten Jahrestags der ägyptischen Revolution sprach Nasser auf dem Nationalkongress der Sozialistischen Arabischen Union über eine neue Phase, die er Zermürbungskrieg nannte. Nasser erklärte, der Waffenstillstand würde faktisch nicht gehalten und darf vor dem bedingungslosen Abzug der israelischen Armee aus den besetzten arabischen Gebieten nicht gehalten werden. Die Stärke der ägyptischen Armee, erklärte Nasser weiterhin, werde auf eine halbe Million gesteigert werden. In seiner Rede forderte Nasser die Einberufung einer arabischen Gipfelkonferenz, die über

Krieg und Frieden für alle arabischen Staaten eine verbindliche Entscheidung herbeiführen sollte. Die militärischen Handlungen verschärfen sich an der ägyptischen-israelischen Konfrontationslinie in der Tat sehr. Kommando-Aktionen wurden auf beiden Seiten unternommen. Die neue Phase zeichnete sich dadurch aus, daß das Abwehrvermögen der ägyptischen Raketenstellungen gegen die Überlegenheit der israelischen Luftwaffe wirksamer wurde, und auch dadurch, daß die ägyptische Luftwaffe zum ersten Mal nach dem Juni-Krieg 1967 israelische Stellungen in der Sinai-Halbinsel bombardierte.

Auf den von Ägypten angekündigten langanhaltenden Zermürbungskrieg antwortete Israel auf zwei Ebenen:

- Politisch leiteten die Regierungen Israels und der USA eine Kampagne gegen Ägypten und die Sowjet-Union ein, die der westlichen Hetzkampagne gegen die arabischen Länder vor dem Juni-Krieg entsprach. In der westlichen, aber vor allem in der amerikanischen Presse wurde die sowjetische Unterstützung an Ägypten hochgespielt, daß man hätte glauben können, die sowjetische Rote Armee stünde kampfbereit der israelischen Armee gegenüber. In diesem Zusammenhang erklärte der israelische Kriegsminister Dajan, die israelische Armee würde auch gegen einen Angriff der Roten Armee kämpfen. Diese Heuchelei der israelischen Aggression war ein willkommenes Nahrungsmittel für die bürgerliche Presse der imperialistischen Länder, einschließlich der westdeutschen Bundesrepublik, die sich in solchen Situationen darin auszeichnete, den Zionisten das "andere" Deutschland zeigen zu wollen. Um die absolute militärische Überlegenheit Israels zu wahren, begannen offizielle amerikanische Stellen über das Schwanken des militärischen Gleichgewichts zwischen Israel und den arabischen Ländern zu klagen. Im Juli 1969 veröffentlichte die amerikanische Presse einen Katalog über das militärische Gleichgewicht der Kräfte im Nahen Osten und stellte fest:

- Die arabische Luftwaffe sei der israelischen Luftwaffe um 270 Flugzeuge überlegen. Ägypten besitze 330, Syrien zwischen 150 und 200, und Jordanien 30 Flugzeuge, während Israel nur über 285 Flugzeuge verfüge.

- Die arabischen Armeen verfügen über 445 tausend, während die israelische Armee nur 80 tausend Soldaten stellt.

- Ägypten habe durch die sowjetische Unterstützung 30 Basen Boden-Luft-Raketen, die von 30 Radar-Stationen bewacht werden, installiert.

- Ein Abkommen sei zwischen Ägypten und der Sowjet-Union unterzeichnet worden, das die Lieferung von 100-200 Kampfflugzeugen, 500-600 Panzern und anderen gepanzerten Fahrzeugen vom Typ T 54 und T 55 an Ägypten vorsieht.

Durch diese Kampagne sicherte sich Israel eine amerikanische Waffenlieferung von 100 Kampfflugzeugen Typ Skyhawk, 50 Kampfflugzeugen Phantom F 4 und einer unbekanntenen Anzahl von Boden-Luft-Raketen und Panzern.

+ Militärisch zeigte sich die israelische Reaktion in der Eskalierung der Aggression und in der Austragung des Krieges in das Landesinnere der VAR. Die westliche Kanalzone wurde zur "freien" Zone erklärt; die ägyptischen Städte am Westufer des Suez-Kanals mußten evakuiert werden, weil sie unter dem beständigen Beschluß der israelischen Armee lagen. Die angekündigte ägyptische Offensive konnte dadurch stark behindert werden, daß die israelische Armee Anfang 1970 die ägyptischen Industriezentren in Abu Zaabal und die Öl-

raffinerien zu bombardieren begann. Neben den materiellen Verlusten zeichneten sich sehr hohe Verluste unter der Zivilbevölkerung und der Armee in Ägypten ab. Allein in den Monaten Juni und Juli 1970 gab es infolge des ständigen Einsatzes der israelischen Luftwaffe viertausend Tote und zwanzigtausend Verwundete. Obwohl das Verteidigungsvermögen der ägyptischen Front durch das verstärkte Engagement der Sowjetunion entscheidend verbessert und aufgebaut wurde, konnte Ägypten in der Phase der direkten Konfrontation nicht standhalten. Die ägyptische Parole des Zermürbungskriegs, die zuerst von der Armee geteilt wurde und den Forderungen der ägyptischen Massen zu entsprechen schien, wurde Mitte 1970 zugunsten einer Anbetung der friedlichen Regelung aufgegeben. In einigen Thesen wollen wir die sozialen und polit-ökonomischen Hintergründe, die die ägyptische Politik bestimmen, darzustellen versuchen:

VI. Ideologie und Praxis einer Staatsbourgeoisie

Mit der Entstehung des Imperialismus, als der organisierten Herrschaft des Finanzkapitals außerhalb der eigenen nationalen Grenzen, wurde in den kolonisierten Ländern ein Prozeß eingeleitet, der das gesellschaftliche Leben und die Klassenstruktur nicht nur beeinflusste, sondern auch entscheidend verändern konnte. Die Kolonialmächte haben sich die militärische, politische und ökonomische Macht in solchen Ländern angeeignet, deren Gesellschaftsformationen durch die Vorherrschaft tribalistischer und semifeudalistischer Sozial- und Wirtschaftsstrukturen gekennzeichnet waren.

Eine der Aufgaben, die sich der Imperialismus in diesen Ländern stellte, war die Schaffung eines Verwaltungsapparates, der die ökonomische Ausbeutung erst recht möglich machte. Denn eine gewisse Modernisierung der Infrastruktur dieser Länder war für die Realisierung von Extraprofiten eine unabdingbare Notwendigkeit. Zugleich waren die Kolonialländer nicht daran interessiert, sich in den kolonisierten Gebieten eine Konkurrenz zu schaffen. Die eingeführte Modernisierung und die damit verbundene "moderne" Produktion war deshalb viel eher auf den kapitalistischen Weltmarkt als auf den nationalen Markt der Kolonien und abhängigen Länder ausgerichtet. Zwar zerstörte der Prozeß der Kolonisierung die Naturalwirtschaft in den kolonisierten Gebieten, hat aber einerseits eine parasitäre Tauschwirtschaft, die sich auf die Produktion von Konsumgütern für die oberen Klassen beschränkte, und andererseits eine auf der Förderung der Monokulturen basierende Arbeitsteilung hervorgebracht. Dieser Prozeß schuf die Voraussetzung eines antagonistischen Verhältnisses zwischen der Kolonialmacht und ihren Verbündeten, also den Großgrundbesitzern und Kompradoren, auf der einen und den übrigen Bevölkerungsschichten auf der anderen Seite. Die nationale Führung gegen den Imperialismus ging hierbei meistens aus den Reihen der schwach entwickelten Nationalbourgeoisie und anderer Träger des geschaffenen Staatsapparates hervor. Diese Entwicklung hat die imperialistischen Länder dazu gezwungen, sich der neuen Lage, die eine Reihe von nationalen Kolonialrevolutionen herbeiführte, anzupassen. Um die weitere Ausbeutung der kolonialen Länder abzusichern, gingen die kolonialistischen Staaten von der direkten zur indirekten Beherrschung über. Der Kolonialismus vollzog also den Übergang zu neuen Tak-

Krieg und Frieden für alle arabischen Staaten eine verbindliche Entscheidung herbeiführen sollte. Die militärischen Handlungen verschärften sich an der ägyptischen-israelischen Konfrontationslinie in der Tat sehr. Kommando-Aktionen wurden auf beiden Seiten unternommen. Die neue Phase zeichnete sich dadurch aus, daß das Abwehrvermögen der ägyptischen Raketenstellungen gegen die Überlegenheit der israelischen Luftwaffe wirksamer wurde, und auch dadurch, daß die ägyptische Luftwaffe zum ersten Mal nach dem Juni-Krieg 1967 israelische Stellungen in der Sinai-Halbinsel bombardierte.

Auf den von Ägypten angekündigten langanhaltenden Zermürbungskrieg antwortete Israel auf zwei Ebenen:

- Politisch leiteten die Regierungen Israels und der USA eine Kampagne gegen Ägypten und die Sowjet-Union ein, die der westlichen Hetzkampagne gegen die arabischen Länder vor dem Juni-Krieg entsprach. In der westlichen, aber vor allem in der amerikanischen Presse wurde die sowjetische Unterstützung an Ägypten hochgespielt, daß man hätte glauben können, die sowjetische Rote Armee stünde kampfbereit der israelischen Armee gegenüber. In diesem Zusammenhang erklärte der israelische Kriegsminister Dajan, die israelische Armee würde auch gegen einen Angriff der Roten Armee kämpfen. Diese Heuchelei der israelischen Aggression war ein willkommener Nahrungsstoff für die bürgerliche Presse der imperialistischen Länder, einschließlich der westdeutschen Bundesrepublik, die sich in solchen Situationen darin auszeichnete, den Zionisten das "andere" Deutschland zeigen zu wollen. Um die absolute militärische Überlegenheit Israels zu wahren, begannen offizielle amerikanische Stellen über das Schwanken des militärischen Gleichgewichts zwischen Israel und den arabischen Ländern zu klagen. Im Juli 1969 veröffentlichte die amerikanische Presse einen Katalog über das militärische Gleichgewicht der Kräfte im Nahen Osten und stellte fest:

- Die arabische Luftwaffe sei der israelischen Luftwaffe um 270 Flugzeuge überlegen. Ägypten besitze 330, Syrien zwischen 150 und 200, und Jordanien 30 Flugzeuge, während Israel nur über 285 Flugzeuge verfüge.

- Die arabischen Armeen verfügen über 445 tausend, während die israelische Armee nur 80 tausend Soldaten stellt.

- Ägypten habe durch die sowjetische Unterstützung 30 Basen Boden-Luft-Raketen, die von 30 Radar-Stationen bewacht werden, installiert.

- Ein Abkommen sei zwischen Ägypten und der Sowjet-Union unterzeichnet worden, das die Lieferung von 100-200 Kampfflugzeugen, 500-600 Panzern und anderen gepanzerten Fahrzeugen vom Typ T 54 und T 55 an Ägypten vorsieht.

Durch diese Kampagne sicherte sich Israel eine amerikanische Waffenlieferung von 100 Kampfflugzeugen Typ Skyhawk, 50 Kampfflugzeugen Phantom F 4 und einer unbekanntenen Anzahl von Boden-Luft-Raketen und Panzern.

+ Militärisch zeigte sich die israelische Reaktion in der Eskalierung der Aggression und in der Austragung des Krieges in das Landesinnere der VAR. Die westliche Kanalzone wurde zur "freien" Zone erklärt; die ägyptischen Städte am Westufer des Suez-Kanals mußten evakuiert werden, weil sie unter dem beständigen Beschluß der israelischen Armee lagen. Die angekündigte ägyptische Offensive konnte dadurch stark behindert werden, daß die israelische Armee Anfang 1970 die ägyptischen Industriezentren in Abu Zaabal und die Öl-

raffinerien zu bombardieren begann. Neben den materiellen Verlusten zeichneten sich sehr hohe Verluste unter der Zivilbevölkerung und der Armee in Ägypten ab. Allein in den Monaten Juni und Juli 1970 gab es infolge des ständigen Einsatzes der israelischen Luftwaffe viertausend Tote und zwanzigtausend Verwundete. Obwohl das Verteidigungsvermögen der ägyptischen Front durch das verstärkte Engagement der Sowjetunion entscheidend verbessert und aufgebaut wurde, konnte Ägypten in der Phase der direkten Konfrontation nicht standhalten. Die ägyptische Parole des Zermürbungskriegs, die zuerst von der Armee geteilt wurde und den Forderungen der ägyptischen Massen zu entsprechen schien, wurde Mitte 1970 zugunsten einer Anbetung der friedlichen Regelung aufgegeben. In einigen Thesen wollen wir die sozialen und polit-ökonomischen Hintergründe, die die ägyptische Politik bestimmen, darzustellen versuchen:

VI. Ideologie und Praxis einer Staatsbourgeoisie

Mit der Entstehung des Imperialismus, als der organisierten Herrschaft des Finanzkapitals außerhalb der eigenen nationalen Grenzen, wurde in den kolonisierten Ländern ein Prozeß eingeleitet, der das gesellschaftliche Leben und die Klassenstruktur nicht nur beeinflusste, sondern auch entscheidend verändern konnte. Die Kolonialmächte haben sich die militärische, politische und ökonomische Macht in solchen Ländern angeeignet, deren Gesellschaftsformationen durch die Vorherrschaft tribalistischer und semifeudalistischer Sozial- und Wirtschaftsstrukturen gekennzeichnet waren.

Eine der Aufgaben, die sich der Imperialismus in diesen Ländern stellte, war die Schaffung eines Verwaltungsapparates, der die ökonomische Ausbeutung erst recht möglich machte. Denn eine gewisse Modernisierung der Infrastruktur dieser Länder war für die Realisierung von Extraprofiten eine unabdingbare Notwendigkeit. Zugleich waren die Kolonialländer nicht daran interessiert, sich in den kolonisierten Gebieten eine Konkurrenz zu schaffen. Die eingeführte Modernisierung und die damit verbundene "moderne" Produktion war deshalb viel eher auf den kapitalistischen Weltmarkt als auf den nationalen Markt der Kolonien und abhängigen Länder ausgerichtet. Zwar zerstörte der Prozeß der Kolonisierung die Naturalwirtschaft in den kolonisierten Gebieten, hat aber einerseits eine parasitäre Tauschwirtschaft, die sich auf die Produktion von Konsumgütern für die oberen Klassen beschränkte, und andererseits eine auf der Förderung der Monokulturen basierende Arbeitsteilung hervorgebracht. Dieser Prozeß schuf die Voraussetzung eines antagonistischen Verhältnisses zwischen der Kolonialmacht und ihren Verbündeten, also den Großgrundbesitzern und Kompradoren, auf der einen und den übrigen Bevölkerungsschichten auf der anderen Seite. Die nationale Führung gegen den Imperialismus ging hierbei meistens aus den Reihen der schwach entwickelten Nationalbourgeoisie und anderer Träger des geschaffenen Staatsapparates hervor. Diese Entwicklung hat die imperialistischen Länder dazu gezwungen, sich der neuen Lage, die eine Reihe von nationalen Kolonialrevolutionen herbeiführte, anzupassen. Um die weitere Ausbeutung der kolonialen Länder abzusichern, gingen die kolonialistischen Staaten von der direkten zur indirekten Beherrschung über. Der Kolonialismus vollzog also den Übergang zu neuen Tak-

tiken und Methoden, deren Summe heute als Neo-Kolonialismus bekannt ist.

Schon Lenin wies nach der Oktober-Revolution darauf hin, daß das Interesse des Imperialismus an ökonomischer Abhängigkeit der Kolonien und Halbkolonien bei scheinbarer politischer Unabhängigkeit stärker in den Vordergrund treten wird.

In der Phase der Preisgabe seiner direkten Herrschaft wendet sich der Imperialismus gerade an diejenigen Klassen, von denen er weiß, daß sie die von ihm hinterlassenen Bastionen seines ökonomischen Einflusses nicht gefährden würden. Die in der kolonialen Phase entstandenen nationalen Führungen, standen vor dem Dilemma, gerade die Bedingungen zu beseitigen, die die Industrialisierung langsam, ja sogar zu langsam vorantrieben, um den ständigen Strom von ökonomisch verdrängten Handwerkern und von proletarisierter Landbevölkerung aufnehmen zu können, oder sich gegen den Imperialismus zu wenden. Diese nationale Führungen waren von sich aus sowieso nicht in der Lage, den wachsenden Druck auf das Land, geschweige denn das Absinken des Lebensstandards der ländlichen Bevölkerung und des städtischen Proletariats zu verhindern. Sie können daher dem Imperialismus keinen wirksamen Widerstand entgegensetzen, der seinerseits an der Verbesserung der ökonomischen Lage der Kolonien und Halbkolonien kein Interesse hat. Und so schafft der Imperialismus in den ehemaligen und politisch unabhängigen Kolonien politische und ökonomische Probleme, die weder er noch seine einheimischen Verbündeten lösen können.

Dieser historische Prozeß ist in der Entwicklung Ägyptens von einer Kolonie zu einem politisch unabhängig gewordenen Staat eindeutig nachweisbar. Es kann nicht die Aufgabe dieses Artikels sein, diesen historischen Prozeß in seiner Vielfalt darzulegen; vielmehr wollen wir in Kürze versuchen, die Übergangsphase zur ägyptischen Revolution 1952 und die darin innewohnenden Widersprüche zwischen den bürgerlichen Kräften, die am Vorabend der Unabhängigkeit als Garant der imperialistischen Interessen auftraten, und den anderen Bevölkerungsschichten behandeln.

In der Übergangsphase zur ägyptischen Revolution 1952 zeichnete sich das folgende gesellschaftliche Bild des unabhängig gewordene ägyptischen Staates ab: 0,4% der Landbesitzer verfügten über 34,2% des bebauten Bodens, während 72% nur über 13,1% besaßen. Hinzu kamen noch 11 Millionen landlose Bauern. König Farouk verfügte allein über 5 580 000, während 27 Mitglieder seiner Familie über 8 580 000 ar fruchtbaren Bodens zu verfügen hatten. Das Pachtverhältnis zwischen den armen Bauern und den Großgrundbesitzern belief sich bei der Verteilung der Ernte auf 1:3. Unter den sich verschärfenden Ausbeutungsverhältnissen sank das durchschnittliche Jahreseinkommen pro Kopf der ländlichen Bevölkerung von 10 ägypt. Pfund 1939 auf 9,4 Pfund 1952, weil u. a. die Steigerung der nationalen Produktivität mit dem Bevölkerungszuwachs auf dem Land nicht standhalten konnte.

Auch im Industriebereich zeichnete sich eine negative Entwicklung ab. Ein Prozeß der Konzentration hat sich durchgesetzt, ohne allerdings die Arbeiter der aufgelösten Kleinbetriebe und der proletarisierten Handwerker in den Produktionsprozeß aufnehmen zu können. In den

vierziger Jahren verringerte sich die Zahl solcher Kleinbetriebe, die einen Jahresumsatz von 500 ägypt. Pfund hatten, von 14850 1947 auf 7360 im Jahre 1950. Die Zahl der Handelsgesellschaften, die Bankrott gingen, erhöhte sich von 30 Gesellschaften 1947/48 auf 109 im Jahr 1950/51 und von weiteren 94 Gesellschaften in den ersten Monaten des Jahres 1951 auf 144 Anfang 1952.

Diese Entwicklung führte zu spontanen Arbeiterstreiks und kleinen Bauernrevolten. Die Arbeiter der Textilindustrie, der Eisenbahn, der Druckmaschinen und anderer Industriezweige organisierten in den Jahren 1950 und 1951 über 100 Streiks zur Durchsetzung ihrer politischen und ökonomischen Interessen. Die kleinen Bauernrevolten des Jahres 1951 richteten sich gegen die Großgrundbesitzer, die als Stütze der städtischen Großbourgeoisie und des Imperialismus fungierten. In mehreren ländlichen Gebieten verbrannten die Bauern die Ernte und zerstörten die Bewässerungsanlagen und Landmaschinen der Großgrundbesitzer.

Dadurch, daß die politischen Oppositionsparteien zu schwach waren, um die Machtfrage auf die Tagesordnung setzen zu können, entschied sich das Militär unter Führung einer Gruppe, die sich die "freien Offiziere" nannte, zur Machtübernahme. Hierbei muß man berücksichtigen, daß das Militär in Ägypten und den übrigen arabischen Ländern das Handeln und die langfristige Arbeitsperspektive der oppositionellen progressiven Parteien und der unzufriedenen Bevölkerungsmassen durch das Eingreifen in die politischen Auseinandersetzungen, als eine über den Parteien stehende Macht, nicht nur einschränkt sondern auch ersetzt. Das politische Engagement des Militärs in diesen Ländern ist darauf zurückzuführen, daß die Armee von den herrschenden Klassen als Symbol der errungenen nationalen Unabhängigkeit geschätzt und behandelt wird. Hinzu kommt, daß es in der Geschichte dieser Armeen an einer beruflichen Tradition fehlt, und daß die Offiziere die im Allgemeinen aus den Reihen der kleinbürgerlichen Schichten kommen, den nationalen Widerspruch zum imperialistischen Erbe durch einen militärischen Aufstand und nicht durch die soziale Revolution zu lösen versuchen.

Nach dem militärischen Aufstand 1952 und in späteren programmatischen Erklärungen stellte das neue ägyptische Regime ein Sechs-Punkte-Programm auf, das die Räumung der britischen Militärbasen in der Kanalzone, eine Bodenreform, eine staatliche Kontrolle über das Großkapital, eine Politik der sozialen Gerechtigkeit, eine Stärkung der Armee und ihren Ausbau zu einer kraftvollen nationalen Armee und die Errichtung einer gesunden Volksherrschaft vorsah. In der National-Charta der VAR, die als Grundsatz der Sozialistischen Arabischen Union und der ägyptischen Innen- und Außenpolitik überhaupt angesehen wird, definierte man die Aufgaben der Armee als die einer nationalen Avantgarde: "Diese sechs Grundsätze wurden von dem ständig kämpfenden Volk einer revolutionären Vorhut übertragen, die sich im Dienste des Kampfes in der Armee bildete." Wie sich die Verhältnisse unter der Herrschaft dieser nationalen Vorhut in Richtung auf die proklamierte Volksherrschaft änderten, zeigen die Pläne einer, im Laufe vieler historischer Erfahrungen entstandenen Staatsbourgeoisie im Hinblick auf die industrielle Ent-

wicklung des Landes, die Agrarreform und die damit verbundene Umstrukturierung des 1952 übernommenen Staatswesens.

1. Die industrielle Entwicklung

Der erste Weltkrieg leitete eine neue Phase der kapitalistischen Entwicklung in Ägypten durch das enorme Steigen der Baumwollpreise von 38 Dollar auf 90 Dollar pro Tonne ein. Die sehr hohen Preise brachten den Großgrundbesitzern riesige Gewinne, die die soziale Stellung dieser Großgrundbesitzer entscheidend veränderten. Aus den Reihen dieser Klasse entstand ein beträchtlicher Teil der ägyptischen Großbourgeoisie, die die Industrialisierung des Landes durch die absolute Feindschaft zur Reform der Agrarwirtschaft beeinträchtigte. Talaat Harb Pascha, der Gründer der Misr-Bank, Scharief Sabri Pascha, ein Vorstandsmitglied in über zehn Konzernen, Suleiman Daud, auch ein Vorstandsmitglied von mehreren Konzernen u. a. waren die Repräsentanten dieser neuen Klasse, die sich als Bündnispartner der dominierenden Herrschaft des ausländischen, vor allem des britischen Kapitals anboten. Die städtische Großbourgeoisie, die sich 1922 in einem Kartell unter Führung des mächtigen Ahmad Abboud organisierten und 47 der größten Gesellschaften des Landes kontrollierten, war aufgrund der Verflochtenheit ihrer Interessen mit denen des ausländischen Kapitals nicht in der Lage, die Macht jener zu brechen, die die Kapitalisierung der Agrarwirtschaft stark hemmten. Dadurch wurden die Voraussetzungen einer kapitalistischen Entwicklung, die sich auf die Industrialisierung hätte konzentrieren können, sehr geschwächt. Es entstand eine parasitäre bürgerliche Klasse, die sich in erster Linie auf die Förderung der Investitionen in der Konsumgüterwirtschaft und des Bauwesens konzentrierte. 1953 beliefen sich die Investitionen in der Baumwollindustrie auf 55,9%, in der chemischen und petro-chemischen Industrie auf 19,4% in der Elektro-Industrie auf 8,7% und in der Stahl- und Bergbauindustrie auf 8,5% der gesamten industriellen Investitionen. Die hohen Investitionen in der Konsumgüterindustrie und im Bauwesen zeigten den starken Drang einer parasitären Bourgeoisie nach Realisierung der höchsten Gewinne binnen einer kurzen Zeit.

Das neue Regime war zunächst unentschlossen, gegen die Macht des ausländischen Kapitals und seine einheimischen Verbündeten vorzugehen. Zwar unternahm das Regime in den ersten Jahren der Revolution einige Schritte zur Stärkung des nationalen Kapitals und des staatlichen Sektors, hat aber die Vormachstellung des privaten Bereichs, der auf die Produktion von Konsumgütern aus war, nicht schwächen können.

Erst 1961 änderte sich die Politik des Regimes gegenüber dem privaten Sektor. Drei Gesetze leiteten eine neue Phase, die von den revisionistischen kommunistischen Parteien als die eines nichtkapitalistischen Wegs zum Sozialismus bezeichnet wird. Andere Gesetze, die 1963, 1964 und 1965 verabschiedet wurden, brachten 85% der großen und mittleren Betriebe unter Kontrolle des staatlichen Sektors. Das Bankwesen, das Versicherungswesen der Innen- und Außenhandel wurden auch dem staatlichen Sektor angegliedert.

Diese Maßnahmen sollten neben der Durchführung der Bodenreform, worauf wir anschließend eingehen werden,

die nationale sozialistische Akkumulation durch eine staatlich gelenkte Realisierung von möglichst hohen Kapitalvorräten vorantreiben. Das Regime hat aber die Gesetzmäßigkeiten übersehen, die eine sozialistische Akkumulation erst unter Herrschaft der Arbeiterklasse möglich machen. Daher hat die staatlich gelenkte Planwirtschaft zwischen 1960 und 1967 nur einen durchschnittlichen Kapitalvorrat von 252 Millionen ägypt. Pfund pro Jahr, d. h. 12,8% des Nationaleinkommens im Gegensatz zu 20% - 30% in den sozialistischen Ländern realisieren können.

Untersucht man die Hintergründe dieses niedrigen Prozentsatzes an den zu realisierenden Kapitalvorräten, so stellt man fest, daß die bürokratische Planung, die meistens vom Militär kontrolliert wird und der sehr hohe Verbrauch der Staatsbourgeoisie an Konsumgütern die eigentlichen Ursachen dafür sind. Um den Kapitalvorrat zu sichern, mußte das Regime daher dem Land Auslandskredite in Höhe von mindestens 5% des Nationaleinkommens auferlegen. Dadurch wird natürlich jede sozialistische Akkumulation stark gehemmt, weil der Prozentsatz des zu realisierenden Kapitalvorrates durch den Ausgleich der Schulden unter dem bisher erreichten Stand reduziert wird. Eine solche Entwicklung kann daher keineswegs zum Sozialismus, sondern höchstens zum Staatskapitalismus, dessen Abhängigkeit von internationalen kapitalistischen Markt immer deutlicher wird, führen. In diesem Zusammenhang darf man natürlich das Leninsche Verständnis vom Staatskapitalismus nicht mit dem des ägyptischen identifizieren, weil der ägyptische Staatskapitalismus in sich so widersprüchlich ist, daß er keine Garantie gegen die Konterrevolution bietet. Hierzu nur zwei Beispiele:

1. Die ägyptische Industrialisierungspolitik war seit den "sozialistischen" Gesetzen 1961 darauf aus, die Konsumgüterindustrie und nicht die Schwerindustrie zu fördern. Die Produktion der Konsumgüterindustrie, die nur die Bedürfnisse der oberen Klassen, insbesondere die der Staatsbourgeoisie befriedigen sollte, lieferte 1969 etwa 78% der gesamten industriellen Produktion. Die folgende Statistik zeigt die parasitäre wirtschaftliche Planung einer Staatsbourgeoisie, die das Land angeblich auf den sozialistische Entwicklung vorbereiten will:

Wachstum des Verbrauchs von Konsumgütern 1960-1965

Luxus-Waren		u. a. notwendige Lebensmittel	
Kühlschränke	+215,5%	Getreide	+ 29 %
Waschmaschinen	390,1%	Mais	40 %
Klimaanlagen	1 543,0%	Bohnen	35 %
Gaskochofen	117,0%	Textilien	26 %
Radios	652,0%	Schule	60 %

Ein solches Wachstum am Verbrauch von Luxus-Waren hat es in der Planwirtschaft der sozialistischen Länder niemals gegeben. In der Sowjetunion ging man erst in den letzten zehn Jahren zur Produktion solcher Luxus-Waren über. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß die Sowjetunion heute solche Konsumwaren aus Ägypten importiert.

2. Diese Planwirtschaft hat zur Folge, daß Ägyptens Abhängigkeit vom internationalen kapitalistischen Markt durch die zur Produktion solcher Konsumwaren notwendi-

gen Importe sehr deutlich wurde. Der Mangel an Kapitalvorräten führte notwendigerweise zur Stilllegung einiger Betriebe, deren Produktion vom Import aus den kapitalistischen Ländern abhing. Das Ergebnis dieser Planung war 1964 ein Verlust von 200 Mio. ägypt. Pfund.

Die ägyptische Industrialisierungspolitik konnte darüber hinaus keine nennenswerten Fortschritte in Richtung auf eine Industrie-Gesellschaft herbeiführen. Vor den "sozialistischen" Gesetzen waren 54% der aktiven arbeitsfähigen Bevölkerung im Agrarsektor, 10% im Industrie-Sektor und 32% im Dienstleistungs-Sektor tätig. Der Anteil des Agrarsektors am Nationaleinkommen betrug in dieser Zeit 31,5%, der des Industrie-Sektor 20% und der des Dienstleistungs-Sektors 43,4%. Nach dem Fünf-Jahres-Plans 1965 waren 50% der aktiven dienstfähigen Bevölkerung im Agrar-Sektor, 11,2% im Industrie-Sektor beschäftigt. Der Dienstleistungssektor hat den Zuwachs an Arbeitskräften aufgenommen. Der Anteil der Agrarwirtschaft am Nationaleinkommen betrug 27% und der der Industrie nur 21,8%, d.h. eine Zunahme von nur 1,8%.

Die Bodenreform

Die Bodenreform hat nicht erst mit der ägyptischen Revolution 1952 begonnen, vielmehr gab es seit Anfang des 19. Jahrhunderts mehrere Versuche, deren Aufgabe es war, die kapitalistische Entwicklung in Ägypten durch die Ausweitung der Warenzirkulation und der Stärkung der Kaufkraft der ländlichen Bevölkerung voranzutreiben. Als der Albaner Mohammed Ali Anfang des 19. Jahrhunderts an die Macht in Ägypten kam, waren seine wichtigsten politischen und administrativen Maßnahmen die Modernisierung des von Napoleon aufgebauten Verwaltungsapparates und die Enteignung der Großgrundbesitzer. Mohammed Ali stellte den Bauern den Boden zur Verfügung, um die für seine expansionistische Politik notwendigen Mitteln durch das von Staat kontrollierte Mehrprodukt zu organisieren. Diese Maßnahmen fanden die Zustimmung der ägyptischen Bauern, die darin die eigene Befreiung von der Fronarbeit und die Hebung ihres Lebensstandards sahen.

Diese Politik Mohammed Alis stieß aber auf den harten Widerstand des britischen Kolonialismus, der ein Bündnis mit dem Osmanen-Reich und den entmachteten ägyptischen Großgrundbesitzern zur Bekämpfung der Ziele Ägyptens suchte. Die ägyptische Regierung, die die Ausweitung des nationalen Marktes durch die Einheit des arabischen Ostens vorhatte, und zugleich das Bündnis zwischen den Gegnern fürchtete, hob während der Vorbereitungen der Invasion in Syrien 1832 die schon 1813 vollzogene Verstaatlichung des Bodens und teilte das Land unter den ehemaligen Großgrundbesitzern wieder auf, um sich die innere Stabilität während des Krieges zu sichern. Nach der Niederlage zwangen die Siegermächte der ägyptischen Regierung im Londoner-Vertrag 1840 die freie Marktwirtschaft auf, die jegliche kapitalistische Entwicklung des Landes hinderte.

Andere Versuche einer ägyptischen Bodenreform gab es 1909 (Omar Lutfi-Programm), sowie auch 1940. Diese Versuche scheiterten an dem hartnäckigen Widerstand der Großgrundbesitzer und der ausländischen Finanzkreise, die seit dem Londoner-Vertrag 1840 zum Bodenankauf übergingen. 1887 verfügten die nichtägyptischen Staatsangehörigen über 225 181 Feddan (ein Feddan = 60 ar), 1897 über 550 000 Feddan und 1901 über 42,6% des bebauten Bodens an der Kanalzone und 32,4% der Al Buheira-

Distrikt. Im Jahre 1952 gab es folgende Besitzverhältnisse auf dem Lande in Ägypten:

Eigentum in Fed.	Eigentümer	% der Eigent.	Fläche	% des Eigentums
Weniger als				
1 Feddan	1981339	71,77	770000	12,9
1 - 5	617860	22,38	1324000	22,4
5 - 200	159347	5,77	2661000	44,5
200-800	1835	0,067	623000	10,5
800-1000	92	0,003	87000	1,5
1000-2000	127	0,005	220000	3,7
über 2000	61	0,002	279000	4,7

Diese Statistik zeigt:

1. daß 1 981 339 Landbesitzer, d.h. 71,77% der Bodenbesitzer nur über 12,9% des bebauten Bodens verfügten und weit unter dem Existenzminimum leben mußten. Das durchschnittliche Tageseinkommen jedes einzelnen Bauern dieser Gruppe betrug ca. 50 Pf.

2. daß 2 115 Großgrundbesitzer, d.h. nur 0,077% der Bodenbesitzer über 1 209 000 Feddan, d.h. 20,4% der bebauten Bodenfläche verfügten.

Die Zahl der landlosen Bauern belief sich vor der ägyptischen Revolution 1952 auf 14 Millionen, darunter 3 Millionen Landarbeiter (Ummal Al Tarahiel) die heute von der Staatsbourgeoisie diskriminiert werden wie früher von den alten herrschenden Klassen.

Eine der ersten Aufgaben des ägyptischen Regimes 1952 war die Durchführung einer Bodenreform und die Kultivierung des unbebauten Bodens, denn von der Lösung der Agrarfrage hing nicht nur die Kapitalisierung ab, sondern auch die Lösung des Problems des Bevölkerungswachstums auf dem Lande, das proportional weit über der Wachstumsquote des Nationaleinkommens lag. Zwei Monate nach der Revolution hat das Regime ein Dekret erlassen, wonach das höchste zulässige Eigentum an Grund und Boden auf 300 Feddan festgesetzt wurde. Diese Maßnahme hat sich später als unwirksam erwiesen, sodaß die Regierung 1958 ein anderes Dekret erließ, daß das Bodeneigentum auf 200 Feddan reduzierte. Nach den "sozialistischen" Gesetzen 1961 wurde dieses zulässige Eigentum pro Familie auf 100 Feddan herabgesetzt. Die bis 1964 enteigneten 646 775 Feddan wurden auf 263 000 Familien mit einer Mitgliedszahl von 1 300 000 Personen verteilt. Angesichts des gleichzeitigen Bevölkerungswachstums auf dem Lande hat die praktizierte Bodenreform aber an der Zahl der landlosen Bauern nichts geändert. Diesen niedrigen Prozentsatz des enteigneten und verteilten Bodens kann man einerseits aus dem falschen Verständnis einer Bodenreform, das sich auf das Experimentieren stützte und andererseits aus der Untätigkeit eines bürokratischen und schwerfälligen Verwaltungsapparates die festgesetzte Grenze des Eigentums an Grund und Boden durchzusetzen, erklären. Viele Großgrundbesitzer konnten daher die von oben getroffenen und an der Basis nicht kontrollierbaren Enteignungsgesetze dadurch umgehen, daß sie ihren Angehörigen einen Teil des ihnen gehörenden Bodens formal verkauften. Diese Affaire wurde 1965 aufgedeckt, als die Großgrundbesitzer in dem ägyptischen Dorf Kamshiesh Mitglieder der Sozialistischen Arabischen Union wegen ihrer politischen Arbeit erschie-

Ben ließen. Die Untersuchungen über die Kamshiesh-Affaire haben ergeben, daß eine Familie trotz all der Gesetze zur Bodenreform über 2320 Feddan, d.h. ca. 140 000 ar und eine andere Familie über 1 200 Feddan, d.h. ca. 72 000 ar verfügten.

Die ägyptische Bodenreform war weniger dazu geeignet, qualitative Veränderungen der Sozialstrukturen eines zurückgebliebenen Landes herbeizuführen, als vielmehr die Bedürfnisse der neuen Klasse durch die Aneignung des ländlichen Mehrprodukts zu befriedigen. Keiner könnte diese Tatsache besser und prägnanter darstellen als der 58-jährige ägyptische Bauer Tawfiq Zaid, der in einer Umfrage der linken ägyptischen Zeitschrift Al-Taliä, Februar 1968 sagte: "Als Bauer muß ich und die anderen so fleißig arbeiten, um den besten Ernteertrag aufbringen zu können. Gute Ernte bringt Pfund-Sterling ins Land, womit der Präsident alles kauft, was unser Land braucht."

In derselben Umfrage äußerte sich der 45-jährige Bauer Hashin Abdul-Rahmann zur Praxis der Sozialistischen Arabischen Union: "Unser Land braucht in erster Linie solche Politiker, deren Verhältnis zum Sozialismus ehrlich ist. In unserem Lande herrschen viele westliche Ideen, die vielen Bauern das Gefühl geben, der Sozialismus sei sehr schlecht. Es gibt viele Beispiele dafür. Als wir uns entschlossen haben, die Macht der Großgrundbesitzer zu beseitigen und die Gesetze der Bodenreform gegen den Willen dieser Großgrundbesitzer durchzusetzen, stellte sich ein Mitglied des Exekutivkomitees der Sozialistischen Arabischen Union gegen die Bauern. Die Denunziatoren stellte man hingegen in das Verwaltungsbüro der Partei in Asjut ein ..."

Über die von der Staatsbourgeoisie proklamierte ägyptische Einheitsfront sagte Abdul Rahmann:

"Wenn man sich die innere Front richtig anschaut, dann stellt man mit Bedauern fest, daß die Arbeit und die Anstrengungen, die von der Partei geleistet werden, negativ sind. Es gibt keine wirksame militärische Ausbildung und keine klare politische Aufklärung. Es gibt sogar Liberalisierungstendenzen, die einigen wenigen harte Währung für den Import von Luxuswaren zugestehen. Unsere Wirtschaft ist genau wie vor dem Juni-Krieg geblieben. An einer Kriegswirtschaft sind viele staatlichen Stellen offensichtlich nicht interessiert, weil sie auf die zugestandenen Privilegien und Luxusbedürfnisse nicht verzichten wollen."

In derselben Untersuchung dieser Zeitschrift, deren Chef-Redakteur L. Al-Kholy seit Mitte 1970 im Gefängnis sitzt, äußerten sich die befragten Bauern sehr kritisch über die "Genossenschaften", die der neuen ägyptischen Staatsbourgeoisie und Bürokratie das für die Finanzierung ihres schwerfälligen Staatsapparates notwendige Kapital akkumulieren müssen, ohne allerdings die Gewähr zur Sicherheit vor der israelischen Aggression zu haben.

Der in der französischen politischen Literatur bekannt gewordene ägyptische Schriftsteller Anouar Abdel-Malek hat sicherlich eine richtige Position vertreten, als er sagte: "Ägypten wird erst dann frei, wenn sich seine Bauern von ihren Fesseln befreit haben."

Nicht nur im Bereich der Industrialisierung und der Bodenreform zeigt sich der konservative Charakter einer sich im Laufe der letzten zwanzig Jahren im Staatsap-

parat verselbstständigenden Bourgeoisie, sondern auch in allen Bereichen des politischen Lebens Ägyptens. Im Schul- und Hochschulsystem ist die ägyptische Politik darauf aus, die für den Verwaltungsapparat notwendigen bürokratischen und technokratischen Kadern zu produzieren. Vergleicht man die ägyptische Politik im Schul- und Hochschulbereich mit der der kubanischen Regierung z.B., so zeigt sich deutlich, daß es der ägyptischen Politik nicht um die Abschaffung des Analphabetentums, um die Entwicklung des wissenschaftlichen Fortschritts, sondern vielmehr um die Sicherung des technokratischen Nachwuchsbedarfs geht. Während in Ägypten heute noch 70% der Bevölkerung Analphabeten sind, verringerte sich die Analphabetenrate in Kuba drei Jahre nach der Revolution auf 3,9 %. Diese beispiellose Leistung der kubanischen Regierung erreichte man durch den Einsatz von 271 000 Lehrkräften, die in erster Linie den Bauern das Lesen und Schreiben beibrachten. In den darauffolgenden Jahren organisierte die kubanische Regierung für die Bevölkerung zwei Schulgänge, die leistungsmäßig jeweils dem dritten und sechsten Schuljahr entsprachen. Hingegen macht die kleinbürgerliche ägyptische Staatsbourgeoisie aus der Not eine Tugend, indem sie das aufgeblasene System technokratischer Kader, das 26 % der im Staatsdienst beschäftigten Kräfte ausmacht, als eine Errungenschaft des ägyptischen Sozialismus hochjubelet.

Der konservative Charakter der ägyptischen Politik zeigt sich darüberhinaus in der Frage der nationalen Verteidigung deutlich. Die militärische Niederlage im Juni-Krieg und die hohen Verluste unter der Zivilbevölkerung in der Phase des Zermübungskrieges bewiesen nicht nur die Falschheit der konventionellen Kriegsführung gegen den technologisch weit überlegenen nationalen Feind, sondern auch die Massenfeindlichkeit der ägyptischen Staatsbourgeoisie, die die Bewaffnung und Organisation der Massen in Volksmilizen fürchtet.

Nicht nur die Sozialistische Arabische Union, sondern auch die anderen kleinbürgerlichen Parteien in den arabischen Ländern betreiben in der Frage der nationalen Verteidigung eine Politik, die keine breite Mobilmachung in den Krisensituation zuläßt. Während Israel vor dem Juni-Krieg 1967 eine Armee von 280 000 Soldaten mobil machte, verfügten die Armeen von Jordanien, Syrien und Ägypten nur über 215 000. Israel konnte mit einer Bevölkerungszahl von 2,5 - 3 Millionen etwa 10 - 11 % seiner Einwohner für den Krieg mobilisieren, allein an der israelisch-ägyptischen Front betrug die Stärke der israelischen Armee 150 000 Soldaten. Auf arabischer Seite stand die Armeestärke und ihr prozentuales Verhältnis zur Bevölkerungszahl in einer sehr ungünstigen Relation. Die folgende Statistik zeigt dieses Verhältnis nach dem Juni-Krieg:

Land:	Einwohner	Armeestärke	Prozent %
Ägypten	31 Mio.	180 000	0,6 %
Syrien	5,6 "	60 000	1,1 %
Irak	8,3 "	82 000	1,0 %

Es ist nicht zu übersehen, daß die Stärke der arabischen Armeen in diesen Ländern im unzureichenden Verhältnis zu den schwierigen nationalen Fragen, die die ständige israelische Aggression immer hervorbringt, steht.

Vergleicht man die nordvietnamesische Verteidigungspolitik mit der ägyptischen oder der syrischen, so zeigt

sich deutlich, daß die Sozialistische Arabische Union und die Baath-Partei auch in dieser Frage ihre Klassenbedingten Schranken nicht überwinden können. Bei einer Einwohnerzahl von 17,5 Millionen verfügt das demokratische Vietnam über 410 000 Soldaten der regulären Armee, die von einer 500 000 Mann starken Volksmiliz unterstützt werden. Würde Ägypten dem vietnamesischen Beispiel folgen, dann müßte es fast eine Million starke Armee aufstellen. Außerdem müßte die ägyptische Staatspartei S.A.U. die Arbeiter in den Fabriken und die Bauern in den "Genossenschaften" in Volksmilizen zur Sicherung des Landesinneren vor israelischen Angriffen organisieren. Ein solcher Schritt würde aber eine qualitative Strukturveränderung der hierarchisch aufgebauten ägyptischen Armee mit sich bringen und die Aufhebung aller Privilegien der technokratischen und bürokratischen Militärkadern bedingen. Die Staatsbourgeoisie und das Militär fürchten aber solche Entscheidungen, die einerseits die Funktion der Armee als eines auf die Sicherung des inneren Friedens gerichteten Unterdrückungsinstruments aufheben.

VII. Der Rogers-Plan:

Diese ägyptischen Verhältnisse, die im Allgemeinen für die übrigen kleinbürgerlichen arabischen Staaten gelten, zeigen die Kluft zwischen dem ideologischen Anspruch und den Praxis-Möglichkeiten der jetzigen Führungskräfte in der nationalen arabischen Befreiungsbewegung. Diese Verhältnisse führen dazu, daß die nationalen arabischen Regimes die friedliche Regelung der nationalen Fragen anstreben, die durch den Konflikt mit dem Imperialismus entstehen. Eine ständige sich auf die Bevölkerungsmassen stützende offensive Konfrontation mit dem Imperialismus können diese Regimes nicht einschlagen, weil ihre Machtpositionen durch die im Laufe der direkten Konfrontation aufsteigende Kampfbereitschaft der Massen und den damit verbundenen Drang nach Schaffung von revolutionären Kaderorganisationen ins Schwanken geraten würden. Die ständige direkte Konfrontation mit dem Imperialismus würde darüberhinaus eine Phase der Kriegswirtschaft einleiten, die die Herabsetzung des Konsumgüterverbrauchs und somit auch die Abschaffung mancher Privilegien der im Allgemeinen wenig produktiven technokratischen und bürokratischen Kadern der Partei und des Staatsapparates bedeuten würde.

Die ägyptische Kleinbourgeoisie hat aber in den letzten Jahren eine Politik betrieben, die im Widerspruch zur Strategie eines langanhaltenden Krieges gegen die Aggressoren steht. Der Konsumgüterverbrauch stieg in den Kriegsjahren um etwa 70 % an. Nach den Angaben der ägyptischen Zeitschrift "Al-Ahram Al-Iqtissadi" Nr. 354, 1970 verbraucht 2,3 % der Bevölkerung, d.h. die privilegierte ägyptische neue Klasse, über 22 % aller Konsumgüter.

Der Rogers-Plan, der die Bedürfnisse dieser Klasse nach der Aufrechterhaltung der bestehenden Verhältnisse zu befriedigen schien, wurde daher nach einigen taktischen Manövern, die der Täuschung der ägyptischen Bevölkerung dienten angenommen. Dieser Plan wurde den arabischen Massen als ein amerikanischer Rückzug vor den "Drohungen" präsentiert, die Nasser in einer Rede am 1. Mai 1970 an den amerikanischen Präsidenten richtete. Die "Drohungen" Nassers, man würde die amerikanischen

Interessen in den arabischen Ländern nicht garantieren, wenn die USA die militärische Unterstützung an Israel fortsetzen würden, waren aber keineswegs die Beweggründe der amerikanischen Initiative. In dieser wie in anderen Fragen tat die ägyptische Propaganda so, als hinge alle Politik in der arabischen Welt ausschließlich von ägyptischer Initiative ab.

Versucht man aber die Hintergründe des Rogers-Plans zu verstehen, so muß man die politischen Zusammenhänge in ihrer Gesamtheit sowohl auf arabischer als auch auf internationaler Ebene untersuchen. Der Rogers-Plan war in der Tat ein Ausdruck der Verschiebung im politischen und militärischen Gleichgewicht der Kräfte im Nahen-Osten. Dieser Faktor spielte eine gewichtige Rolle in der amerikanischen politischen Kalkulation der Entwicklungsmöglichkeiten im Nahen-Osten, die die ständige israelische Aggression hervorbringt. Die massiven Angriffe der israelischen Armee auf die ägyptischen Städte und Industriezentren riefen nicht nur in Ägypten, sondern auch in manchen arabischen Ländern eine Radikalisierung hervor, die sich in Streiks und Massendemonstrationen gegen die ägyptische Verteidigungspolitik ausdrückte. Das ägyptische Proletariat organisierte Streiks, die sich gegen die Politik der Sozialistischen Arabischen Union richteten und forderten die Bildung von kampffähigen Volksmilizen. Die Streiks der ägyptischen Arbeiter wurden einerseits durch den Einsatz der Staatsgewalt und andererseits durch die Intervention der korruptierten Arbeiteraristokratie gebrochen. In den arabischen Ländern mehrten sich die Stimmen, die die ägyptische Verteidigungspolitik scharf zu kritisieren begannen. Auf die Unfähigkeit der ägyptischen Verteidigung reagierten die palästinensischen Widerstandsorganisationen mit groß angelegten Kommando-Aktionen, die sich als Alternative zur Kriegsführung der ägyptischen Staatsbourgeoisie anboten. Einige dieser Aktionen waren: Al Humma-Kommando-Aktion (Fath), Grüner Gürtel (Fath), Kommando-Aktion Ashbal Fath, Kommando-Aktion Rote Linie (FPDLP), Che Guevara-Kommando-Aktion (FPDLP), Lenin-Kommando-Aktion (FPDLP) etc. Andere Kommando-Aktionen trugen die Namen bombardierter ägyptischer Stellungen.

Die verschärfte israelische Aggression gegen Ägypten leitete in dieser Phase eine massive Unterstützung durch die Sowjetunion ein. Die Sowjetunion verstärkte ihre Militärexperten in Ägypten und baute bis Juli 1970 Raketen-Stellungen aus, die die Verteidigungsmöglichkeiten Ägyptens gegenüber der israelischen Luftüberlegenheit verbesserten. Es ist unbestreitbar, daß das verstärkte sowjetische Engagement in der ersten Hälfte des Jahres 1970 die amerikanische Position beeinflusste. In dieser Phase schien die Sowjetunion durch den Empfang einer nach Moskau eingeladenen Delegation des ZK. der palästinensischen Widerstandsbewegung und die Gründung der Moskau treuen Widerstandsorganisation Al-Ansar ihre Position modifizieren zu wollen.

In dieser Phase stiegen auch auf amerikanischer Ebene die Realisierungschancen einer friedlichen Regelung des arabisch-israelischen Konfliktes. Schon seit Mitte 1969 begannen die verschiedenen Interessen einiger Fraktionen des amerikanischen Kapitals in der Frage der friedlichen Regelung eine Rolle zu spielen. Anfang 1970 traten die

Differenzen zwischen einerseits den Vertretern der chemischen und petrochemischen Industrie, die von Rockefeller und dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates von Standard Oil und Gulf Petroleum Company Anderson geführt werden, der Rüstungsindustrie und dem Pentagon andererseits deutlich zutage. Während Rockefeller und Anderson auf eine baldige friedliche Regelung drängten, um ihre Interessen sichern und die französische Konkurrenz ausschalten zu können, beharrten das Pentagon und einige zionistische Organisationen auf den israelischen Standpunkt, der nach Expansion drängte.

Man kann sicherlich nicht genau feststellen, welche der beiden Fraktionen des amerikanischen Kapitals zur Zeit die amerikanische Politik im arabisch-israelischen Konflikt bestimmt, zumal sich die amerikanische Politik im Nahen Osten nicht ausschließlich an den strategisch militärischen und politischen Kalkulationen beider Fraktionen orientiert. Man muß auch an die Stimmen der jüdischen Amerikaner bei den Präsidentschaftswahlen, die im nächsten Jahr stattfinden, denken. In diesem Zusammenhang muß man auch den neu entstandenen Konflikt zwischen Ägypten und Jordanien und dessen Auswirkungen auf den Ausgang der Verhandlungen berücksichtigen.

Ägypten hat im Einvernehmen mit der Sowjetunion, die sich zum Ausbau der ägyptischen Verteidigung am Suez-Kanal während der Waffenruhe verpflichtete, den Rogers-Plan angenommen, während Israel zunächst zögerte, den amerikanischen Vorschlag zu unterstützen. Israel wollte Ägypten keine Gelegenheit zur Verbesserung seiner Verteidigungsmöglichkeiten geben, um so ägyptische Konzessionen zu erzwingen. Diese israelische Politik stieß aber auf Ablehnung in manchen amerikanischen und zionistischen Kreisen, deren finanzielle Hilfe die durch den Krieg belastete israelische Wirtschaft nicht entbehren kann. Israel mußte schließlich aufgrund seiner militärischen und ökonomischen Abhängigkeit den Rogers-Plan annehmen; es bezog aber eine Position, die dem Rogers-Plan dieselbe Interpretation wie die des UNO-Beschlusses vom 22. Nov. 1967 gab. Tatsächlich war der Rogers-Plan so allgemein verfasst worden, daß sich Israel bei der Formulierung seiner annexionistischen Ansprüche einen großen politischen Spielraum erlauben konnte. Der Rogers-Plan umfasst die folgenden vier Punkte, die auch schon die früheren amerikanischen Pläne beinhalteten:

1. Einstellung der militärischen Auseinandersetzungen als Voraussetzung für die einzuleitenden konkreten Maßnahmen der friedlichen Regelung zwischen Ägypten und Israel einerseits, Jordanien und Israel andererseits.
2. In der ersten Phase des Waffenstillstands ziehen sich die ägyptischen und israelischen Streitkräfte 20 km vom Suez-Kanal zurück. In der ersten Phase der Verhandlungen kann der Suez-Kanal für die freie Schifffahrt freigegeben werden.
3. Aufnahme von Gesprächen über die Einzelheiten eines Friedensvertrages unter Leitung des UN-Beauftragten Jarring.
4. Und schließlich eine gerechte Lösung der Flüchtlingsfrage, die nichts anderes bedeuten konnte, als die Liquidierung der palästinensischen Widerstandsorganisationen.

Eine Woche nach der Annahme des Rogers-Plans startete Israel eine politische Kampagne gegen die Versetzung sowjetischer SAM-Raketen auf dem Westufer des Suez-Kanals, die Israel zum Anlaß für die Untergrabung des Rogers-Plans

nahm. Dajan drohte mit dem Rücktritt aus dem Kabinett, wenn die israelische Regierung an den Verhandlungen unter Leitung Jarrings teilnehmen würde. Zugleich begannen die israelischen Militaristen Druck auf die USA, die sich zunächst passiv zu verhalten schienen, auszuüben. Anfang September änderte sich die amerikanische Politik, die aufgrund der sich verschärfenden Situation im Nahen Osten, vor allem in Jordanien nicht mehr an einer baldigen Regelung des Konflikts interessiert war.

Die USA begann sowohl Israel als auch das jordanische Regime aufzurüsten. In der ersten Phase des Waffenstillstands erhielt Israel von den USA 18 Phantoms, 200 Panzer M60 und ein Netz elektronischer Waffen, das am Ostufer des Suez-Kanals aufgebaut wurde. Darüberhinaus hat Israel seine militärische Lage durch den Ausbau des Verbindungsnetzes zwischen der Bar Lev-Linie am Suez-Kanal und den Stützpunkten und Nachschubstationen auf Sinai und in Israel entscheidend verbessert.

Auf beiden Seiten des Suez-Kanals wurden die militärischen Vorbereitungen so vorangetrieben, daß es nach Ablauf der ersten drei Monate des Waffenstillstands zu einem neuen Gleichgewicht der Kräfte mit allen seinen militärischen und politischen Konsequenzen kam. Israel, das den Jarring-Gesprächen fernblieb, erklärte am 28.12.1970 seine Bereitschaft zu verhandeln. Diese Verhandlungsbereitschaft muß dahingehend interpretiert werden, daß Israel einerseits aufrüstete und eine Woche vor dem Ablauf des Waffenstillstands andererseits nicht als Störenfried erscheinen wollte. Über die Frage der Teilnahme an den Jarring-Gesprächen entstanden Differenzen zwischen der National Religiösen Partei und den anderen Koalitionsparteien, die dadurch beseitigt wurden, daß die im Kabinett vertretenen "Arbeiterparteien" den israelischen Standpunkt hinsichtlich des Rogers-Plans in den folgenden Punkten präzisierten:

1. Die USA halfen Israel, seine Überlegenheit durch die Waffenlieferungen bewahren. Unter diesen Bedingungen kann Israel an den Jarring-Gesprächen teilnehmen.
2. Die israelische Regierung lehnt die "kleinen Grenzänderungen", die der Rogers-Plan als Garantie für die israelische Sicherheit vorsieht, ab. Vielmehr will Israel seine annexionistischen Ansprüche aufrechterhalten.
3. Die Forderungen der rechtsextremen National Religiösen Partei nach Angliederung der besetzten jordanischen Gebiete ließen Golda Meir und die übrigen Vertreter der Mierach offen; sie machten jedoch deutlich, daß eine friedliche Regelung im Rahmen des Rogers-Plans die Ansiedlung von israelischen Staatsangehörigen in den besetzten Gebieten nicht ausschließen darf.

Israel versteht den Rogers-Plan als eine vorläufige Stufe einer noch auszuhandelnden endgültigen friedlichen Regelung. In diesem Zusammenhang scheint die Frage der Wiedereröffnung des Suez-

Kanals im Rahmen des Rogers-Plan ganz für Israel insofern relevant, als es dadurch den Waffenstillstand hinausziehen kann. Während Ägypten den Rückzug der israelischen Armee vom Ostufer des Kanals als Voraussetzung für die Wiedereröffnung macht, versucht Israel diese Frage unabhängig vom weiteren Verlauf der Verhandlungen zu lösen. Hierzu machte der israelische Außenminister vor kurzem einen Vorschlag, der die folgenden wichtigen Punkte beinhaltet.

1. Die Waffenstillstandlinie zwischen Israel und Ägypten bleibt bis zur friedlichen Regelung der Suez-Kanal.
2. Sowohl Israel als auch Ägypten reduzieren ihre Streitkräfte auf beiden Seiten des Kanals.
3. Israel und Ägypten unterlassen alle militärischen Auseinandersetzungen, die die Aufräumarbeiten und die freie Schifffahrt behindern.
4. Das Zivilleben in den ägyptischen Städten am Suez-Kanal kann dadurch auch normalisiert werden.

Dieser Vorschlag stellt eine neue Auflage des modifizierten Dajan-Plans dar, der ursprünglich den Abzug der Streitkräfte beider Länder 30 km vom Suez-Kanal vorsah. Das Ziel des israelischen Vorschlags ist die Schaffung einer Demarkationslinie, die der israelischen militärischen und politischen Lage durch die Wiedereröffnung des Suez-Kanals bessere Möglichkeiten für einen zu diktierenden Vertrag verschafft. Diese Kalkulationen der israelischen Politik kamen in den Äußerungen der israelischen Militaristen mehrmals zum Ausdruck. So erklärte der israelische Kriegsminister Dajan Ende 1970: "Wenn der endgültige Frieden mit allen arabischen Staaten als das langfristige Ziel angesehen wird, und wenn Israel auf diesem Wege langwierige Verhandlungen bevorstehen, so schafft die Wiedereröffnung des Suez-Kanals politische und militärische Verhältnisse, die Israel nur Vorteile bringen." Dadurch gedenkt Israel auch bilaterale Verhandlungen zu erzwingen, durch die die israelischen Annexionsansprüche gegenüber Jordanien mehr Realisierungschancen gewinnen können, zumal das jordanische Regime zum Verzicht auf einigen palästinensischen Gebieten bereit wäre.

Der Waffenstillstand, der seit dem 5. August 1970 sowohl von israelischer als auch von ägyptischer Seite respektiert wird, scheint einen Zustand der Machtbalance geschaffen zu haben, durch die der Rogers-Plan hinfällig wird. Offizielle ägyptische Stellen, die diese Tatsache erkannten, sprechen daher von den Gefahren eines "elektronischen" Krieges, um einerseits diesen Zustand zu charakterisieren und andererseits die Initiativen der eigenen Bevölkerung ausschalten zu können. Unter solchen Voraussetzungen werden die Verhandlungen wahrscheinlich einen Verlauf nehmen, den man mit dem Verlauf der Pariser Vietnam-Ver-

handlungen vergleichen könnte. Der Unterschied zwischen den Pariser Vietnam-Verhandlungen und ähnlichen ägyptisch-israelischen liegt lediglich darin, daß die revolutionären Kräfte in Vietnam handeln, während die ägyptische Staatsbourgeoisie jedes Handeln der ägyptischen Bevölkerung durch die ideologische Verzerrung der Widersprüche mit Israel und dem Imperialismus verhindert.



VIII. Gegen den Strom

Die Entwicklungsperspektiven des palästinensischen Widerstands:

Die palästinensische Widerstandsbewegung entstand als Reaktion auf die im Jahre 1967 fehlgeschlagene Politik zur Befreiung Palästinas, die sowohl von den relativ progressiven arabischen Staaten als auch von den handfesten Verbündeten des Imperialismus in der alltäglichen Propaganda propagiert wurde. Es gibt kaum ein historisches Beispiel, das einen Vergleich zur arabischen Palästina-Politik zulassen würde. Zugleich gibt es kaum historische Beispiele, die uns relevante politische Vergleiche zur arabischen Politik der palästinensischen Widerstandsbewegung bieten könnten. Algerien wäre in diesem Zusammenhang ein falsches Beispiel, zumal die Frage der Befreiung Algeriens nicht die Vielfalt hatte, die die Palästinafrage seit ihrer Entstehung bestimmt. Man könnte zwar an den Erfahrungen des palästinensischen Volkes während des Aufstandes von 1936 erinnern, ein Vergleich würde aber auf Grund der konkreten Lage des palästinensischen Volkes, die die zionistische Aggression von 1948 schuf und auf Grund der Beziehungen dieses Volkes zur arabischen Umwelt falsche Schlüsse ziehen lassen. Während sich der arabisch-palästinensische Aufstand von 1936 als Reaktion auf die ökonomische und politische Verdrängung durch die britische Mandatsregierung und die koloniale Jewish-Agency spontan entwickelte, und daher in keinem direkten Zusammenhang mit den Verhältnissen in den damals halbkolonialen arabischen Ländern stand, stellt das subjektive Selbst-

verständnis des heutigen Widerstands im allgemeinen ein sozialrevolutionäres Moment dar und wird von den arabischen Regimes auch als solches verstanden, und je nach Progressivität oder Volksfeindlichkeit dieser Regimes unterstützt oder bekämpft. Der Grad der Unterstützung bzw. Bekämpfung richtet sich einerseits nach der politischen Zweckmäßigkeit und andererseits nach dem politischen und sozialen Programm der einzelnen Organisationen. So war der palästinensische Widerstand in den ersten drei Jahren seiner Entstehung vom Standpunkt der politischen Zweckmäßigkeit ein vollkommenes Druckmittel in den Händen der arabischen Staaten gegen Israel und die USA. Nach dem Arrangement mit den USA im August 1970 (Rogers-Plan) schien die Widerstandsbewegung vielen arabischen Staaten ein Gegner ihrer eigenen Politik, die durch die Unterstützung nicht nur dem palästinensischen-nationalen, sondern auch dem marxistischen Flügel und den Sozialrevolutionären eine mobilisierte Massenbasis schuf.

Sieht man von der Politik des seit 1969 organisatorisch unabhängig gewordenen marxistischen Flügels des palästinensischen Widerstands (FPDLP) und der Sozialrevolutionäre (Al Saika und der Volksfront) ab, so läßt sich deutlich herausarbeiten, daß der palästinensisch-nationalistische Flügel (Al Fatah) der Politik der arabischen Regime keine revolutionäre Alternative entgegenzuhalten in der Lage war. Die Politik der palästinensischen Nationalisten war bis zum jordanischen Bürgerkrieg darauf aus, die in der arabischen Umwelt innewohnenden Widersprüche, die im allgemeinen die eigenen sind, mit allen ihren Nachteilen für die strategischen Arbeits- und Entwicklungsperspektiven der Widerstandsbewegung zugunsten einer dank der Unterstützung durch die arabischen Regime "reichen Revolution" auszunützen, ohne die zur weiteren Entwicklung dieser Revolution notwendigen politischen und sozialen Grundlagen zu sichern. Die Nichteinmischungspolitik in die inneren Angelegenheiten der arabischen Umwelt, die Gründung separatistischer Massenorganisationen in Jordanien, die Bündnisfrage dieses Flügels, usw. waren die eigentlichen Ursachen dafür, daß die jordanisch-palästinensische Bevölkerung die Phase der Doppelherrschaft in Jordanien nicht als den Anfang einer neuen historischen Entwicklung, von deren richtigen Einschätzung und Behandlung der Erfolg der national-demokratischen Revolution und demzufolge auch die Vereitelung der liquidatorischen Lösungen der Palästinafrage abhängt, verstanden. War die Nichteinmischungspolitik in die inneren Angelegenheiten der arabischen Länder ein Mittel zur Sicherung der für den weiteren Kampf notwendigen finanziellen Quellen, so war die Politik der Geldgeberstaaten auf die Bürokratisierung der Führungskader, die Entfremdung zwischen Basis und Führung als logische Konsequenz der Bürokratisierung und die Isolierung des Wider-

stands von den arabischen Massen und der nationalen arabischen Befreiungsbewegungen, die die finanzielle und sonstige Unterstützung hätten übernehmen und erzwingen können, gerichtet. Während sich der linke Flügel in der palästinensischen Befreiungsorganisation PLO seine Politik auf arabischer Ebene die Stärkung der linken und progressiven Parteien und Gruppen als das anzustrebende Ziel setzte, betrieb die bürgerliche Mehrheitsfraktion in der PLO eine entgegengesetzte Politik, die zur Schwächung der arabischen Bündnispartner und zur Verschleierung der Politik vieler arabischer Regime führte. Das Verhältnis der arabischen Völker zum palästinensischen Widerstand beschränkte sich wegen der Politik dieser bürgerlichen Fraktion auf die bloße Mobilisierung der wenig wirksamen emotionalen nationalistischen Verbundenheit der arabischen Völker mit Palästina und seinem dezimierten Volk.

Der Bürgerkrieg in Jordanien, September 1970, hat die Falschheit der Politik der bürgerlichen Mehrheitsfraktion in der PLO, die in der Krisensituation keine revolutionäre Initiative entwickelte, sondern vielmehr ihre eigene Abhängigkeit von der Politik der arabischen Staaten eher demonstrierte, nachgewiesen. Nach dem Bürgerkrieg setzte diese Fraktion ihre falsche Politik fort. Obwohl das Kairoer Abkommen zwischen dem Zentralkomitee der PLO und dem jordanischen Militärregime die nochvorhandene aber doch geschwächte Doppelherrschaft in Jordanien zu garantieren schien, half die bürgerliche Mehrheitsfraktion in der PLO durch eine Reihe falscher Taktiken zur stufenweisen Aufhebung der bis Ende 1970 erkämpften demokratischen Freiheiten beitragen. Die Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Widerstandsbewegung, die Aufhebung der Presse- und Meinungs-, sowie Versammlungsfreiheit, die zum Teil vollzogene Entwaffnung der Volksmilizen, die neuen Antistreikgesetze in Jordanien, etc. sind das Resultat einer falschen Politik, die mit den scheinbar vorläufigen Aufgeben von Machtpositionen als taktische Schritte zur Reorganisation des Kampfes und zur neuen Regelung des Verhältnisses zum jordanischen Regime begründet wurden. Die Doppelherrschaft wurde seit Oktober 1970 durch die fehlerhafte Politik und durch das falsche Verständnis der in der neu entstandenen Situation einzuleitenden Praxis zugunsten des jordanischen Terrorregimes, dessen Offensive auf die völlige Unterwerfung der Widerstandsbewegung hinausläuft, abgebaut.

Nicht nur die bürgerliche Mehrheitsfraktion in der PLO war nicht in der Lage, die Phase der Doppelherrschaft in ihrer politischen und sozialen Gesamtheit als eine Vorstufe zur national-demokratischen Revolution einzuschätzen, sondern auch die kleinbürgerliche radikale Volksfront FPLP, deren Politik der russischen Narodnowolzen nicht nur von Ferne gleicht. Rückte die Narodnaja Wolja den poli-

tischen Kampf gegen das Zarenregime in den Vordergrund, so verstand sie ihn nicht als Kampf der Massen, sondern als Kampf der aktiven Helden. Die radikale Propaganda jenes politischen Terrors, der für die Massen stellvertretend handelte, verstummte aber unter den terroristischen Schlägen des zaristischen Gegners.

Die zentristische und zugleich sektiererische Volksfront ist von ihrer sozialen Zusammensetzung und ihrem ideologischen Anspruch her keine palästinensische Narodnaja Wolja; ihre Praxis orientierte sich aber an solchen politischen Maximen, die auf die Verherrlichung des individualistischen Terrors und die Hervorhebung der Arbeit einer Elite gegenüber den zu organisierenden Massen hinauslief. Totalitäre Organisationsprinzipien, die den notwendigen Aufbau von Massenorganisationen bestritten, die ablehnende Haltung gegenüber den demokratischen Vertretungsorganen der Massen (Volksräte), die Hervorhebung der Arbeit des individualistischen Heldentums waren trotz des ideologischen Anspruchs der Volksfront (FPLP) Symptome einer falschen Praxis, deren theoretischen Hintergründe volkstümlerisch sind.

Aus dem Bürgerkrieg hat die Volksfront nicht die richtigen Lehren ziehen können. Anstatt die neu entstandene Situation genauer zu studieren, die eigenen Fehler zu überprüfen, die soziale und politische Lage in den jordanischen Dörfern, die von dem Regimeökonomisch abhängig sind, durch die langfristige Arbeit des demokratischen Kampfes zu verändern und die Bauern für den Volkskrieg zu gewinnen, etc. propagierte die Volksfront den Partisanenkrieg gegen die jordanische Armee, ohne die dazu notwendige politische und militärische Kraft im Bündnis mit anderen Organisationen zu sichern, geschweige denn selbst zu haben. Radikale kleinbürgerliche Organisationen zeichnen sich in der Tat dadurch aus, daß sie in Krisensituationen revolutionäre Losungen ausgeben, die an den Zusammenhängen der historischen Prozesse vorbeigehen. In einer "feindlichen" bäuerlichen Umgebung kann eine wahrhaft marxistische Organisation solche Losungen nicht ausgeben, es sei denn, zum Zwecke der Verteidigung und der Erhaltung der politischen und militärischen Existenz.

Nach dem Abbau der Doppelherrschaft und dem vorläufigen Scheitern der national-demokratischen Revolution in Jordanien tritt der demokratische Kampf, allerdings nicht wie die revisionistischen Parteien ihn verstehen, in den Vordergrund. Dieser Kampf zeichnet sich durch mehrere Züge aus, die zum Abschluß dieses Artikels kurz zusammengefaßt werden:

1. In erster Linie hat die gesamte Widerstandsbewegung im allgemeinen und ihr linker Flügel insbesondere die Frage der palästinensisch-jordanischen Einheitsfront, oder zu-

mindest der Aktionseinheit, die im Laufe des Kampfes in eine Einheitsfront überführt werden muß, als die brennendste Aufgabe anzusehen und hierzu die Lösung zu finden. Denn historisch kann man nachweisen, daß das haschemitische Terrorregime seine Herrschaft auf der Basis des vom britischen Kolonialismus übernommenen Prinzips: Teile und Herrsche, gegründet hat. Die palästinensisch-nationalistische Richtung in der Widerstandsbewegung hat in diesem Zusammenhang durch die Palästinensierungspolitik und die vertikale Spaltung des Volkes der Politik des jordanischen Regimes Vorschub geleistet. In dieser Frage bestehen zwischen den Widerstandsorganisationen einige Differenzen, die durch die Bestialität der haschemitischen Offensive nicht abgebaut, sondern eher verstärkt werden. Die palästinensische Befreiungsarmee PLA, die von Abdul-Razzaq Jahja geführt wird, versucht in Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Elementen in der PLO die palästinensisch-jordanische Einheitsfront zugunsten einer programmlosen militärischen Verschmelzung der Widerstandsorganisationen zu verdrängen, um dadurch als Repräsentation des palästinensischen Volkes das Erbe der friedlichen Regelung antreten zu können. Die Demokratische Volksfront FPDL, die Avantgarde des Volksbefreiungskampfes Al-Saika, die Volksfront FPLP, die Volksfront (Generalführung) und die Arabische Front (Irakische Baathisten) halten trotz unterschiedlicher Meinungen dieser spalterischen Politik die Bildung einer palästinensisch-jordanischen Einheitsfront mit einem politischen Minimalprogramm entgegen. Die Position der größten Widerstandsorganisation Al Fatah ist hierzu ambivalent.

2. Die brennendsten Aufgaben der Einheitsfront liegen einerseits in der Reorganisierung und Weiterführung des bewaffneten Kampfes gegen den nationalen Feind, und andererseits in der Einleitung politischer und sozialer Veränderungen in Jordanien, die die haschemitische Herrschaft schwächen und die Voraussetzungen der national-demokratischen Revolution als eines historischen Prozesses und nicht eines militärischen Aufstandes schaffen. Taktische politische Rückschritte sind in der Phase eines geschwächten Befreiungskampfes unvermeidlich; sie müssen aber der strategischen Zielsetzung und nicht den kurzfristigen Ambitionen des Kleinbürgertums angepaßt werden. Der linke Flügel des Widerstandes wird daher stets auf die eigene politische, theoretische und organisatorische Unabhängigkeit und auf die Führung des nationalen Kampfes achten müssen.

Der Schwerpunkt der Arbeit einer solchen Einheitsfront muß sich auf die Lösung der Agrarfrage, d.h. die Bodenreform konzentrieren. Die jordanischen Bauern, die von dem

Regime ökonomisch abhängig sind, werden sich der Einheitsfront erst dann anschließen, wenn die auf die Bodenreform bezogene Arbeit ihnen materielle Leistungen und Vorteile bringen würde. Diese Bauern, die die Hauptstütze der jordanischen Armee darstellen, kann man für die national-demokratische Revolution nicht durch die Propagierung solcher Losungen gewinnen, die ihre ökonomische aber auch ihre familiäre Existenz zu bedrohen scheinen, sondern durch die organisierte Arbeit, die die ökonomische Abhängigkeit vom Regime löst und die tribalistisch strukturierte familiäre Existenz durch die soziale Emanzipation abschafft. Eine solche organisierte Arbeit wird auch in den Reihen der Armee nationale Früchte tragen, weil die sozialen und ökonomischen Veränderungen auf dem Lande sich auf die bäuerlichen Soldaten auswirken.

Die Arbeit in den Gewerkschaften und Betrieben gewinnt dadurch eine besondere Bedeutung, daß die jordanisch-palästinensische Arbeiterklasse in den letzten Jahren den ökonomischen und politischen Kampf entschieden führte und unter Führung der Linken und Sozialrevolutionäre hervorragende Errungenschaften erzielte. 1969 und 1970 steigerte die jordanisch-palästinensische Arbeiterklasse ständig ihre Kampfbereitschaft, besetzte mehrmals die Fabriken und verteidigte die eigenen Arbeitsplätze gegen die Eingriffe der jordanischen Armee und Polizei; 1970 marschierten die Arbeiter des größten Betriebes im Lande, der Zementwerke, auf das jordanische Innenministerium und setzten ihre Forderungen nach mehr Lohn, sozialer und Krankenversicherung, sowie auch nach Gründung unabhängiger Gewerkschaften durch. Die Errungenschaften der Arbeiter in den Zementwerken waren Beispiel für die Arbeiter der anderen kleineren Betriebe im Lande, die durch die wirksame Unterstützung der Demokratischen Volksfront, Al-Saika und der Volksfront einen hervorragenden politischen und ökonomischen Kampf organisierten. Diese Errungenschaften sind aber nach dem Bürgerkrieg durch die Antistreikgesetze bedroht. Es wird von der Politik der Widerstandsorganisationen im allgemeinen und des linken Flügels insbesondere abhängen, die Angriffe des jordanischen Regimes auf die Arbeiterklasse durch ein Bündnis mit den sozialistischen und demokratischen Kräften Ostjordanien abzuwehren.

Der demokratische Kampf für die Bodenreform und gegen die Antistreikgesetze wird in der Politik des palästinensisch-jordanischen Widerstands parallel mit der aktiven subversiven Arbeit in allen staatlichen Institutionen und gegen die Interessen der Herrschenden und des Imperialismus laufen müssen. Die Anfang April durchgeführten Kommandoaktionen gegen wichtige Interessen des Regimes und des Imperialismus sind nur Anzeichen einer zur Paralyse der gegnerischen Aggressivität notwendigen Arbeit.

In dieser Phase müssen die sozialistischen und demokratischen Kräfte den politischen und ökonomischen Kampf den neuen Verhältnissen anpassen, d.h. die Untergrundarbeit mit der öffentlichen Arbeit je nach dem politischen und militärischen Kräfteverhältnis abstimmen.

3. Auf arabischer Ebene hat die Widerstandsbewegung ihre Bündnispolitik so zu überprüfen, daß sie den Prozeß der historischen Entwicklung in den arabischen Ländern und seine Relation zu den Befreiungsbestrebungen des palästinensisch-jordanischen Volkes erfaßt und mitgestaltet. Würde die palästinensisch-jordanische Befreiungsbewegung den Zusammenhang zwischen den Entwicklungen in den arabischen Ländern, vor allem im arabischen Osten, und der Palästinafrage nicht dahingehend interpretieren, daß es ohne die Einleitung revolutionärer Prozesse auf arabischer Ebene keine Befreiung in Palästina geben könnte, dann wird sie ein Gefangener der widersprüchlichen Politik der arabischen Staaten bleiben, oder bestenfalls zum neuen Bündnispartner der zahlreichen kleinbürgerlichen arabischen Regimes und des Sowjetrevisionismus werden. Ein palästinensischer bzw. palästinensisch-jordanischer Staat würde die Ambitionen ihrer bürgerlichen Mehrheitsfraktion zufriedenstellen. Diese Fraktion wird mit dem Strom, der linke Flügel und die Sozialrevolutionäre werden auch dann gegen den Strom schwimmen müssen.

Für die Marxisten-Leninisten gilt in dieser Phase die Lenin'sche Losung:

"Schaffen wir eine proletarische kommunistische Partei; Elemente einer solchen Partei haben die besten Anhänger des Bolschewismus bereits geschaffen; schließen wir uns zur proletarischen Klassenarbeit zusammen und von den Proletariern, von den armen Bauern wird sich eine größere und immer größere Zahl auf unsere Seite stellen."

Taysir Al-Khalid



Die Erdölverhandlungen von Teheran und Tripolis

Im folgenden drucken wir zwei Abschnitte aus einem Artikel von Volker Ullrich, "Imperialismus im Nahen Osten" aus 'Study Texts on Questions of Society and Progress'; 1971, Vol.2, ab.

Der US-Imperialismus im Nahen Osten und die Politik der Ölgesellschaften

Im Verlauf und nach Beendigung des zweiten Weltkrieges wurde die britische Vorherrschaft im Nahen Osten durch den US-Imperialismus abgelöst, der sich in den arabischen Ländern nicht durch seine kolonialistische Vergangenheit diskreditiert hatte und daher zunächst frei agieren konnte.²⁸⁾ Zwei Gründe waren vor allem für das wachsende amerikanische Engagement im Vorderen Orient maßgebend:

1) die strategisch-militärische Schlüsselstellung des Nahen Ostens innerhalb der Globalstrategie des US-Imperialismus. "Der Nahe Osten ist die wichtigste Brücke zwischen den drei Kontinenten Asien, Europa und Afrika, die das Mittelmeer mit dem Roten Meer bzw. dem Persischen Golf verbindet. Er ist der Schnittpunkt, der die weltimperialistischen Interessen in Afrika und Indien mit den Herrschaftszielen im Mittleren Osten (Persien und Afghanistan) und in Süd- und Südosteuropa verbindet."²⁹⁾

2) die Bedeutung der arabischen Länder als Erdöllieferanten: Die westlichen Industrieländer sind in steigendem Maße auf das Erdöl als wichtigste Energiequelle und als Rohmaterial für mehrere Wachstumsindustrien angewiesen. (Der Mineralölverbrauch der Bundesrepublik z.B. stieg von 32,9 Mill. Tonnen im Jahre 1960 auf 128,8 Mill. Tonnen im Jahre 1970.)³⁰⁾ Noch während des zweiten Weltkrieges waren in den USA erste alarmierende Nachrichten über den künftigen Ölbedarf des Landes und dessen Deckung auf dem amerikanischen Kontinent erschienen: "Die Zukunft der Großmacht Öl liegt nicht mehr auf dem amerikanischen Kontinent. Der Schwerpunkt der Erdöl-Weltproduktion verschiebt sich immer mehr aus dem Gebiet des Golfs von Mexiko und dem karibischen Raum (Venezuela) nach dem Gebiet rund um den Persischen Golf."³¹⁾ Während nach Schätzungen amerikanischer Ölexperten die US-Reserven in 10 bis 12 Jahren aufgebraucht sein würden, wurde für die Ölversorgung der arabischen Welt mit einer zehnfachen Ausbeutungsdauer gerechnet. Das drohende Öldefizit brachte die USA nach 1945 auf Nahostkurs.

Obwohl immer noch größter Einzelproduzent (eigene Produktion 1969: 510 Mill. Tonnen), importierten die USA 1970 bereits 70 Mill. Tonnen Rohöl. Noch stärker vom Weltölmarkt abhängig sind gegenwärtig vor allem Japan (170 Mill. Tonnen Importe), Italien (114 Mill. Tonnen), Großbritannien (100 Mill. Tonnen), Frankreich (100 Mill. Tonnen) und die Bundesrepublik (98 Mill. Tonnen). Die Sowjetunion bestreitet demgegenüber ihren Ölbedarf im wesentlichen aus eigener Produktion (1969: 329 Mill. Tonnen). Aufgrund mangelnder Transportmög-

lichkeiten ist sie allerdings noch nicht in der Lage, den Bedarf ihrer Verbündeten voll zu decken.³²⁾

Mehr als die Hälfte des gesamten Erdölverbrauchs der kapitalistischen Industrienationen wird aus Importen der Dritten Welt gedeckt. Die arabischen Länder bestritten 1970 davon 77 Prozent.³³⁾ Sie vereinen den größten Teil der heute bekannten Ölvorräte der Welt auf sich. Nirgends auf der Welt konzentriert sich auf so engem Raum eine so gewaltige Menge Öl. Nach den derzeitigen Schätzungen liegen allein im nahöstlichen Teil der arabischen Welt 60 Prozent der Weltressourcen.³⁴⁾ Die Bedeutung der arabischen Länder in der Weltölwirtschaft wird deutlich, wenn wir einen Blick auf die größten Ölexportierenden Länder werfen. Auf Venezuela, das 1970 ca. 183 Mill. Tonnen Rohöl exportierte, folgt der Iran mit 177 Mill. Tonnen, Saudi-Arabien mit 168 Mill. Tonnen, Libyen mit 158 Mill. Tonnen, das kleine Scheichtum Kuwait mit 132 Mill. Tonnen und der Irak mit 73 Mill. Tonnen.³⁵⁾ Seit 1956 in Libyen Erdöl entdeckt wurde, hat ein regelrechter Wettlauf nach dem libyschen Öl eingesetzt. Da die libyschen Ölfelder nahe an der Wüste liegen, waren keine großen Investitionen für Transportanlagen erforderlich. So ist Libyen sehr rasch zum viertgrößten erdölexportierenden Land avanciert. Die hohe Abhängigkeit besonders der Bundesrepublik vom libyschen Öl zeigt die Tatsache an, daß von den fast 100 Mill. Tonnen Rohöl, die die BRD 1970 importierten, allein 40 Mill. Tonnen aus Libyen kamen.

Nach der Analyse Bernd Schüngels, der besonders die Frage nach der möglichen Substitution des Erdöls durch das Vordringen neuer Energieträger wie Erdgas und Atomenergie und den verstärkten Einsatz von Kohle untersucht hat, kann kein Zweifel darüber bestehen, daß der Erdölverbrauch der kapitalistischen Industrieländer auch in Zukunft steigen und den arabischen und nordafrikanischen Ländern dabei eine unvermindert hohe Bedeutung zukommen wird.³⁶⁾ Auch die neuentdeckten Ölfelder im Norden Alaskas ändern daran wenig, denn zum einen sind die geschätzten Betriebs- und Transportkosten in Alaska so hoch, daß eine rentable Erschließung und Ausbeutung überhaupt fraglich erscheint; zum anderen würden die geschätzten Vorräte von 2 bis 4 Mrd. Tonnen Rohöl nur für einen Zeitraum von 4 bis 8 Jahren den Bedarf der USA decken (sichere Reserven im Nahen Osten: über 35 Mrd. Tonnen). Die Globalstrategie des US-Imperialismus erfordert zudem, ständig in hohem Umfang erschlossene Erdölfelder in Reserve zu halten, um bei plötzlich auftretenden Importbehinderungen auf die eigenen Ressourcen ausweichen zu können. "Hier zeigt sich die Rohstoffabhängigkeit als dialektischer Prozeß: Die Abhängigkeit der kapitalistischen Industrie von der Ausbeutung fremder Rohstoffquellen intendiert - neben anderen ökonomischen Zwangszusammenhängen - die Entfaltung des Imperialismus. Die dazu notwendige Ver-

stärkung des militärischen Potentials erhöht wiederum den Rohstoffbedarf der imperialistischen Länder und damit deren Abhängigkeit von ausländischen Ressourcen." (B. Schüngel)

Auf die enge Verflechtung militärisch-strategischer Erwägungen und ökonomischer Interessen innerhalb der imperialistischen Nahostpolitik verweist die Äußerung McNamaras aus dem Jahre 1967: "Der Nahe und Mittlere Osten ist für die USA von strategischer Bedeutung, weil sich hier politische, militärische und wirtschaftliche Einflüsse überschneiden, und weil das Erdöl dieser Region für den Westen lebensnotwendig ist. Daher setzen wir uns sehr für die Stabilität und stetige Weiterentwicklung im Nahen und Mittleren Osten ein. Wir haben auch ein großes Interesse daran, unsere Bündnisse mit Griechenland, der Türkei und Persien aufrechtzuerhalten, da diese drei Länder zwischen der Sowjetunion und den Häfen und Ölquellen des Mittleren Ostens liegen." 37)

Die arabische Welt ist "das Operationsgebiet par excellence für den westlichen Öl-Imperialismus, die profitabelste und wahrscheinlich rücksichtsloseste Form des kapitalistischen Imperialismus." 38) Bis zum zweiten Weltkrieg dominierten im Nahen Osten die englischen Ölgesellschaften: Über die British Petroleum Comp., die jahrzehntelang allein die persische Ölproduktion bestritt, und die ebenfalls mit englischem Kapital arbeitende Royal Dutch Shell Comp. kontrollierte der britische Imperialismus bis zu 90% der nahöstlichen Ölwirtschaft. Der erste Einbruch in das britische Monopol gelang den Vereinigten Staaten 1928 beim Abschluß des Red-Line-Abkommens zwischen Henri Deterding von der Royal Dutch Shell und der Standard Oil Comp. - "the most famous example of an arrangement to curtail competition ever made in the international oil industry". 39) Das Ergebnis war die Bildung der Iraq Petroleum Comp., an der sich die US-Ölgesellschaften mit 23,75% beteiligten. In den dreißiger Jahren faßten die US-Ölfirnen in Saudi-Arabien und Kuwait Fuß. Der eigentliche Durchbruch gelang ihnen allerdings erst 1954 in Iran im Anschluß an den vom CIA initiierten Sturz von Ministerpräsident Mossadegh, der 1951 die iranischen Ölvorkommen verstaatlicht hatte. 40) Als Prämie für die "Vermittlung" im Ölstreit zwischen Iran und Großbritannien erhielten die USA einen 40%igen Anteil am neuen Erdölkonsortium in Iran. Damit war der Wettlauf um das Öl Vorderasiens zugunsten des US-Imperialismus entschieden, der heute in allen bedeutenden Förderländern einen maßgebenden Einfluß ausübt und über fast 2/3 der Gesamtproduktion des Nahen Ostens verfügt. 41)

Der gesamte Erdölhandel der Welt steht unter der Ägide von sieben großen Ölgesellschaften: den "sieben Schwere" des internationalen anglo-amerikanischen Ölkartells. Diesem Kartell gehören fünf amerikanische Ölgesellschaften an: die Gulf Oil Corp., die Socony Mobil Oil, die Standard Oil of California, die Standard Oil of New Jersey und die Texaco; ferner die British Petroleum (BP), kontrolliert vom englischen Kapital, und die Royal Dutch Shell Gruppe, die zu

60 Prozent in holländischem und zu 40 Prozent in britischem Besitz ist. 42) Die reibungslose Kooperation der sieben Ölkonzerne wird gewährleistet durch ihre gegenseitige Verflechtung, die sie gegenüber den Förderländern und den Endverbrauchern nicht als Konkurrenten, sondern als Partner auftreten läßt. Die Ölfelder des Nah- und Mittelostens teilen sie wie folgt unter sich auf 43): die National Iranian Oil Comp. (NIOC) wird zu 54% von der BP und der Royal Dutch-Shell Gruppe, zu 6% von der Compagnie Française des Pétroles und zu 40% von den amerikanischen Gesellschaften (Standard Oil of N.J., Standard Oil of Calif., Socony Mobil Oil, Texaco, Gulf Oil, Iricon Agency Ltd.) kontrolliert. An der Iraq Petroleum Comp. (IPC) sind die BP, die Shell und die Compagnie Française des Pétroles mit je 23,75% beteiligt, während Socony Mobil und Standard Oil of N.J. zusammen weitere 23,75% besitzen. In Saudi-Arabien halten vier amerikanische Konzerne, nämlich Standard Oil of Calif., Standard Oil of N.J. und Texaco (mit je 30%) und Socony Mobil Oil (mit 10%) unter dem Namen ARAMCO (Arabian American Oil Comp.) das Konzessionsmonopol. In Kuwait besitzen Gulf und BP gemeinsam eine Konzession und teilen sich als Kuwait Oil Comp. die Profite. An der Bahrain Petroleum Comp. (Bahrain-Inseln im Persischen Golf) sind zu je 50% die Texaco und Standard Oil of Calif. beteiligt.

Die Ölgesellschaften verarbeiten nur ein Minimum des Öls im Mittelosten. Sie ziehen es vor, das Öl zunächst einmal außerhalb der Reichweite der erdölproduzierenden Länder zu bringen. Saudi-Arabien und Iraq besitzen Rohölleitungen bis zum Mittelmeer - die Transarabian Pipeline (TAP) mit einer Jahreskapazität von 23 Mill. Tonnen und die IPC-Pipeline mit einer Jahreskapazität von 50 Mill. Tonnen. Solange der Suez-Kanal gesperrt bleibt, sind diese Transportwege, die den kostspieligen Umweg um das Kap der Guten Hoffnung ersparen, ein "nicht zu unterschätzender Aktivposten im internationalen Ölgeschäft". 44)

Die Profitraten der Erdölgesellschaften zählen zu den höchsten aller kapitalistischen Unternehmungen. Zwischen 1946 und 1959, dem "goldenen Zeitalter" der Ölgewinne, warfen die Investitionen des amerikanischen Privatkapitals in Kanada durchschnittlich 2,5 Prozent Gewinne ab, die in Westeuropa 7,9 Prozent, die in Venezuela 14,4 Prozent und die in den Staaten des Mittelostens über 50 Prozent. 45) Nach der offiziellen Statistik der US-Regierung belief sich 1965 das Einkommen der amerikanischen Ölgesellschaften aus ausländischen Investitionen auf 1,789 Mrd. Dollar, wovon fast die Hälfte - 813 Mill. Dollar - aus der arabischen Welt kam. 46)

Fast die Hälfte aller Direktinvestitionen des amerikanischen Kapitals in der Dritten Welt werden in der Erdölindustrie angelegt, wobei der Hauptteil neben Venezuela auf die Länder des Nahen Ostens entfällt. 47) Hier bestehen die gewinnintensivsten Anlagemöglichkeiten, denn die Extraktion des arabischen Erdöls ist besonders billig und profitabel. So betragen z.B.

die durchschnittlichen Erschließungs- und Produktionskosten im Nahen Osten 16 cents pro barrel (=159 Liter), in Venezuela dagegen 51 cents, in den USA 173 cents und in Kanada 310 cents.⁴⁸⁾ Die hohen Gewinne, die die Ölgesellschaften im Nahen Osten erwirtschaften, werden nur zu einem geringen Teil in die Förderländer reinvestiert. Durch den Transfer eines außerordentlich hohen Teils des volkswirtschaftlichen Überschusses in die Kapitalgeberländer wird das industrielle Wachstum in den arabischen Ölländern entscheidend behindert.

Die Ölgesellschaften beanspruchen jedoch nicht nur das Monopol der Erdölausbeutung, indem sie den Aufbau einer nationalen Ölindustrie in den Förderländern blockieren; sie verhindern zugleich, daß die bei der Erdölgewinnung abfallenden Nebenprodukte industriell verwertet werden können. Als charakteristisches Beispiel sei hier die von der ARAMCO in Saudi-Arabien verfolgte Politik aufgeführt: Sie "verbrennt das bei der Ölförderung entstehende Erdgas und verbietet den Aufbau von chemischen Industrie-Zentren zur Erdgas-Verwendung, weil dadurch in Saudi-Arabien ein neues Proletariat entstehen könnte, das sich am Ende gegen die Amerikaner wenden würde."⁴⁹⁾

Die globale Ausweitung der amerikanischen Erdölindustrie ist nicht allein auf die Verknappung der Vorräte in den USA und die Kostenvorteile des Erdöls aus der Dritten Welt zurückzuführen, sondern hat auch zu tun "mit der globalen Verbreitung des Erdöls selber und mit der Notwendigkeit einer Kontrolle der Versorgungsquellen, um für das Endprodukt Monopolpreise (nicht nur im Ausland, sondern auch im Inland) aufrechterhalten zu können".⁵⁰⁾ Dies erklärt, warum die US-Ölgesellschaften ihre Hand auch nach relativ geringfügigen Ölvorkommen ausstrecken. Die völlige Verfügbarkeit der ausländischen Ölquellen soll dem US-Imperialismus ermöglichen, eine "langfristige Öl-Außenpolitik"⁵¹⁾ zu betreiben.

Victor Perlo hat den Funktionsmechanismus der US-Ölgesellschaften präzise zusammengefaßt: "Die riesigen Ölgesellschaften setzen die Preise fest, sie teilen sich die Märkte und Förderkonzessionen auf und beherrschen die Relokation der Zulieferungsindustrien für eine Aufteilung der Beute untereinander. All dies geschieht mit festen Regeln für die Aufteilung der Beute. Was wirtschaftliche Belange angeht, bilden sie eine feste Front gegenüber den Herkunftsländern und Endverbrauchern und gewöhnlich auch in der Bestimmung der Außenpolitik im Mittleren Osten ihrer eigenen imperialistischen Regierungen."⁵²⁾

Der Einfluß der Ölgesellschaften und ihrer Lobbys auf die Politik des Weißen Hauses und den außenpolitischen Entscheidungsprozeß der USA ist in der Tat kaum zu überschätzen. In ihrem Bemühen, die Kontrolle über alle ölproduzierenden Gebiete außerhalb des "kommunistischen Lagers" zu behalten, können die Ölmagnaten jederzeit auf die politische Unterstützung der US-Administration zählen. Tonangebend sind dabei jene Gesellschaften, die zur Rockefeller-Gruppe gehören: die Standard Oil of N.J., Standard Oil of Calif.

und die Mobil Oil. Zusammen beherrschen sie etwa 25% der Ölproduktion der kapitalistischen Welt und repräsentieren ein Kapital von 70 Mrd. Dollar.⁵³⁾ Die Chase Manhattan Bank, die der Rockefeller-Familie gehört, bildet das Koordinationszentrum dieses gigantischen Konzerns, "des einflußreichsten Machtblocks der amerikanischen Finanzoligarchie".⁵⁴⁾

Die imperialistische Inbesitznahme und Ausbeutung der Rohstoffe beruhte im Nahen Osten, wie anderswo, auf der militärischen und politischen Vorherrschaft der imperialistischen Mächte, praktiziert anfangs durch den direkten kolonialistischen Zugriff. Die neokoloniale Ausplünderung der Ölquellen des Nah- und Mittelostens wird abgesichert:⁵⁵⁾

1) durch militärischen Druck, wie ihn z.B. der US-Wheelus-Field-Luftwaffenstützpunkt in Libyen (heute Biserta, Tunesien), die Luftwaffenbasen in Saudi-Arabien, die NATO-Basen in Griechenland und der Türkei und die dauernde Stationierung der 6. amerikanischen Flotte im Mittelmeer ausübten. Zusätzliche Sicherungen sind durch die Militärallianzen (Bagdad Pakt 1955, nach Ausscheiden des Irak 1958, CENTO 1959) eingebaut; 2) durch Kollaboration mit den reaktionärsten arabischen Regimes.⁵⁶⁾ Die USA arbeiten besonders eng mit der Kompradorenbourgeoisie des Libanon⁵⁷⁾, den Oligarchien von Saudi-Arabien, der Golf-Emirate und der jordanischen Monarchie unter König Hussein zusammen. Die Prozente und Gebühren, die von den Ölgesellschaften als Steuern und Gebühren an die reaktionären Herrschaftsquellen abgeführt werden, erlauben diesen, große private Reichtümer anzuhäufen und ein verschwenderisches Leben auf Kosten der ausgebeuteten arabischen Massen zu führen.

Etwas komplizierter gestaltet sich das Verhältnis zu den kleinbürgerlich-progressiven Staaten, die sich in einem Balanceakt zwischen dem US-Imperialismus und der Sowjetunion das "gesteigerte gesellschaftliche Produkt der arabischen Länder aneignen und der bürokratisch-militärischen Staatsmaschine einverleiben".⁵⁸⁾ In diesen Ländern kann der US-Imperialismus nicht mehr mit den Mitteln direkter politischer und militärischer Pressuren arbeiten, um Regierungen einzuschüchtern und zu stürzen. Die militärische Intervention der USA im Libanon und Großbritanniens in Jordanien nach dem Sturz der Monarchie im Irak 1958 war die letzte militärische Machtdemonstration im klassischen kolonialen Stil. Nach dem gescheiterten Versuch, die Vormachtstellung der feudalen Monarchien in der arabischen Welt zu restaurieren, ging der Imperialismus zu einer flexibleren Taktik gegenüber den kleinbürgerlich-progressiven Regimes über, die langfristig darauf angelegt ist, die traditionellen Formen kolonialer Abhängigkeit durch neokoloniale Methoden der Kapitalrealisierung zu ersetzen;

3) durch Anheizen von Konflikten im arabischen Raum. In Fortsetzung seiner Politik der Spaltung und Regionalisierung der arabischen Welt ist der Imperialismus daran interessiert, die arabischen Staaten gegeneinander auszuspielen, um auf diese Weise den Charakter impe-

rialistischer Ausbeutung im Nahen Osten zu verschleiern und das revolutionäre Potential in den arabischen Staaten zu paralysieren.

Der Ölpoker in Teheran und Tripolis - eine radikale Wende?

Vor dem Hintergrund der verschärften Klassenauseinandersetzungen in der arabischen Welt sind auch die jüngsten Verhandlungen der Organisation der Ölexportierenden Länder (OPEC) mit den Ölgesellschaften zu sehen. Die OPEC - ihr gehören an: Iran, Irak, Kuwait, Katar, Abu Dhabi, Saudi-Arabien, Libyen, Algerien, Indonesien, Venezuela - war 1960 gegründet worden mit dem Ziel, den Ölgesellschaften schrittweise mehr Konzessionen in Gebühren und Steuern abzufordern. Tatsächlich gelang es jedoch den internationalen Ölkonzernen in den letzten Jahren, die Bezugspreise für Rohöl auf den Stand von 1960 einzufrieren. Da die Benzin- und Heizölpreise im gleichen Zeitraum beträchtlich stiegen, wurde die Schere zwischen den Profiten der Ölkonzerne und den Einnahmen der Ölländer immer größer. Überdies verlor das Geld, das die Ölländer für ihr Rohprodukt einnahmen, durch die Preissteigerungen für die Importe aus den kapitalistischen Industrieländern immer mehr an Wert.

Als die OPEC-Länder auf ihrer 21. Konferenz in Caracas am 12. Dezember 1970 beschlossen, den Gewinnanteil ihrer Staaten am Erdölgeschäft von bisher 50 auf 55% zu erhöhen und damit gleichzeitig den Referenzpreis pro barrel heraufzusetzen, wurde dieser Beschluß weder von den Ölgesellschaften noch von den Regierungen der kapitalistischen Industrienationen allzu ernst genommen. Denn bisher war es den Ölkonzernen immer gelungen, die OPEC-Länder gegeneinander auszuspielen, indem sie einzelnen etwas mehr boten. ⁷⁸⁾ Diesmal freilich schien das gewohnte Rezept nicht mehr zu wirken. "Die Öligiganten dürften sich in einem Maße wehrlos fühlen, wie es noch vor drei Jahren unvorstellbar gewesen", klagte die "Financial Times", und der "Spiegel" diagnostizierte "einen radikalen Wandel am Weltölmarkt". ⁷⁹⁾

Was hier aber als radikaler Wandel apostrophiert wird, enthüllt sich bei näherem Zusehen als opportunistische Anpassung der OPEC-Länder an eine neue Situation, die nicht zuletzt durch die verschärften Klassenwidersprüche in den arabischen Ländern selbst bestimmt wird. Die Perspektive einer sozialen Revolution im Nahen Osten, wie sie von den marxistisch-leninistischen Befreiungsbewegungen der palästinensischen Revolution, FPLP und FPDLP, vertreten wird, zwingt die Regierungen der Ölexportierenden Länder, in ihren Forderungen gegenüber den Ölgesellschaften härter aufzutreten, um sich den Anschein einer wirkungsvollen Interessenvertretung zu geben. Ihnen kommt dabei der Umstand zugute, daß angesichts des gesteigerten Ölverbrauchs der Industrienationen Rohöl und Tankertonnage in den letzten Jahren immer knapper geworden sind und sich damit zugleich für die Konzerne der Spielraum verringert hat, im Krisenfall auf andere Fördergebiete auszuweichen. Die erhöhte Nachfrage bei verringertem Angebot an "Mittelmeeröl" (Unterbrechung der TAP-Linie;

Kürzung der Fördermenge durch Libyen) ließ von Mai bis November 1970 die Tankerfrachtraten um fast das Dreifache steigen, (wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß die Konzerne selbst über große eigene Tankerflotten verfügen). ⁸⁰⁾ "Durch den Engpaß in Europa und die rigorose Ölpolitik des Revolutionsregimes in Tripolis - Libyen erzwang schon im Herbst letzten Jahres höhere Abgaben und Steuern - wurden auch die soll noch auf 90 Tage aufgestockt werden. Darüber hinaus haben sich die USA angeboten, für den Fall ernsthafter Versorgungsengpässe in Westeuropa auszuweichen. Einen zeitlich begrenzten Lieferstopp könnten die westeuropäischen Staaten ohne große Schwierigkeiten überstehen. Durch eine Vereinheitlichung der Erdölpolitik innerhalb der EWG, durch den beschleunigten Bau von Kernkraftwerken und durch Erlangung eigener Erdölkonzessionen z.B. in Venezuela für die bundeseigene Geminex bemüht sich besonders die Bundesrepublik, noch zusätzliche krisensichernde Momente einzubauen. ⁸⁷⁾

Die Preiserhöhungen, die die Ölgesellschaften während der Verhandlungen in Teheran konzedierte (statt durchschnittlich 95 cents sollen den Ölländern am Persischen Golf nun 1,35 Dollar pro barrel gezahlt werden), wurden zwar von der bürgerlichen Presse enthusiastisch als großzügiges Entgegenkommen gefeiert, sind aber nur ein Tropfen auf einen heißen Stein, wenn man bedenkt, daß die derzeitigen Abgabepreise in den USA 4,20 Dollar pro barrel betragen. ⁸⁸⁾ Sie führten auch zu keiner Beruhigung an der Ölpreisfront, da Libyen auf wesentlich höheren Abgaben bestand. Der stellvertretende Präsident des libyschen Revolutionsrates, Abdessalam Dschallud, erklärte nach den Verhandlungen von Teheran, daß von den OPEC-Ländern des Persischen Golfs nicht einmal Minimalforderungen gestellt worden seien. "Sein Land wolle nicht länger die Rolle des Ausgebeuteten spielen und werde sich gegen die Preisbindung des Ölkartells zu wehren wissen." ⁸⁹⁾

Libyen forderte die Erhöhung des Rohölpreises von 2,55 Dollar auf 3,75 Dollar pro barrel und außerdem eine Reinvestierung von 25 cents pro barrel aus den Erträgen der Ölgesellschaften. Diese boten 3,10 Dollar soll noch auf 90 Tage aufgestockt werden. Darüber hinaus haben sich die USA angeboten, für den Fall ernsthafter Versorgungsengpässe in Westeuropa auszuweichen. Einen zeitlich begrenzten Lieferstopp könnten die westeuropäischen Staaten ohne große Schwierigkeiten überstehen. Durch eine Vereinheitlichung der Erdölpolitik innerhalb der EWG, durch den beschleunigten Bau von Kernkraftwerken und durch Erlangung eigener Erdölkonzessionen z.B. in Venezuela für die bundeseigene Geminex bemüht sich besonders die Bundesrepublik, noch zusätzliche krisensichernde Momente einzubauen. ⁸⁷⁾

Die Preiserhöhungen, die die Ölgesellschaften während der Verhandlungen in Teheran konzedierte (statt durchschnittlich 95 cents sollen den Ölländern am Persischen Golf nun 1,35 Dollar pro barrel gezahlt

werden), wurden zwar von der bürgerlichen Presse enthusiastisch als großzügiges Entgegenkommen gefeiert, sind aber nur ein Tropfen auf einen heißen Stein, wenn man bedenkt, daß die derzeitigen Abgabepreise in den USA 4,20 Dollar pro barrel betragen.⁸⁸⁾ Sie führten auch zu keiner Beruhigung an der Ölpreisfront, da Libyen auf wesentlich höheren Abgaben bestand. Der stellvertretende Präsident des libyschen Revolutionsrates, Abdessalam Dschallud, erklärte nach den Verhandlungen von Teheran, daß von den OPEC-Ländern des Persischen Golfs nicht einmal Minimalforderungen gestellt worden seien. "Sein Land wolle nicht länger die Rolle des Ausgebeuteten spielen und werde sich gegen die Preisbindung des Ölkartells zu wehren wissen."⁸⁹⁾

Libyen forderte die Erhöhung des Rohölpreises von 2,55 Dollar auf 3,75 Dollar pro barrel und außerdem eine Reinvestierung von 25 cents pro barrel aus den Erträgen der Ölgesellschaften. Diese boten 3,10 Dollar pro barrel an, wollten jedoch dieses Zugeständnis - analog der Teheraner Vereinbarung - an eine fünfjährige Laufzeit des Vertrages binden. Neben Libyen und Algerien beteiligten sich an der neuen Verhandlungsrunde auch Saudi-Arabien und der Irak, die schon in Teheran unterschrieben hatten. Da beide Länder den größten Teil ihrer Erdölproduktion über Pipelines in die Mittelmeerhäfen pumpen, das über das Mittelmeer beförderte Öl aber bedeutend geringere Transportkosten verursacht als das aus dem Persischen Golf, wollten sie hinter den libyschen Forderungen nicht zurückstehen.

Für die FAZ signalisierten diese Forderungen, daß die libysche Revolutionsregierung "den Sinn für das rechte Maß beim Verhandeln" verloren habe⁹⁰⁾, und das "Handelsblatt" verstieg sich zu der Behauptung, daß ein Nachgeben gegenüber der "Erpressung am Mittelmeer" "jede weitere Betätigung der Ölkonzerne in diesen Ländern unwirtschaftlich machen" würde.⁹¹⁾ Gegenüber dem hier gemalten düsteren Hintergrund nimmt sich freilich die Gelassenheit seltsam aus, mit der die beteiligten Ölgesellschaften auf die erneute Drohung mit dem Ölboycott reagierten. Offensichtlich wurde sie nicht recht ernst genommen. Denn es zeigte sich bald, daß in der Mittelmeerrunde der Vier - im Gegensatz zur geschlossenen Front der Ölfirmen⁹²⁾ - keine Einigkeit herrschte und daß das Ultimatum, für dessen Ablauf keine Frist genannt wurde, eher "eine gesichtswahrende Geste" war.⁹³⁾ Während Libyen aufgrund seiner hohen Devisenreserven einen längeren Ölboycott wohl durchstehen könnte, sind Saudi-Arabien und der Irak dringend auf die Devisen aus dem Ölgeschäft angewiesen und wollen daher einem Konflikt mit den Ölgesellschaften aus dem Wege gehen. Einen Boycott durch Libyen allein aber könnten die westlichen Länder verkraften. Welcher Mechanismus für den Fall eines libyschen Ölstopps einsetzen würde, malte "Die Welt" genüßlich aus: "Wird der Ölhahn zugedreht, so setzt schlagartig eine durch Computer gesteuerte Tankerstrategie ein, die die Effektivität der Flotte bis um ein Viertel erhöhen wird. Mit der Tankerstrategie,

den Vorräten von 90 Tagen und dem letzten Mittel der Prioritäten oder gar der Bezugsscheine für Benzin und Heizöl können die Industrienationen dafür sorgen, daß in Tripolis die Bäume nicht in den Himmel wachsen."⁹⁴⁾

Dafür sorgt übrigens unter anderem auch Ägypten, das in Tripolis wiederholt vor drastischen Maßnahmen gegen die westlichen Ölgesellschaften gewarnt hat.⁹⁵⁾ Der Rat zur Mäßigung entspricht dem Wunsch der ägyptischen Regierung, die Beziehungen zum Westen wieder aufzubessern, um die Fesseln der Abhängigkeit von der Sowjetunion zu lockern. (Ein Indiz hierfür ist auch der Bau der ägyptischen Pipeline von Suez nach Alexandria, an dem sich auch westdeutsche Firmen beteiligen.⁹⁶⁾ Angesichts der Kairoer Intervention scheint es noch zweifelhaft, ob das Khadafi-Regime dem Beispiel Algeriens in Kürze folgen und zur Teilnationalisierung der Ölgesellschaften schreiten wird. Dagegen spricht auch, daß Libyen bisher weder über genügend Fachkräfte noch über ein ausreichendes Instrumentarium verfügt, um die Nachfolge der ausländischen Erdölindustrie anzutreten.

So kam die Einigung in Tripolis über ein neues Ölabkommen Anfang April auch nicht überraschend. Die Ölgesellschaften mußten eine Erhöhung ihrer Abgaben um 90 cents pro barrel auf 3,45 Dollar zugestehen. Die Gewinnabgaben der Konzerne werden nach Teheraner Muster von 50 auf 55 Prozent angehoben. Außerdem ist in das neue Abkommen eine Gleitklausel eingebaut, mit der Libyen als Ausgleich für die inflationären Tendenzen in den Abnehmerländern ein automatischer Preisaufschlag um jährlich 2,5% zuzüglich 7 cents pro barrel garantiert wird.⁹⁷⁾

Daß sich die Ölgesellschaften bisher in den Verhandlungen konzessionswillig gezeigt haben, ist nicht Beweis ihrer faktischen Ohnmacht, sondern deutet darauf hin, daß sie es zum gegenwärtigen Zeitpunkt angesichts der gesteigerten Nachfrage nach Rohöl auf eine Kraftprobe nicht ankommen lassen wollen. Besonders wichtig ist für die Ölgesellschaften die in Teheran und Tripolis ausgehandelte fünfjährige Laufzeit, die sie vor kurzfristigen neuen Forderungen schützt und ihnen einen weiten Kalkulationsspielraum eröffnet. Unmittelbar nach Unterzeichnung des Teheraner Abkommens erhöhten die Ölfirmen die Benzinpreise um durchschnittlich 1 1/2 Pfennig pro Liter und nahmen so die Gelegenheit wahr, Extraprofite einzustreichen, denn der Teheraner Vertrag dürfte noch nicht einmal mit einem halben Pfennig auf die Preise durchschlagen.⁹⁸⁾ Und die Ölfirmen haben bereits ihre Absicht angekündigt, die Preisaufschläge für das libysche Öl sogleich in einer zweiten Preiswelle an die Verbraucher weiterzugeben.⁹⁹⁾

"Das Pokerspiel im internationalen Ölgeschäft wird weitergehen, aber es wird dabei weder Sieger noch Besiegte geben."¹⁰⁰⁾ Diese Feststellung verschleierte indes die Tatsache, daß die wahren Besiegten immer die arabischen Massen sein werden, solange die arabischen Länder durch die Mechanismen des imperialistischen Weltmarkts dazu verdammt sind, ihre Rohstoffe unter Wert zu verkaufen und industriell verarbeitete Produkte über Wert einzukaufen, d.h. "solange ihre imperi-

alistisch induzierte monokulturelle Wirtschafts- und Handelsverfassung besteht".¹⁰¹) Eine langfristige nachholende Akkumulation, die den Reichtum des "schwarzen Goldes" in den Dienst der politischen und sozialen Emanzipation der arabischen Völker stellen würde, ist daher identisch mit dem Ende imperialistischer Herrschaft im Nahen Osten.

Anmerkungen

- 28) Vgl. Raymond F. Mikesell/Hollis B. Chenery, *Arabian Oil. America's Stake in the Middle East*, Chapel Hill 1949; Harvey O'Connor, *The Empire of Oil*, New York 1955; Robert Engler, *The Politics of Oil*, New York 1968, und zusammenfassend: Nicoline Kokxhoorn, *The Limits of Oil-Imperialism. US-Foreign Policy in the Middle-East 1910-1970*, Hamburg 1971 (= Study Texts on Questions of Society and Progress, ed. Middle East Student Service in Europe), S. 4 ff.
- 29) Zum antiimperialistischen Kampf im Nahen Osten. Resolution der Trikont Hamburg, a.a.O., S. 31.
- 30) S. die Tabelle "Der große Öldurst" in: FR v. 14.1.1971.
- 31) Zit. nach Bahman Nirumand, *Persien - Modell eines Entwicklungslandes oder die Diktatur der Freien Welt*, Reinbek bei Hamburg 1967, S. 30.
- 32) Zahlen nach: Tabelle "Vom Weltölmarkt abhängig". Die größten Importeure, in: FR v. 16.2.1971; *Der Fischer-Weltalmanach 1971*, Frankfurt/M. 1970, S. 285; ferner: Franz Theodor Zölch, *Auch Osteuropa hat Erdölsorgen*, in: FR v. 13.2.1971.
- 33) S. die Tabelle "Können die Araber das Erdölgeschäft riskieren?" in: FR v. 23.1.1971.
- 34) Vgl. Das Erdöl und die imperialistische Politik im arabischen Raum, in: *Forum*, Nr. 4 (1970), wiederabgedr. in: *Al-Djabha*, Nr. 6/7 (1970), S. 16. ferner die Tabelle bei Bernd Schüngel, *Zur Frage der Abhängigkeit der kapitalistischen Industrieländer von den Rohstoffen der Dritten Welt (2. Teil)*, in: *Das Argument* H. 53 (1969), S. 293.
- 35) S. Die Tabelle "Vom Weltölmarkt abhängig", in: FR v. 16.2.1971; etwas höher liegen die Zahlen in der Tabelle "Block der Ölmächte", in: *Der Spiegel* v. 25.1. 1971, S. 89.
- 36) B. Schüngel, a.a.O., S. 294 ff.
- 37) Zit. nach Harry Magdoff, *Das Zeitalter des Imperialismus. Die ökonomischen Hintergründe des US-Außenpolitik*, Frankfurt/M. 1970, S. 104; vgl. auch Ekkehart Krippendorff, *Die amerikanische Strategie. Entscheidungsprozeß und Instrumentarium der amerikanischen Außenpolitik*, Frankfurt/M. 1970, S. 376: "Es ist an dieser Stelle müßig zu fragen, ob Profitmotive oder Sicherheits Erwägungen strategischer Art dominieren: sie dürften hier konvergieren."
- 38) Paul M. Sweezy, *Israel und der Imperialismus*, zuerst in *Monthly Review*, Oct. 1967, wiederabgedr. in: *Diskussion*, H. 28/29 (1970), S. 7-10, hier S. 7.
- 39) Christopher Tugendhat, *Oil the biggest business*, London 1969, S. 84.
- 40) Zu den Einzelheiten vgl. B. Nirumand, a.a.O., S. 37 ff.
- 41) Das Erdöl und die imperialistische Politik im arabischen Raum, a.a.O., S. 18; vgl. auch Olin T. Mouzon, *Resources and Industries of the United States*, New York 1966, S. 75, und Boris Rachkow, *How Moscow sees the future of Arab Oil*, in: *The New Middle East*, Nr. 25 Oct. 1970, S. 47: "US oil monopolies are boring deeper and deeper into the bowels of the Arab countries to lay their hands on even greater oil reserves. Whereas in 1967 they controlled about 20.000 million tons of the prospected oil in these countries, by the beginning of 1970, this figure had already grown to about 30.000 million tons, or about 67 per cent."
- 42) Vgl. die Tabelle: "Beteiligte Firmen in der Ölproduktion des Mittleren Osten und Nord-Afrikas, 1966", in dem Aufsatz von Victor Perlo, *Die amerikanischen Erdölgesellschaften und der Mittlere Osten*, mit einer Vorbemerkung wiederabgedr. in: *Palästinensische Revolution, Resistentia Schriften*, Nr. 10 (1970) S. 25; ferner: Ch. Tugendhat, a.a.O., S. 305, Appendix 1.
- 43) Das folgende nach: George Lenczowski, *Oil and State in the Middle East*, Ithaka N.Y. 1960, S. 9 ff. ("Growth of Oil Concessions"), und B. Nirumand, a.a.O., S. 53.
- 44) Arnulf Schöbitz, *Erdölpreise kommen nicht zur Ruhe*, in: FR v. 25.2.1971. 1969 war die TAP-Linie nach einem Angriff der palästinensischen Guerillas für 4 Monate unterbrochen, dann wieder für neun Monate vom April 1970 bis Januar 1971, da sich Syrien weigerte, ein auf syrischem Gebiet liegendes Leck in der Leitung zu reparieren. Vgl. *Syria's offensive against Saudi-Arabia - U.S. oil link*, in: *New Middle East*, Nr. 22 July 1970, S. 12 und FR v. 1.2.1971.
- 45) E. Krippendorff, a.a.O., S. 375; vgl. auch Kurt Steinhaus, *Zur Theorie des internationalen Klassenkampfes*, Frankfurt/M. 1967, S. 57: "US-amerikanisches Privatkapital wird hier (d.h. im Mittleren Osten) zu über 90% in der Mineralölbranche angelegt und erzielt dabei Profitraten von mehr als 60%."
- 46) P.M. Sweezy, a.a.O., S. 7; vgl. auch Ch. Tugendhat, a.a.O., S. 180 ff. ("How the companies get their profit").
- 47) Vgl. Conrad Schuler, *Zur politischen Ökonomie der Armen Welt*, München 1968, S. 141; Pierre Jalée, *Die Dritte Welt in der Weltwirtschaft*, Frankfurt/M. 1969, S. 42 f.; ferner: Arbeitsgruppe Dritte Welt am OSI, *Neuere Imperialismustheorien*, in: *Sozialistische Politik*, H. 6/7 (1970), S. 105: "Während die westeuropäischen Industrieländer in der Dritten Welt überwiegend in der verarbeitenden Industrie investieren..., gingen 1964 55% der US-amerikanischen Investitionen in der Dritten Welt in die extraktiven Industrien, darunter allein 43,7% in den Erdölsektor. Die Ölfraktion der US-amerikanischen Bourgeoisie hat damit ein starkes Gewicht in der imperialistischen Politik der USA."
- 48) Vgl. die Tabelle bei B. Schüngel, a.a.O., S. 295.
- 49) Eduard Thomas, *Machtspolitik ohne demokratische Moral*, in: FR v. 14.11.1970; vgl. auch B. Nirumand, a.a.O., S. 22, der den gleichen Zusammenhang für den Iran nachweist.
- 50) David Horowitz, *Imperialismus und Revolution. Neue Fakten zur gegenwärtigen Geschichte*, Berlin 1970, S. 206; vgl. auch Arbeitsgruppe Dritte Welt am OSI; *Neuere Imperialismustheorien*, a.a.O., S. 105 f.: "Die Extraprofite (der Öl-Industrie) resultieren einerseits aus den sehr niedrigen Lohnkosten in der Dritten Welt, andererseits - und das ist der hauptsächlich Grund - aus der Preispolitik des Weltölkartells: Der Inlands-Rohöl-Preis der USA ... liegt der Preisregelung durch das Weltkartell zugrunde; da nun die durchschnittlichen Förderkosten in Nahost nur etwa ein Neuntel derjenigen in den USA betragen, erzielen die US-Ölgesellschaften im Nahen Osten außerordentlich hohe Profite. Wegen dieser hohen Profite sind die Erdölmonopole nicht bereit, Regierungen in der Dritten Welt zu tolerieren, die ihre Operationen in erheblichem Maße einschränken."
- 51) Zit. nach E. Krippendorff, a.a.O., S. 376.
- 52) Victor Perlo, a.a.O., S. 26
- 53) Das Erdöl und die imperialistische Politik im arabischen Raum, a.a.O., S. 18.
- 54) Victor Perlo, a.a.O., S. 25.
- 55) Vgl. zum folgenden: Victor Perlo, a.a.O., S. 26 ("Die militärisch-politische Basis des Ölgeschäfts")
- 56) Vgl. diesen Zusammenhang vor allem Paul A. Baran, *Politische Ökonomie des wirtschaftlichen Wachstums*, S. 310 f.: "Es (d.h. das westliche Big-Business) benutzt seine ungeheure Macht, um die Kompradoren-Regierungen der rückständigen Gebiete zu stützen, die sozialen und politischen Bewegungen, die gegen sie opponieren, zu sprengen und zu korrumpieren und jede Regierung zu stürzen, wie immer sie zur Macht gelangt, die sich weigert, sich dem Willen ihrer imperialistischen Herren unterzuordnen." Zit. nach: Arbeitsgruppe Dritte Welt am OSI, *Neuere Imperialismustheorien*, a.a.O., S. 106. Die OSI-Arbeitsgruppe, die Barans These

- kritisch unter dem Aspekt der Interessenkonflikte zwischen extraktiven Monopolen und Exportmonopolen in der Dritten Welt überprüft hat, gelangt zu dem Resultat, daß die Ergebnisse der Baran-Schule "nur für Regionen richtig" sind, "in denen das Auslandskapital in überwiegendem Maße im extraktiven Sektor investiert hat, z.B. für den Nahen Osten, wo die Erdölmonopole tatsächlich die Feudalcliquen unterstützen" (ebenda, S. 107).
- 57) Vgl. Eduard Thomas, Libanon Erdöl: Ein brutaler Kapitalismus, in: FR v. 29.12.1970.
 - 58) Zum antiimperialistischen Kampf im Nahen Osten. Resolution der Trikont Hamburg, a.a.O., S. 32.
 - 78) Vgl. Erich Hauser, Zehn Ölländer fordern die Konzerne heraus, in: FR v. 22.1.1971; Michael Jungbluth, Poker um Zeit und Öl, in: Die Zeit v. 5.2.1971, S. 25.
 - 79) Der Spiegel v. 25.1.1971, S. 90.
 - 80) E. Hauser, a.a.O.; M. Jungbluth, a.a.O.; Financial Times v. 4.2.1971: Rethinking of fuel policy.
 - 81) Der Spiegel v. 25.1.1971, S. 90; Vgl. auch New Middle East, Nr. 27 December 1970: The curious politics of the Arab-American 'price war', S.17 f.
 - 82) Jungbluth, a.a.O.; FR v. 18.1.1971: Ölfirmen schlagen Preisabkommen vor.
 - 83) Vgl. Der Spiegel v. 8.3.1971, S. 142; FR v. 13.1.1971 Ölsperre setzt Frankreich unter Druck.
 - 84) Vgl. Friedrich-Wilhelm Fernau, Libyen im Zentrum arabischer Ölpolitik, in: Handelsblatt, Nr. 54 v. 18.3.1971.
 - 85) FAZ v. 8.2.1971: Das Ölultimatum von Teheran.
 - 86) Der Spiegel v. 25.1.1971, S. 90; vgl. auch die Tabelle in FR v. 23.1.1971: Können die Araber das Erdölgeschäft riskieren?
 - 87) Vgl. FR v. 14.1.1971: Ölverhandlungen in Teheran gescheitert; FR v. 19.1.1971: Bonner Energiepolitikern halten die Luft an; FR v. 23.1.1971: Ölreserven der Gemeinschaft befriedigend; Handelsblatt Nr. 60 v. 26/27.3.1971: EWG-Energiepolitik wird aktiv.
 - 88) Vgl. Arnulf Schöbitz, Erdölpreise kommen nicht zur Ruhe, in: FR v. 25.2.1971.
 - 89) FR v. 18.2.1971: Ein weiterer harter Ölstreit steht bevor.
 - 90) FAZ v. 17.3.1971: Vier arabische Staaten drohen Westeuropa mit Öl-Boycott.
 - 91) Handelsblatt, Nr. 53 v. 17.3.1971: Erpressung am Mittelmeer.
 - 92) Vgl. FR v. 16.3.1971: Ölfirmen üben Solidarität.
 - 93) FAZ v. 18.3.1971: Drohung nicht ernst gemeint?
 - 94) Die Welt v. 17.3.1971: Computer gegen Öl-Embargo.
 - 95) Vgl. Friedrich-Wilhelm Fernau, Lybien im Zentrum arabischer Ölpolitik, in: Handelsblatt Nr. 54 v. 18.3.1971.
 - 96) FR v. 13.4.1971: Bonn bürgt für Suez-Pipeline. Die Bundesregierung begründete die Gewährung der Hermes-Bürgschaft mit der "Notwendigkeit der westlichen Präsenz in der Wirtschaft Ägyptens": "Man will unter allen Umständen alles vermeiden, was zu ähnlichen Ergebnissen führt wie in der Auftragsvergabe für den Assuan-Damm an die Sowjetunion." (Handelsblatt, Nr.66 v. 5.4.1971).
 - 97) Handelsblatt, Nr. 66 v. 5.4.1971: Einigung mit Lybien über neues Ölabkommen.
 - 98) Der Spiegel v. 22.2.1971. S. 83.
 - 99) Vgl. FR v. 5.4.1971: Für Erdöl werden in Zukunft höhere Preise verlangt.
 - 100) Arnulf Schöbitz, a.a.O.
 - 101) Hans Dieter Boris, Zur politische Ökonomie der Beziehungen zwischen Entwicklungsländern und westlichen Industriegesellschaften, in: Das Argument, H. 38 (1966), S. 194.

TRIKONT

JUDENFRAGE & KAPITALISMUS

ABRAHAM LEÓN

Historisch-materialistische Analyse der Rolle der Juden in der Geschichte bis zur Gründung des Staates Israel / Schulungstext zur Wirtschaftsgeschichte Europas

Grundlagen für ein wissenschaftliches Studium der jüdischen Geschichte/Die Beziehungen der Juden zu den anderen Klassen der Gesellschaft/Niedergang des Kapitalismus und die jüdische Frage im 20. Jahrhundert/Wege zur Lösung der jüdischen Frage
Neuerscheinung Frühjahr 1971, 142 Seiten, DM 7.80

SCHRIFTEN ZUM KLASSENKAMPF NR. 20

SOWJETUNION UND CHINA: ZWEI WEGE DES SOZIALISTISCHEN AUFBAUS

Das russische Testament
Der russische Weg zum Sozialismus und seine Ergebnisse
China und die SU: Zwei Wege der Industrialisierung
Partei, Techniker und Arbeiterklassen der chinesischen Revolution
Die Produktionsverhältnisse in der Sozialistischen Revolution/Die Widersprüche zwischen Produktionsverhältnissen und Produktivkräften in der Übergangsphase
Aufbau des Sozialismus und zugehörige Arbeitsstellung/China: Rolle der Partei in der Revolution
Die Programmatische Kontrolle der Massen über Lebens- und Arbeitsbedingungen/Initiative der Massen in der Entwicklung der Produktivkräfte
116 Seiten, DM 9.80

SCHRIFTEN ZUM KLASSENKAMPF NR. 21

ANTIGEWERKSCHAFTLICHER KAMPF ODER KAMPF IN DEN GEWERKSCHAFTEN?

WIELAND ESCHENHAGEN

Sozialistische Betriebsarbeit und Gewerkschaftsbürokratie / Erfahrungen in Bremen

Arbeitskampfe und sozialistische Strategie in der gegenwertigen Phase
Die BRD: Opposition und Bürokratie an der Klockner-Hütte Bremen/Innerparteiliche Auseinandersetzungen und ökonomischer Konflikt/Kluft zwischen Basis und Apparat/ Zur Funktion der innerbetrieblichen Vertretungsorgane/ Chancen und Grenzen der Gewerkschaftsopposition
Neuerscheinung Frühjahr 1971, ca. 170 Seiten, ca. DM 9.00

SCHRIFTEN ZUM KLASSENKAMPF NR. 22

MENSCH UND SOZIALISMUS IN ALBANIEN

GILBERT MURY

Die Geschichte Albanens bis zum Betriebskampf/Ökonomischer Fortschritt in Industrie und Landwirtschaft/Revolutionierung des Alltagslebens/Politische und Wirtschaftsstrukturen/Planwirtschaft/Industrialisierung/Arbeitsorganisation der Arbeiter/Die neue Stellung der Frauen/Leben in den Landkommunen/Revolutionierung der Kultur/Verhältnis von Partei und Massen
Neuerscheinung Frühjahr 1971, ca. 175 Seiten, ca. DM 8.50

TRIKONT-Verlagskooperative München 60
Josephsburgstr. 16

RECHTSHILFE-FONDS

HEIDELBERGER VOLKSBANK 9980

politische buchhandlung

- arbeiterbewegung
- marxismus - sozialismus
- revolutionäre und befreiungsbewegung
- imperialismus
- ökonomie
- soziologie
- philosophie
- geschichte
- pädagogik
- kinderbücher
- zeitschriften



Offizielles Organ des Südwestdeutschen Referendarverbandes - Vereinigung der Gerichtsreferendare in Baden - Württemberg

- Aus dem Inhalt von Heft 2/71:
- Rechtsleben in Südafrika
 - Rechtsstaat und sozialer Wandel
 - Staatsanwaltschaft und Gewaltenteilung
 - Thesen zum Arbeitsrecht

Probeheft und Abonnement (6 Hefte im Jahr für DM 8.40 incl. Porto) bei:

ROTE ROBE - VERLAG
69 Heidelberg, Blumenstr. 15

schiffgasse 3, an der mensa
11 bis 18.30, telefon 46153

Die wirtschaftliche Entwicklung in Israel

In seiner Wirtschaftsstruktur kann Israel mit westeuropäischen Industriestaaten verglichen werden:

8,2 % des Sozialproduktes entfallen auf die Landwirtschaft; 25 % auf die Industrie; 18,5 % auf den privaten Handel und auf Dienstleistungen; 19,5 % auf den staatlichen Sektor; der Anteil des Baugewerbes liegt bei 6 %. - 1967 waren 12,6 % der Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft tätig, 24,6 % in Gewerbe und Industrie, 16,5 % im Sektor Erziehungswesen und soziale Dienstleistungen, 13,5 % im Handel und Bankwesen, 7,6 % in der öffentlichen Verwaltung.

Der folgende Beitrag soll auf die Entstehung der Wirtschaft Israels seit Begründung des Staates Israel im Jahre 1948, näher eingehen. 2) Ihre Entwicklung, so kann man vorsichtig feststellen, unterscheidet zwei Phasen: Aufbau der Wirtschaft Israels und ihre Entwicklung bis zum Juni-Krieg 1967. Wirtschaftliche Entwicklung nach dem militärischen Sieg bis heute.

Masseneinwanderung und ein umfangreicher Kapitalzufluss verhalfen Israel zu einer günstigen Ausgangsposition zum Aufbau einer Wirtschaft. Die Möglichkeit der israelischen Wirtschaft, von 1948 bis 1964 ausländisches Kapital ins Land zu ziehen, nahm beträchtliche Ausmasse an, und bedingte das Herausbilden einer modernen Infrastruktur in Israel. 1965 zeigte sich bereits eine Verminderung des Wirtschaftswachstums, 1966/67 kam es zu Rezession und Krise, die von Israel selbst in erster Linie auf das Nachlassen des Einwandererstroms und auf das Auslaufen der westdeutschen Reparationszahlungen zurückgeführt wurden. "Die Investitionstätigkeit ging stark zurück, fast 10 % der arbeitsfähigen Einwohner waren arbeitslos. Der siegreiche 6-Tage-Krieg 1967 beendete die wirtschaftliche Flaute. Das Vertrauen in die militärische Überlegenheit erwies sich als mächtiges Stimulans auch im wirtschaftlichen Bereich; die massiven Verteidigungsausgaben trugen das Ihre dazu bei, den neu einsetzenden Wirtschaftsaufschwung anzufachen." 3)

Nach dem Juni-Krieg geriet Israel nicht zuletzt wegen seiner hohen Militärausgaben (1969 rund 30 % des Staatshaushaltes) - in immer größere Abhängigkeit vom westlichen Kapital, besonders von den USA und der BRD. Nicht nur die besetzten Gebiete veränderten die israelische Infrastruktur, sondern gerade die zunehmende finanzielle und politische Abhängigkeit Israels von den imperialistischen Metropolen veränderten seine Wirtschaft selbst. Die Attraktivität als Anlagensphäre für das ausländische Kapital leitet sich aus den Bedingungen ab, die der 6-Tage-Krieg geschaffen hat. Einerseits konnten die Absatzmärkte durch die besetzten Gebiete bedeutend erweitert werden, in denen sich auch billige Arbeitskräfte rekrutieren ließen. Auf der anderen Seite konnte Israel durch den militärischen Sieg seine Funktionsfähigkeit als Agentur des Imperialismus für den Nahen Osten und für afrikanische Länder unter Beweis stellen.

Trotzdem kann man 1967 nicht von einer radikalen Veränderung des israelischen Wirtschaftsgefüges sprechen, und - wie das in der bürgerlichen Presse unter Hinweis auf Israels "Verteidigungslasten" immer wieder geschieht - die Krise der israelischen Wirtschaft wie sie sich Ende 1970 durch hohe Verschuldung an das Ausland und wachsende Unruhe im Innern bestimmen lässt - aus dem Juni-Krieg allein erklären. Die wirtschaftlichen und die damit verbundenen politischen Schwierigkeiten sind dem Staat Israel seit seiner Gründung mitgegeben. Gerade das soll dieser Beitrag versuchen herauszustellen.

1) Aufbau der Wirtschaft Israels und ihre Entwicklung bis 1967.

Bei seiner Gründung im Jahre 1948 war Israel von seiner Infrastruktur her ein Entwicklungsland. Ihm fehlte es an modernen Anlagen, die landwirtschaftliche Produktion zu verbessern und an einer nahezu jeglicher Leistungsfähigkeit mangelnder Industrie. Dank dem ausländischen Kapitalzufluss und ausländischen Investitionen konnte besonders der Ausbau einer leistungsfähigen Landwirtschaft vorangetrieben werden.

Landwirtschaftliche Nutzfläche in ha: 4)

	1948/49	1967
Getreide und andere Feldfrüchte	111 400	280 000
Gemüse, Kartoffeln, Erdnüsse	78 000	28 000
Bewässerte Pflanzungen	36 000	88 000
Karpfenteiche	1 600	6 000
Sonstiges	8 000	18 000
Insgesamt	165 400	420 000
davon bewässert	30 000	104 000

Wesentlich schwieriger stellte sich das Problem der industriellen Entwicklung trotz der hohen Kapitalhilfen aus dem Ausland und der Investitionsfreudigkeit, besonders amerikanischer, englischer und westdeutscher Unternehmer.

Der industriellen Entwicklung mangelte es zu ihrer vollen Entfaltung an Rohstoffen und Energiequellen.

Da die produzierten Waren auf dem kleinen Binnenmarkt nicht genügend abgesetzt werden können, ist die israelische Wirtschaft besonders auf Exporte angewiesen, wobei sich die hohen Transportkosten besonders nachteilig niederschlagen.

93 % der Betriebe mit 76 % der Industriearbeiter gehören Privatunternehmern, 5,5 % der Histadruth und 1,2 % entfallen auf den staatlichen Sektor. 5)

In der Phase von 1949 bis 1965 floss das Kapital aus folgenden Quellen nach Israel: 60 % aus den Händen jüdischer Kapitalisten und jüdischer Institutionen im Ausland, insbesondere den USA. 28 % aus der BRD in Form von Reparationszahlungen (6) und 12 % vom amerikanischen Staat.

Jüdische Einwanderung nach Palästina: 7)

1948- 1951	684 201
1952- 1954	51 193
1955- 1957	160 961
1958- 1960	72 393
1961- 1963	168 130
1964	52 193
1965	28 501
1966	13 451
1967	12 237
1968	31 100
1969	40 300

Von den 1.689.286 Einwohnern in Israel im Jahre 1968 entfallen 24 % auf in Israel Geborene und 4 % auf Kinder schon in Israel oder Palästina geborener Eltern. 8)

Eines der wichtigsten Elemente zum Verständnis der wirtschaftlichen Entwicklung Israels besteht in dem Phänomen der Einwanderung und zwar in zweierlei Hinsicht: Einerseits trug die Einwanderung vieler Spezialisten und qualifizierter Facharbeiter zu dem raschen Aufbau der Wirtschaft bei (9), zum andern entstand durch die Einwanderung ein Binnenmarkt, der besonders durch die hohen Konsumbedürfnisse der Einwanderer gekennzeichnet ist.

Wenn die Behauptung, die ein Autorenkollektiv im 'New Left Review' 65 (10) macht, "Israel wird von dem Imperialismus finanziert ohne von ihm ausgebeutet zu werden", in dieser kategorischen Form sicher unrichtig ist, so reflektiert sie doch das Phänomen, daß sich die imperialistischen Staaten wie die USA oder England oder BRD darüber klar waren, daß nur eine funktionierende Wirtschaft der zionistischen Ideologie die Anreize verschaffen würde, daß Juden aus dem europäischen und amerikanischen Kleinbürgertum übersiedelten, unter welchem Umstand überhaupt erst eine schlagkräftige Armee aufgebaut werden konnte. Gerade in den Jahren 1965/66 und Ende 1970 zeigte sich jedoch, daß die scheinbare wirtschaftliche Stabilität Israels Krisen nicht ausschließt und ausschließen wird.

Das eigentliche Problem stellte sich Israels Wirtschaft von Anfang an in der Überwindung seiner Exportschwierigkeiten. Für Israel, mit seiner auch nach dem Juni-Krieg immer noch territorialen Beschränktheit, ist eine aktive Handelsbilanz lebensnotwendig, unter anderem auch deswegen, um die notwendigen Investitionen finanzieren zu können. Eine erfolgreiche, aktive Handelsbilanz erreichte Israel jedoch zu keiner Zeit. Die schwache Industrie produzierte bis 1966 zu 77 % für den eigenen Markt, große Teile der landwirtschaftlichen Produktion wurden ebenfalls nur auf dem Binnenmarkt abgesetzt. 11)

Aussenhandel - Nationale Statistik (in Mill.US-\$)

	1960	1965	1967	1968
Einfuhr	502,7	835,4	758,8	1089,3
Ausfuhr	215,1	429,1	555,0	639,6
Einfuhrüberschuss	287,6	406,3	203,8	449,7

(12)

Übersicht 1967 in Mio.US-\$:

	Import aus:	Export nach:
USA	197,1	89,9
GB	146,2	70,5
BRD	62,3	59,3

Haupteinfuhrwaren:

Nahrungsmittel, Rohstoffe für den industriellen Sektor, Rohstoffe für den landwirtschaftlichen Sektor, Industrieausrüstungen, Schiffe und Rohöl.

Hauptausfuhrwaren:

Landwirtschaftliche Produkte, vor allem Zitrusfrüchte, geschliffene Diamanten und Textilien. 13)

Diese Zahlen bestätigen unsere vorher gemachten Ausführungen: Israels starke Abhängigkeit vom Ausland, was Rohstoffe für Industrie und Landwirtschaft angeht und seine Schwierigkeit bei der Ausfuhr profitträchtiger industrieller Produkte. Der große Anteil von landwirtschaftlichen Produkten beim Export erklärt die ständige Bemühungen Israels, Anschluss an beide westeuropäischen Wirtschaftssysteme, EWG und EFTA zu finden, mit denen Israel schon sehr günstige Teilabkommen geschlossen hat.

Nicht nur das Ende der westdeutschen Reparationszahlungen an Israel und der abnehmende Einwandererfluss, sondern eben die Besonderheiten des israelischen Wirtschaftsgefüges selbst, führten zur Krise in den Jahren 1965/66. Der anspruchsvolle Binnenmarkt hatte bei ständig steigenden Importen zu Überhitzung und zu inflationärer Entwicklung geführt. Die Investitionstätigkeit ging stark zurück, fast 10 % der arbeitsfähigen Einwohner waren arbeitslos.

Streiks in Israel:

	Anzahl der Streiks	Streikende in 1000
1949	53	5
1958	48	6
1959	51	6
1960	135	14
1962	146	38
1964	138	48
1965	288	90
1966	282	87
1967	142	25
1968	100	42 (14)

Diese Statistik verdeutlicht die wachsende soziale Unruhe bis 1965, die Krise 1965-67, auf die die Regierung und die Gewerkschaft (Histadruth) mit Steuererhöhungen, Lohnstop, Importbeschränkungen usw. reagierten, und das Abbröckeln der Streiks im Kriegsjahr 1967.

Fassen wir den ersten Teil zusammen: Die wirtschaftliche Entwicklung Israels bis 1967 wird gekennzeichnet: durch hohen Kapitalzufluss vom Ausland (nach Le Monde v.2.7.69 erhielt Israel 10 % aller Zuwendungen an unterentwickelte Länder); durch die Schwierigkeit beim Aufbau einer Wirtschaft, die aus dem Fehlen natürlicher Rohstoffe und sich aus einer kaum entwickelten Infrastruktur ergaben; durch die Zwiespältigkeit des Einwandererproblems, einerseits den wirtschaftlichen Aufbau durch qualifizierte Arbeits-

raft zu forcieren, zum anderen einen entwickelten, leistungsfähigen Binnenmarkt zu schaffen; durch die defizitäre Handelsbilanz.

2) Die wirtschaftliche Entwicklung Israels nach dem Jünikrieg.

Nach 1967 wuchs die Abhängigkeit Israels vom Zufluss ausländischen Kapitals. Im September 1970 kehrte der israelische Finanzminister Pinhas Sapir von einer 3-wöchentlichen Reise aus den USA zurück, und fasste die finanzielle Lage, in der sich Israel befand, folgendermaßen zusammen: "Wir hatten uns als Ziel gesetzt, 1000 Millionen Dollar im nächsten Jahr von der United Jewish Appeal und dem Israel Development Bonds zu bekommen, unterstützt von der Jewish Agency. Diese Summe wäre um 400 Millionen Dollar höher als der Rekord im Jahre 1967. Während eines kurzen Treffens mit der amerikanischen Finanzkommission erklärten wir, daß wir, wenn wir das erwartete Geld von der U.J.A. und dem I.D.B. bekämen, wir immer noch Millionen Dollar zuwenig für unsere militärische Ausrüstung hätten. Nachdem wir unseren Bedarf an Waffen zusammengefasst hatten, informierten wir die USA, daß wir noch 400-500 Millionen Dollar pro Jahr bräuchten." 15)

Nach dem Juni-Krieg 1967 veränderte sich der Grad israelischer Abhängigkeit von den USA beträchtlich durch den sprunghaften Anstieg der Rüstungsausgaben. Für die notwendig gewordenen Ausgaben reichten auch nicht mehr die jährlichen Versuche aus, bei Juden, die im Ausland lebten, Geld einzutreiben, obwohl 1970 der normale Durchschnitt von 500 Mio. Dollar sich für das Jahr verdoppelt hatte. Die Rüstungsausgaben in Devisen steigerten sich von 160 Mio. Dollar im Jahr 1966/67 auf 1,6 Mia. Dollar zum Jahresende 1970. 1970 wurden die Kosten für die Rüstung auf 24 % des National budgets geschätzt. Im Haushaltsentwurf für 1970/71 machen die Rüstungsausgaben bereits 40 % aus. Weiterhin ist bekannt, daß Israel bis Ende 1970 von den USA einen Kredit in Höhe von 500 Mio. Dollar für Rüstungszwecke bekam.

Noch ist Israel zu seiner Aufrüstung auf ausländische Kredite und Materiallieferungen angewiesen. Es ist jedoch dabei, eine Rüstungsindustrie aufzubauen, die über seinen eigenen Bedarf hinaus Waffen produzieren soll. Damit würde ein Teil der israelischen Exportschwierigkeiten behoben werden können, außerdem würde sich die defizitäre Handelsbilanz zugunsten eigener Investitionstätigkeiten in Israel und auch in den entsprechenden Ländern verbessern (z. B. Äthiopien).

Israels Verschuldung an das Ausland beträgt momentan 2,8 Mia. Dollar. Die Verschuldungsrate pro Kopf der Bevölkerung ist in Israel die höchste der Welt. Die Kredite der USA an Israel belaufen sich gegenwärtig auf 1,8 Mia. Dollar, allerdings ist ein Viertel davon nicht rückzahlbar. Die laufenden Zentralbankvorschüsse zum Ausgleich des vor allem infolge der hohen Verteidigungslasten stark ansteigenden Haushaltsdefizits erreichten gegenüber dem ursprünglichen Etatansatz von 600 Mio. isr. Lira schon im Dezember 1970

ein Gesamtvolumen von 1,1 Mia. isr. Lira. Außerdem hat die sprunghafte Ausweitung der Handelsbilanzlücke 1969 zu einem alarmierenden Rückgang der israelischen Devisenbestände um 281 Mio. Dollar auf 382 Mio. Dollar geführt, nachdem sich die Reserven bereits im Jahre 1968 um 52 Mio. Dollar verringert hatten. Zur Abbremsung der Defizitfinanzierung und des Importsogs, sowie zur Abschöpfung der privaten Kaufkraft hat die Regierung inzwischen drastische Maßnahmen angekündigt. Als erster Schritt in dieser Richtung trat am 12.1.1970 eine Importdepotpflicht in Höhe von 50 % des Warenwerts für alle Güter mit einer Einfuhrzollbelastung von 30 % an aufwärts in Kraft. 16)

Es ist einsichtig, daß für Israel neben einer Abschirmung des Imports durch Zölle und Verträge, besonders die Steigerung des Exports notwendig zur Ausgleichung seiner Schulden ist. Auf die Entwicklung einer leistungsfähigen Rüstungsindustrie- 23 % der israelischen Arbeitskräfte sind 1970 in der Rüstungsindustrie und im Zivilschutz beschäftigt-(17) und den Versuch Anschluss an die EWG und EFTA zu finden ist schon hingewiesen worden.

Dazu kam die Suche nach neuen Absatzmärkten in Afrika, Ostasien und Südamerika. In diese Länder schickte Israel seit Juni 1970 drei Handelskommissionen. In diesem Zusammenhang muss darauf hingewiesen werden, daß Israel in mehreren Ländern dieser Erdteile- Nigeria, Dahomey, Togo, Elfenbeinküste, Singapur, Südkorea, Ceylon, Indien, Nepal,- Ableger des Afro-Asiatischen Instituts der Histadruth unterhält, die dort die politischen und wirtschaftlichen Verbindungen zu nicht pro-arabischen, afro-asiatischen Staaten knüpfen sollen. Dieses Projekt wird auf drei Arten unternommen. Sehr gut ausgebildete Experten arbeiten oft in strategisch wichtigen Positionen dieser Länder; Studenten, Gewerkschafter und militärische Kader erhalten in Israel kurze und wirksame Ausbildung; israelische Geschäftsleute knüpfen geschäftliche Beziehungen zu staatlichen und privaten Unternehmen dieser Länder. 18)

Die Neu- und Ersatzinvestitionen der Industrie zeigten, nachdem sie in den Rezessions- und Krisenjahren 1966/67, stark rückläufig gewesen waren, eine beträchtliche Aufwärtsentwicklung. Die Bruttoinvestitionen stiegen 1968 um 40 %, die Beschäftigungsquote um 9 %. Bereits 1969 waren wieder Anzeichen von Konjunkturüberhitzung und inflationistischer Tendenzen sichtbar.

Neben Anteilen nordamerikanischer und westdeutscher Firmen wuchs auch der wirtschaftliche Einfluss Englands auf Israel. 20 % aller israelischer Importe werden augenblicklich aus England bezogen, womit sich der Handel zwischen beiden Ländern nach dem Juni-Krieg fast verdoppelte. Der größte englische Automobilhersteller- British Leyland-, besitzt zusammen mit der Histadruth in der staatlichen Busproduktion und der privaten Automobil- und Jeepproduktion wesentliche Anteile. Marks and Spencers kaufte für 2-3 Mio. engl. Pfund Waren aus Israel, 1/3 an Textilien, den Rest an Früchten. 19)

Die wachsende Beteiligung ausländischen Kapitals

in Israel führte zu wichtigen Veränderungen in der israelischen Wirtschaft selbst. Die Wirtschaft wurde effizienter nach kapitalistischen Gesichtspunkten, Steuern wurden geändert, die Bedingungen für Investitionen ausländischen Kapitals liberalisiert, manche öffentliche Unternehmer verkauften Anteile an privates Kapital, so die Ölraffinerie in Haifa 26 % ihrer Staatsanteile. 20) Ebenfalls verbesserten die besetzten Gebiete die wirtschaftlichen Ressourcen Israels.

Besonders nach dem Waffenstillstand 1970 kam es in Israel zu sozialen Unruhen und Streiks. Die Anzahl der Streikenden hat fast die Zahl von 1966 erreicht:

1966	87 000	Streikende
1968	42 000	"
1969	44 000	"
1970	73 000	"

Mehr als die Hälfte der Streiks fallen auf den öffentlichen Sektor, 1/3 auf den Privatsektor, und 10 % in den Bereich der Histadruth. Mehr als die Hälfte der Streiks sind von der Histadruth weder ausgerufen noch unterstützt worden. 21)

Das Anwachsen der sozialen Unruhe und die Streiks sind zum Teil auf die Regierungsmaßnahmen, auf die inflationäre Entwicklung und auf die Konjunkturüberhitzung, Steuererhöhungen und Lohnabbau zurückzuführen, zum anderen, daß nach dem Waffenstillstand 1970 die "einigende Kraft" des Krieges nachgelassen hat und es nicht mehr möglich war, die sich für die Arbeiter und Angestellten immer belastender auswirkenden Kriegsfolgen zu verschleiern oder ideologisch zu rechtfertigen. 22)

In der israelischen Wirtschaft spielt die Histadruth, die größte Gewerkschaft und auch der bedeutendste Unternehmer, eine entscheidende Rolle. Schon bei der Gründung der Histadruth wurden die entscheidenden Bestimmungen ihrer Funktion vorgezeichnet: Gewerkschaftsorganisation und Großunternehmer, zentrale Arbeitsvermittlungsstelle und Institut zur Pflege der zionistischen Pionierideologie, Handels- und Entwicklungshilfeorganisation. 90% der jüdischen Lohnabhängigen sind Mitglieder der Histadruth. Sie haben auch gar keine andere Möglichkeit, denn Arbeitsmarkt, die Krankenversicherung, Gesundheitswesen, die Rentenversicherung werden von der Histadruth getragen und bestimmt und sind daher hauptsächlich nur Gewerkschaftsmitgliedern zugänglich. Sind 90 % der arbeitenden Bevölkerung Israels Gewerkschaftsmitglieder, so sind mehr als 25 % aller israelischen Arbeiter und Angestellten als Arbeitnehmer direkt von der Histadruth abhängig: etwa bei der Unternehmensgruppe Koor mit 8 000 Arbeitern (Stahl, Gummi, elektrische Anlagen, Chemie), bei der Solel Boneh mit 22 000 Arbeitern (Bau), in der Landwirtschaft, die zu 70 % von der Histadruth direkt kontrolliert, indirekt über die Monopolabsatzgenossenschaft Tnuva vollständig an die Gewerkschaft gebunden ist. Über ihre Bank, Hapoalim, der drittgrößten des Landes fließt der Hauptanteil des ausländischen Investitionskapitals in die israelische Wirtschaft. Gleichzeitig verstärken die zu eigenen In-

vestitionsmitteln kapitalisierten Sozial- und Rentenversicherungsbeiträge der israelischen Lohnabhängigen die wirtschaftliche Macht des Histadruth- Finanzkapitals (etwa 3,5 Mio. Lira)

Die in sich widersprüchliche Funktion der Histadruth, Arbeitgeber als auch Vertreter der israelischen Lohnabhängigen zu sein, verschärft sich mit der zunehmenden Verschuldung des Staats, der daraus resultierenden permanenten Krise, die zunehmend den israelischen Arbeitern bewusst wird, nämlich als die Unmöglichkeit, die Vertretung der ökonomischen Interessen der Lohnabhängigen und die Sicherung höchster Profitraten zu verbinden.

Daß die von der Histadruth bisher geleistete Verschleierung der Widersprüche des kapitalistischen israelischen Staates heute zunehmend zusammenbricht, zeigen die großen Streiks der israelischen Arbeiterklasse gegen das Kapital und damit auch gegen die Histadruth. Bei diesen Streiks gingen mehr als 400 000 Arbeitstage "verloren" (1970), während es 1968 bei 100 Streiks nur 72 000 waren. 23)

Die Entwicklung der israelischen Wirtschaft und ihr spezifischer Charakter, wie er in diesem Beitrag geschildert wurde, schließt anhaltende soziale und politische Unruhen auch nach Ende des Waffenstillstandsabkommens 1971 nicht aus. Wir werden jedoch nicht näher auf die sozialen und politischen Widersprüche wie sie sich aus der israelischen Wirtschaft ergeben, eingehen. Der Artikel soll lediglich dazu beitragen, bestimmte politischen Erscheinungen Israels Innen- wie Außenpolitik unter Gesichtspunkten der Besonderheiten seines Wirtschaftsgefüges besser erklären zu können.

1) Munzinger-Archiv, Int. Handbuch, 1969, S. 28

2) Wir verweisen auf den Artikel zur politischen Einschätzung Israels in der letzten Al-Djabha.

3) Munzinger-Archiv, a.a.O., S. 16

4) Tatsachen aus Israel (Isr. Außenministerium 1969)

5) Munzinger-Archiv, a.a.O.,

6) Im Rahmen des 1953 in Kraft getretenen und 1966 abgelaufenen Luxemburger Abkommens (Wiedergutmachungsabkommen) wurden von der BRD insgesamt 3,45 Mia. DM an Israel gezahlt. Von diesem Betrag entfielen 2,4 Mia. DM auf den Bezug von Waren u. Dienstleistungen; 1,05 Mia. DM auf Öllieferungen aus Großbritannien. Von den Waren und Dienstleistungen machten die Investitionsgüter 1,3 Mia. DM aus. (Munzinger-Archiv, a.a.O., S. 14)

7) Statistical Abstract of Israel, 1968, Jerusalem 1969, Jewish Agency.

8) Statistisches Jahrbuch der Isr. Regierung, 1969,

9) Vgl. Le Monde, 9.2.71: Von den 70 000 Erwachsenen, die zwischen Juni 67 und Dezember 70 in Israel einwanderten, übten 35 000 "für das Land wesentliche Berufe aus". "Wir hätten 330 Mio.

Dollar investieren müssen, um in Israel die Inhaber von Universitätsdiplomen, die zwischen 1968 und 1970 ins Land kamen, auszubilden." So Arie Pincus, Präsident der Exekutive der Jewish Agency.

10) New Left Review, February 1971, Nr. 65

11) Die Landwirtschaft erzeugt rund 75 % der im

Land benötigten Lebensmittel. Es mangelt lediglich an Getreide, Viehfutter und Fetten, für deren Erzeugung nicht genügend Wasser vorhanden ist.

12) Munzinger-Archiv, a.a.O.,

13) dasselbe

14) Statistical Yearbooks 1965/66/67/68, Annual Report from the Bank of Israel.

15) Yedith Aharnot, 30.9.70

16) Stat. Bundesamt, Länderkurzberichte 1969, Israel

17) RNZ, 17./18.10.70

18) siehe New Left Review, a.a.O.

19) Why this Nation does buy British, The Times, 28.3.1969

20) siehe New Left Review, a.a.O.

21) Le Monde, 29.12.70

22) Vgl. Stat. Bundesamt, Länderkurzbericht Israel 1969, Israel

23) Der Spiegel, 19.4.71, Nr.17

Claus Koch/Wolf Schluchter

Mit den Israelis gegen die Marxisten und die Feddayin

Vorbemerkung.

Der folgende Artikel vermittelt einen Eindruck von den politischen Verhältnissen in der jordanischen Armee, die es ermöglichten, daß sie ohne nennenswerte innere Schwierigkeiten das Massaker unter den palästinensischen Flüchtlingsmassen und dem Liquidierungsversuch der palästinensischen Widerstandsbewegung durchführen konnte.

Diese Situation ist gekennzeichnet durch religiösen Fanatismus, reaktionäre Identifikation mit den veralteten Sozialstrukturen der Monarchie und blindem Hass gegen alle "Provokationen" dieser Verhältnisse, in den Worten des Ideologen der Reaktion, und wahrscheinlich im Bewusstsein der ganzen Clique und dem jordanischen Hof, außerdem durch das offene Bekenntnis zur Zusammenarbeit mit Zionismus und Imperialismus gegen die nationale arabische Befreiungsbewegung.

Es darf jedoch nicht vergessen werden, daß die Spaltung des jordanisch-palästinensischen Volkes und der anderen arabischen Völker, deren Vertiefung die untenbeschriebene Propaganda gilt, und auf der die Herrschaft der reaktionären Cliquen zu einem Teil beruht, soweit sie nicht von direkten materiellen Zuwendungen durch die Imperialisten leben, daß diese Spaltung Ergebnis der Politik einer reaktionären Clique und ihrer imperialistischen Verbündeten ist, die auch der eigenen Basis gegenüber ihre Interessen mit brutaler Gewalt durchsetzen muss.

Das manifestiert sich nicht nur in ideologischem Terror und der reaktionär-frömmelischen Atmosphäre, von der die offiziellen Dokumente der arabischen Reaktion geprägt sind, sondern auch in der ökonomischen, politischen und physischen Gewalt, mit der die Bauern und Beduinstämme zu dem Dienst in den reaktionären Armeen gepresst werden.

Die Zeitschrift AFRICASIA hat in ihrer Nr. vom 31.1.71 einen Bericht eines ehemaligen Agenten des britischen Intelligence Service wiedergegeben, aus dem die unterdrückerische Funktion der jordanischen Armee und ihrer Vorgängerin der "Arab Legion", unter der Führung des britischen Kolonialoffiziers Glubb Pascha gegenüber ihrer eigenen Rekrutierungsbasis hervorgeht. Die Aufgabe dieses Agenten bestand darin, während des 2. Weltkriegs "Beduinen für die Legion zu rekrutieren. Man muss sagen, daß diese Nomaden keinerlei besonderen Grund hatten, in die Armee zu gehen. Aber es war für uns unumgänglich, so gut wie alle Männer zu mobilisieren, die in der

Lage waren, Waffen zu tragen, und von denen nicht zu erwarten war, daß sie Ärger machen würden. Es ging also darum, für sie einen Grund zu finden oder auch zu erfinden, damit sie in die Legion einträten." Die Briten lösten dieses Problem indem sie die Stämme einen nach dem anderen isolierten. Wenn ein Stamm einige Tage mit Gewalt von seinen Wasserstellen, von der Beschaffung von Lebensmitteln und vom Kontakt mit anderen Stämmen isoliert war, war er reif für den Besuch des Agenten, der auf seine Aufgaben durch eine besondere Ausbildung vorbereitet war, in der er Sprechweise, Verhaltensweise, Lebensstil etc. der Beduinen gelernt hatte.

"Die Isolierung war vollkommen. Wenn ich bei dem Stamm ankam, den man mir bezeichnet hatte, war die Moral der Nomaden am Tiefpunkt. Ich sprach dann mit den Männern und sagte ihnen, daß es für sie nur einen Ausweg gebe, da sie sich und ihre Familien nicht mehr ernähren konnten: Die Arabische Legion. Im ganzen war die Arbeit ziemlich leicht, weil die Beduinen praktisch keine Wahl hatten; sie mussten sich verpflichten oder vor Hunger sterben. Die Ergebnisse waren ausgezeichnet: Fast alle Männer meldeten sich." Wenn der Stamm auf diese Weise, "überzeugt" worden war, wurden Wasser und Lebensmittel herbeigeschafft, um die Macht der Armee und ihrer Agenten zu beweisen.

Durch den Abzug aller Männer in die Armee waren die betroffenen Stämme unfähig, ihre nomadische, auf Viehzucht beruhende Existenz zu erhalten. Sie wurden gezwungen, sesshaft zu werden. Damit erreichten die Briten, neben der Verstärkung ihrer Truppen, ein zweites Ziel ihrer Kolonialpolitik, die Sesshaftmachung und Kontrolle der Nomadenbevölkerung. Die nomadisierenden Beduinen genossen einen juristischen Sonderstatus, der es ihnen z.B. ermöglicht, ohne Ausweispapiere und Kontrolle von einem Land zum anderen zu wechseln. Sie bildeten daher ein unkontrollierbares und instabiles Element, das erst durch die Sesshaftigkeit, den Armeedienst und die damit verbundene ökonomische Abhängigkeit zu einem Instrument imperialistischer und reaktionärer Politik werden kann.

Es ist wahrscheinlich, daß die Nachfolgerin der arabischen Legion, die jordanische Armee, heute auf solche unmittelbaren Zwangsmaßnahmen zur Rekrutierung verzichten kann. Nach dem Bericht der Demokratischen Volksfront,

vgl. Al Djabha Nr. 10, über den Bürgerkrieg im September, rekrutierten sich 30 % der jordanischen Armee aus den jordanischen Beduinenstämmen und den Bewohnern der armen Dörfer im Süden des Landes. Diese Dörfer sind zu 90 % in ihrem Einkommen von der Unterstützung durch den Staat, vor allem wohl auch durch die Armee, abhängig; ihre Bevölkerung besteht in ihrer überwältigenden Mehrheit aus sesshaft gewordenen Beduinen. Die beduinische Wirtschaft insgesamt scheint nach der Entwicklung des modernen Transportwesens und der Festigung von staatlicher Autorität in besiedelten Nomadengebieten ruiniert zu sein. Auch die rund 30 % syrischen, irakischen und saudi-arabischen Beduinen in der jordanischen Armee sind ökonomisch auf den Armeedienst angewiesen. In Saudi-Arabien scheinen Armee- und königliche Sicherheitskräfte den größten Teil der männlichen Beduinenbevölkerung aufgesogen zu haben.

Wenn es also richtig ist, daß die konservativen Strukturen der beduinischen Gesellschaft, die politisch-religiöse Bindung der Armeegehörigen an den jordanischen König erleichtern und den politischen Charakter der Armee bestimmen, so darf doch auch nicht der Unterdrückungscharakter übersehen werden, den der reaktionäre Staat für die Beduinen hat. Einerseits ruiniert er als zentrale Bürokratie und als Gewaltorganisation und als Träger einer begrenzten kapitalistischen Entwicklung die soziale und ökonomischen Grundlagen der Beduinengesellschaft, andererseits verhindert er mit seiner Unfähigkeit zu einer ökonomischen und sozialen Planung im Dienste des Volkes und durch die Form seiner politischen Diktatur die Integration der beduinischen Bevölkerung in eine sich entwickelnde Volkswirtschaft.

Er läßt ihr nur die Möglichkeit, als Kanonenfutter im Dienste des Imperialismus zerrieben zu werden. Die strategische Bedeutung dieses Problems für die anti-imperialistische Befreiungsbewegung im Nahen Osten liegt nicht erst seit der Septemberkrise auf der Hand. Vor allem auf der arabischen Halbinsel wird die Reaktion schwerlich zu beseitigen sein, ohne daß ihre Basis in der von ihr abhängigen Bevölkerung zerstört ist. Zur Entwicklung einer revolutionären Strategie gegenüber der Beduinenbevölkerung werden die arabischen revolutionären Bewegungen vor allem die Erfahrungen der südarabischen Bewegungen studieren müssen, die zumindest teilweise Beduinenstämme für den nationalen Befreiungskampf mobilisieren konnten.

Red.

BRIGADEGENERAL MAAN ABU NUAR

(Leiter der Abteilung für psychologische Kriegsführung in der jordanischen Armee.)

"Mit den Israelis gegen die Marxisten und Fedayin".

Das folgende Interview spricht für sich, es gibt einen klaren Eindruck über die Art und Weise, wie das Massaker vom September 1970 von dem jordanischen Marionettenregime vorbereitet wurde und über die Denkweise des Feindes mit dem "arabischen Gesicht". Dies ist eins der vielen Zeugnisse dafür, daß der Imperialismus in unserem Raum zwei Stützen hat: den Zionismus und die arabische Reaktion.

Die Widersprüche zwischen diesen beiden Stützen werden ihre Gemeinsamkeiten kaum überwiegen, ihre gemeinsame Gefolgschaft zum Imperialismus, insbesondere zum US-Imperialismus, und die offene Feindschaft zu der arabischen nationalen und sozialen Befreiungsbewegung.

Brigadegeneral Maan Abu Nuar ist der Verantwortliche für die Meinungsbildung in der jordanischen Armee, und derjenige, der den Propaganda- und den psychologischen Krieg gegen die Widerstandsbewegung während der Septemberereignisse 1970 geplant und geführt hat. Erwähnenswert ist, daß er früher Leiter der "Nationalen Sicherheit" war und einer der maßgeblichen Offiziere, die an dem angebliehen Putsch gegen Hussein 1957 beteiligt waren. Diese Reportage hat ein amerikanischer Journalist unmittelbar nach den Septemberereignissen gemacht.

Abu Nuar sagte:

"Die Propagandamenge, die der Einzelne in der jordanischen Armee aufnimmt, übersteigt die der syrischen oder ägyptischen Soldaten. Unsere Mittel enthalten neben dem Fernsehen, dem Rundfunk und den täglichen Befehlen einen Publikationsplan, bestehend aus einer wöchentlichen Zeitung, einer monatlichen Zeitschrift und einer Reihe von Büchern, - darüber hinaus spielen die Gerüchte eine große Rolle."

Er sagte über "Al Aqsa"- das wöchentlich erscheinende Organ der Armee:

"Die kommerzielle Presse hat die Armee vernachlässigt, weil sie Gelder von der Fedayin und von ausländischen Regierungen über ihre Botschaften in Amman erhalten hat. Deswegen haben wir beschlossen, ein spezielles Organ herauszugeben, das die Reden seiner Majestät und seiner Exzellenz, des Ministerpräsidenten, und alles, was die Moral der Soldaten erhöht, veröffentlicht."

"Al Aqsa hat eine Auflage von 15 000. Davon werden 4000 Exemplaren außerhalb der Armee zu der Hälfte des Preises anderer Zeitungen verkauft. Wir vertreiben mehr als die anderen Zeitungen, weil wir Farbbilder publizieren, was die anderen nicht machen. Wir zahlen 5 Dinar als Honorar für den Artikel, während die anderen Zeitungen nur 2 Dinar zahlen. Zudem legen wir großen Wert darauf, das "Al Aqsa" nicht von Berufsjournalisten geschrieben wird, und zwar wegen der "Einfachheit" und des simplen Aussehens, und das ist sehr wichtig."

Über die anderen Publikationen sagte er:

"Die monatliche Zeitschrift publiziert religiöse Themen und Gedichte, sie wird an die Soldaten als Unterhaltungslektüre verteilt. Dazu haben wir drei Bücher über die Geschichte der jordanischen "arabischen Armee" herausgegeben, die ich selbst geschrieben habe. Wir verteilten 60 000 Exemplare von dem Buch, das die Geschichte der "Panzerdivision 40" erzählt und 10 000 Exemplare von dem Buch über die "Karameh-Schlacht". Ich bin jetzt dabei, ein Buch über die Septemberereignisse unter dem Titel: "Die syrische Intervention" zu schreiben."

Die Gegenpropaganda zu der Widerstandsbewegung

Nachdem er voller Stolz über seinen Propagandaapparat berichtet hatte, der in der Lage ist, ein Gerücht über Amman in zwei Stunden und von da aus über das ganze Land zu verbreiten, sagte er über die Propaganda gegen die Widerstandsbewegung:

"Bis September 1970 haben wir es vermieden, die Widerstandsbewegung in unseren Publikationen und im Fernsehen oder im Rundfunk zu erwähnen. Dies war eine sehr vernünftige Politik. Wir haben sie nicht mit einem Wort erwähnt in der Zeit, wo sie unsere Männer töteten und 2 200 Zwischenfälle in den letzten 2 Jahren verursachten."

"Die Richtlinien unserer Propaganda bestanden darin, den Atheismus, die Gewalttaten und die Beleidigungen gegen die Armee herauszustrichen, ohne einzelne Organisationen selber zu erwähnen. "

"Der marxistischen Welle, die so weit ging, das Hawatmeh und andere ihre Bilder mit dem "Roten Buch" publiziert haben, mußte entgegengewirkt werden. Unsere Hauptwaffe war die Religion. Wir haben 60 000 Exemplare des Koran gedruckt und an die mohammedanischen Soldaten verteilt. Wir hoffen, daß wir bald auch die Bibel an die christlichen Soldaten verteilen können. Wir haben den Koran in Taschenbuchformat gedruckt, damit die Soldaten ihn, wie das Rote Buch bei den Marxisten, mit sich tragen können. Ich glaube, daß die Armee gegen den Marxismus jetzt immun geworden ist."

"Kohens Schüler und die Satansanhänger"

"Öffentlich sagten wir aber nichts gegen den Atheismus der Fedayin, bis die ersten drei Tage der Septemberereignisse vergangen waren. Dann haben wir ihnen diesen Schlag versetzt, und fragten im Rundfunk: "Wollt ihr, daß die Stimmen der Moscheen und der Kirchen in unserem Land stumm werden? Wollt ihr geschändet werden? Wollt ihr, daß eure Frauen Huren werden? Wollt ihr, daß eure Kirchen illegal werden? Das wollen auch die Atheisten! "

Die Leute wußten, was und wen wir damit meinten. Am 100. Jahrestag Lenins haben die atheistischen Fedayin rote Fahnen überall, sogar auf den Moscheen gehißt. Während des Bürgerkriegs riefen wir über den Rundfunk die Panzerdivision 40 als die Division Allah und Mohammeds und nannten wir die Syrer Kohens Schüler (+) und die Männer Habaschs und Hawatmehs Satananhänger.

"Bestraft Amman!"

Nach dem Feldzug gegen den Atheismus die Ausnutzung der angeblichen Beleidigung der Armee durch die Fedayin: "Wir haben auch die Beleidigung der Armee und die Sperrung von Amman, der Hauptstadt der Armee", durch die Fedayin ausgenutzt. Die Soldaten wußten im Herzen, warum sie nach Amman einmarschierten, nämlich, um Amman, wo die Armee gedemütigt wurde, zu bestrafen. Die Geschichten von der Demütigung der Armee in Amman erweckten bei den Soldaten eine große Wut. Außerdem haben wir den Soldaten befohlen, auf Urlaub in Zivil zu gehen, was wiederum eine Demütigung bedeutet. Wenn sie zurückkehrten, manchmal verwundet oder gar nicht, erzählten sie in den Einheiten von den Provokationen und Beleidigungen durch die Fedayin. Wir gaben diese Zwischenfälle telegraphisch weiter. Die Informationen darüber erhielten die Soldaten von den Erzählungen ihrer beurlaubten Kameraden und von den Tagesbefehlen, die den Soldaten von ihren Offizieren vorgelegt wurden. Nach meiner Einschätzung enthielten diese Tagesbefehle die Darstellung von 2 000 Zwischenfällen, von den Fedayin verursacht zwischen dem 26.8. und 16.9.1970."

Mit den Israelis gegen die Marxisten

"Die Marxisten waren diejenigen, die die Unruhe in Jordanien verursachten. Al-Fat'h und andere waren also gezwungen, mit ihnen in dieser Hinsicht zu konkurrieren, sonst hätten sie ihre Anhänger zugunsten Habaschs und Hawatmehs verloren. Wir haben Kopfgeld auf die Köpfe



Habaschs und Hawatmehs als Teil der psychologischen Kriegsführung gesetzt. Wir wollten sie in Wirklichkeit nicht töten, sondern nur verächtlich machen. Unsere Marxisten und die in Israel sind sich einig, sie wollen einen demokratischen Staat errichten, wo die drei Religionen koexistieren. Es ist schlimm, daß die Marxisten auf beiden Seiten sich einig sind, und nicht wir Konservativen. Ich glaube, daß wir in 30 oder 40 Jahren mit den Israelis gegen die Marxisten auf beiden Seiten kämpfen werden. Die meisten der Fedayin bekennen sich zum Marxismus. In Israel existiert eine marxistische Bewegung - die neue Linke. Wenn der französische Jude Cohn-Bendit nach Israel einwandern würde, würde er dort eine große Unruhe stiften. Ich glaube aber nicht, daß ihm die Einwanderung erlaubt werden würde."

...und gegen die Fedayin!

"Die Friedensregelung wird bald verwirklicht werden, vielleicht in 6 Monaten, nach dem Abzug der Israelis und nach Erreichung einer gerechten Regelung der Flüchtlingsfrage. Dann wird es keinen Grund mehr geben, keine wirtschaftlichen Beziehungen mit Israel anzuknüpfen."

"Ich denke an eine Friedensregelung in 4 Phasen:

1. der Abzug der Israelis aus Gaza und dem Jordan-Westufer ;
2. Entwaffnung der rückkehrenden Palästinenser beim Passieren des Jordans;
3. die Palästinenser entscheiden, ob das Westufer zu Jordanien gehören soll, oder unabhängig werden soll.
4. die jordanische Armee wird das Eindringen der Fedayin nach Israel verbieten, und dann gehen sie ein."

Rede vor einem iranischen Militärtribunal

Vorbemerkung.

Am 31. Dezember hat ein Militärtribunal in Teheran 18 Oppositionelle zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt; 3 von ihnen erhielten lebenslänglich und 15 weitere zwischen 3 und 15 Jahren.

Die Verhandlung fand bezeichnenderweise zwischen Weihnachten und Neujahr statt. Sie dauerte nur 3 Tage, die Öffentlichkeit blieb ausgeschlossen, iranische und internationale Gesetzesnormen waren quasi außer Kraft gesetzt. Wenn man die Ausführungen eines der Hauptangeklagten dieses Prozesses, die in dieser Ausgabe abgedruckt sind, kennt, dann versteht man die Eile, mit der das Militärtribunal sein schmutziges Geschäft selbst noch unter Ausschluss der Öffentlichkeit abwickelte.

Obgleich das Regime abermals versuchte, den Verhandlungstermin des Berufungsverfahrens zu verheimlichen, erfuhr die CISNU zwei Tage vor der Verhandlung, daß sie am 17.1.1971 beginnen sollte. Auf diese Weise gelang es, die Verteidigungsrede Shokrollah Paknejad aus dem Prozess, in dem noch härtere Strafen wegen der offenkundigen Solidarität der Angeklagten untereinander verhängt wurden, an die Öffentlichkeit zu geben. Diese Verteidigungsrede ist in erster Linie als ein Dokument des Widerstands gegen die faschistische Schah-Diktatur zu verstehen. Sie gibt Aufschluß über die Herrschaftsmethoden dieses vom Imperialismus getragenen Systems, geht auf seine Geschichte ein und auf die Motive der Freiheitskämpfer, den Kampf gegen das Regime und allgemein gegen den Imperialismus aufgenommen zu haben

Schlußwort des Angeklagten

Verehrter Herr Vorsitzender, verehrte Herren Richter! Seit einem Jahr sind viele iranische Studenten und Freiheitskämpfer von dem SAVAK unter der Anschuldigung der "Gefährdung der Sicherheit des Landes" verhaftet und aufgrund von Aussagen, die durch bestialische Folterungen von ihnen erzwungen wurden, vor Militärgerichte gebracht worden. Die Zahl derjenigen, die im Monat Dey und Bahman (Januar und Februar) vorigen Jahres unter der Beschuldigung der Solidarität mit dem Palästinensischen Volk oder der Zusammenarbeit mit den sich Solidarisierenden (bekannt als Palästinagruppe), umfaßt 100 Personen. Ein Teil dieser Gruppe ist verurteilt, ein anderer Teil ist nach geringer Haftzeit freigelassen oder zum Militärdienst eingezogen worden. Der Rest (über 40 Personen) wird immer noch in den Folterkammern des SAVAK gefangen gehalten. Die erste Frage lautet: "Was ist der wirkliche Grund für die Verhaftung dieser Leute, wie spielte sie sich ab und was bezweckte man damit?" Denn "die Gefährdung der Sicherheit des Landes" wird bei allen politisch motivierten Verhaftungen als Grund angeführt.

Aus der Perspektive des SAVAK gesehen, wollen einige pseudointellektuelle Verbrecher, die mörderische und unmens-

liche Ziele verfolgen, mit Hilfe ausländischer Regierungen, zu denen sie dunkle Verbindungen unterhalten, die persische Bevölkerung ausrotten. Diese Behauptungen finden sich in der Tat in den Anklageschriften des SAVAK. In diesem von SAVAK "gemachten" Anklageschriften wird berichtet von Bankraub, Besitz von Munition Handgranaten und Waffen, dem unerlaubten Grenzübergang nach Afghanistan und Irak, von der Verbindung zur chinesischen und ägyptischen Botschaft (1), zu der irakischen Regierung und den palästinensischen Gruppen. Es ist von Bedeutung für die Herren Vorsitzenden und Richter des Gerichtes, ohne auf einzelne dieser Vorwürfe einzugehen, festzustellen, daß den meisten der Angeklagten nichts anderes vorzuwerfen ist, als die Solidarität mit dem palästinensischen Volk.

In Wirklichkeit führt der iranische Herrschaftsapparat in diesem Gericht einen Prozeß gegen die Verbundenheit des iranischen Volkes mit dem palästinensischen Volk, gegen den dringenden Wunsch der Völker der Welt nach Befreiung Palästinas vom Imperialismus und Zionismus. Meine Freunde hier haben über das Palästina Problem und die Gründe, warum wir uns entschlossen haben, uns der palästinensischen Befreiungsbewegung anzuschließen, ausführlich gesprochen und werden noch sprechen. Ich möchte noch hinzufügen, daß einerseits der iranische Herrschaftsapparat behauptet, die Rechte der Palästinaflüchtlinge zu unterstützen, daß die hohen Regierungsbeamte verbale Propaganda in Rundfunk und Fernsehen betreiben, daß von offizieller Seite Hilfe versprochen wird, und andererseits in diesem Prozeß iranische Freiheitskämpfer, die sich mit den Palästinensern durch diese Aktion solidarisieren, vor Gericht gestellt werden!

Das iranische Volk und die Welt müssen wissen, daß die Beschuldigungen, die laut Anklageschrift der ganzen Gruppe gemacht werden, Machenschaften des SAVAK sind, die nichts anderes beabsichtigen, als die Motive jener Gruppen in den Schmutz zu ziehen und die öffentliche Meinung über deren Ziele zu manipulieren

Selbstverständlich muß gesagt werden, daß die Unterstützung des palästinensischen Volkes von unserer antiimperialistischen Auffassung nicht zu trennen ist. Und in der Tat, unser Hauptbeweggrund ist die Überzeugung gewesen, den Imperialismus und den Zionismus zu bekämpfen, jenen Imperialismus, der nicht nur das palästinensische Volk, sondern auch das iranische Volk und viele andere Völker der Erde seit Jahrzehnten ausbeutet. Israel ist nicht mehr jenes Volk, an dem Unrecht verübt wurde, sondern ist heute eine Aggressionsmacht, die voll vom Weltimperialismus unterstützt wird. Israel fungiert als imperialistischer Vorposten im Nahen Osten und dient als Instrument der wirtschaftlichen Ausbeutung und der politischen Unterdrückung in diesem Gebiet. Die Araber müssen heute an diesen Staat den Preis für die jahrhundertlangen blutigen Verfolgungen der Juden durch England, Spanien, Frankreich, Russland, Deutschland und

die Balkanländer zahlen. Hierbei erhält Israel die volle Unterstützung der westlichen Kapitalisten und des englischen und amerikanischen Imperialismus.

Und wissen Sie, warum wir heute vor diesen Gericht stehen? Weil auch die iranische Regierung als Handlanger der westlichen Kapitalisten und des englischen und amerikanischen Imperialismus dient. Zum Beweis für unsere Behauptung und zur Klarstellung, warum wir für unsere Solidarität mit den Palästinensern hier zur Rechenschaft gezogen werden, erlauben Sie mir, kurz in die Vergangenheit zurückzublicken: Die Macht und der Einfluß des Kolonialismus war vor der konstitutionellen Monarchie im Iran so stark, daß unser Land vorwiegend unter der Regie der englischen Politiker regiert wurde. Die Revolution von 1282 (1905), die durch die Selbstaufopferung des Volkes unter der Führung einiger Männer wie Sattar-Khan, Bagher-Khan und Haider-Amu-Gholi zum Sieg führte, wurde nach kurzer Zeit durch das Komplott des ausländischen Kolonialismus und der inländischen Reaktion unterdrückt. Wieder fiel die Macht denselben Fürsten und Adeligen, wieder regierten dieselben Aristokraten und Feudalherren, unter dem Deckmantel des Parlamentarismus, das Land. In Anlehnung an die gescheiterte Revolution kam es zu weiteren Freiheitsbewegungen wie dem Aufstand von Khjebani in Asserbaidshan, dem Aufstand von Colonel Mohammed-Taghi-Khan Pessian in Khorassan und - dem bedeutesten unter ihnen - dem Aufstand von Mirza -Kutschik-Khan in Gilan.

Als der englische Kolonialismus mit diesen revolutionären Bewegungen konfrontiert wurde, griff er ein. Die Gründung des revolutionären bolschewistischen Staates in Rußland, in der Nachbarschaft des Iran, als ein wichtiger Stützpunkt der Weltrevolution, war ein zusätzlicher Faktor zur Aktivierung der inländischen Handlanger des englischen Kolonialismus.

Die Notwendigkeit einer reaktionären Diktatur, die jede Stimme für Freiheit und Unabhängigkeit unterstützte, und die notwendige Ruhe für die englischen Kolonialisten und ihre Ölinteressen garantierte, zugleich aber auch ein Bollwerk zwischen der russischen Revolution und dem indischen Kolonialland bildete, führte zu dem Putsch von dem 3. Esfand 1299 (22.2.1921) und schließlich zur Herrschaft der zwanzigjährigen Diktatur. Die Affären um das Öl während dieser zwanzigjährigen Herrschaft und die Konzessionen, die dem Kolonialismus in dieser Ära gemacht worden sind, als daß sie hier noch einer näheren Erläuterung bedürften. Die Schmach vom 3. Schahriwar 1322 (25.8.1943) war ähnlicher Art. Der Kampf der fortschrittlichen Kräfte von 1320-1330 (1941-1951) und der antikolonialistische Kampf des iranischen Volkes führten zur Bildung des demokratischen Regierung unter der Führung Dr. Mossadeghs. Der Kampf unseres Volkes in dieser Regierungszeit gegen den englischen Kolonialismus führte zur Entmachtung der alten Kolonialherren. Das Täuschungsmanöver des US-Imperialismus als Erbe des Kolonialismus und der antinationale Putsch von 28. Mordad 1332 (19.8.1953), der mit Hilfe des US-Dollars, der englischen Politiker und deren Handlanger im Iran durchgeführt wurde, ermöglichte Amerikas Vorherrschaft auf der politischen Bühne des Iran. Nach diesem Putsch wurden die schweren Ketten des Kolonialismus noch enger um die Hände und die Füße unseres Volkes gezogen. Die Ölverträge mit dem Ölkonsortium und der Eintritt in den kolonialistischen Pakt von

Bagdad, welcher später in CENTO umbenannt wurde, die erneute Kapitulation⁽²⁾ und viele andere wirtschaftliche und politische Verträge mit den USA und England machten unser Land mehr und mehr vom Westen, insbesondere der USA, abhängig.

Der Imperialismus begnügte sich jedoch nicht damit; sein Interesse lag darin, den Iran in einen politischen Friedhof, oder, wie Sie es zu sagen pflegen, in eine "Insel der Ruhe" zu verwandeln. Die wirtschaftliche Abhängigkeit des Landes sollte soweit getrieben werden, daß die Gefahr des Zerreißen der kolonialistischen Ketten für lange Zeit gebannt war. Aus diesen Grund wurde das Possenspiel der Landreform aufgeführt. Über das politische Ränkespiel, das Marionettentheater der Wahlen von 1339 (1961), das Aufkommen der Regierung von Dr. Aminie, die politische Schau und die Auslandsreisen hoher iranischer Politiker, möchte ich mich nicht weiter auslassen. Es genügt, wenn erwähnt wird, daß die Landreform und die anderen Reformen, die als Revolution vom 6. Bahman proklamiert wurde, nicht als ein ökonomischer, sondern als ein politischer Schritt zu werten sind. Dieser Schritt diene vielmehr der Stabilisierung des Herrschaft apparatus als der Rettung der Bauern, Arbeiter und Frauen. Die mit diesen Schritt eingeleiteten Maßnahmen wurden von oben, durch die von den Kolonialisten unterstützte Regierung, nicht etwa von unten, vom Volk aus, durchgeführt.

Im Grunde ist die Aufgabe des Reformismus, revolutionäre Bedingungen zu vernichten. Der Kolonialismus, ob alt oder neu, ist immer darauf bedacht, mit Hilfe von Reformmaßnahmen die Ausbeutung zu intensivieren. Die Engländer haben zu Beginn ihrer Kolonialherrschaft in Indien Eisenbahnanlagen eingerichtet, Straßen und Häuser gebaut, Telekommunikation hergestellt, Fabriken, Raffinerien etc. aufgebaut, um Indien noch intensiver ausplündern zu können. Die Bodenreform und die dazugehörigen Reformen verfolgten hauptsächlich zwei Ziele: zum ersten die Vorbeugung von Bauernaufständen und die Militarisierung der iranischen Dörfer und Landgebiete, zum zweiten die Ausdehnung von Märkten für westliche Industrieprodukte und die Erleichterung für die bestmögliche Verfügung über die Naturreichtümer und Rohstoffe. Gerade nach der Boden reform wird das Gerede über den industrialisierten Iran laut, indem der Iran mit dem Aufbau einiger Montageanlagen für ein Land auf der Stufe der Industrieländer ausgegeben wird.

In der Tat sind es die großen imperialistischen Unternehmer, die Fabriken und Montageanlagen in unserem Land errichten und damit die ökonomische Unabhängigkeit des Iran zunichte machen. Diese angeblich iranischen Fabriken sind eindeutig im Auftrage amerikanischer, englischer und deutscher Unternehmungen zustande gekommen, wie z.B. die Automobilfabriken, mit deren Typen als Errungenschaft der entwickelten iranischen Industrie sich die Regierung immer wieder brüstet. In diesen sogenannten Industrieanlagen, die den Autoindustrien der genannten Länder unterstellt sind, werden die bereits produzierten und als Halbfabrikate importierten Teile lediglich zusammengebastelt und als iranische Autoerzeugnisse auf den Markt geworfen. Auf diese Weise ersparen sich die Ursprungsfabriken große Summen an Steuern und Zöllen.

Trotz der Propaganda über den industrialisierten Iran weiß alle Welt, daß - wie auch jener indische Journalist meinte -

die Gründung einiger westlicher Montagefabriken ein lächerlicher Beweis für die Industrialisierung des Iran ist; vielmehr zielt alles darauf ab, den Iran mehr denn je westlichen Imperialisten zu unterwerfen.

In Wirklichkeit entsprechen die von der Regierung behaupteten Fortschritte im Iran den imperialistischen Interessen. Sie rühren von der Konsumideologie her, die darauf abzielt, die iranische Bevölkerung in Konsumenten der Produkte des in- und ausländischen Kapitals zu verwandeln. Die Ausdehnung des Konsums auf Radio- und Fernsehapparate, Kühlschränke und Autos, Elektrizität, Kühl- und Heizungsanlagen, Kosmetik und Nylonstrümpfe ist mit einem gesunden ökonomischen Wachstum identisch.

Im Iran stammt die herrschende Klasse nicht aus dem Volk, sondern sie ist der wahre Vertreter des westlichen Kapitalismus. Diese Klasse hat keine Gemeinsamkeit mit der Mehrheit des Volkes. Ihre Interessen sind den Erfordernissen der breiten Masse der Bevölkerung genau entgegengesetzt. Diese Klasse macht viel Aufhebens vom Wachstum und von der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes, ja sie wendet die Hälfte ihrer Zeit dafür auf, die Bevölkerung zu einer "Bestätigung

Bestätigung des "Fortschritts" zu überreden. Die Klasse führt als Komprador-Bourgeoisie in Wirklichkeit die sozio-ökonomische Politik des Kapitalismus aus. Ihr Reichtum und ihre Stärke sind zugleich Ausdruck der Schwäche der Nationalbourgeoisie und der Kleinbourgeoisie. Die Komprador-Bourgeoisie hat alle Machtinstrumente in der Hand. Das Distributionsverhältnis wird durch die unterworfenen Legislative bestimmt. Das ausländische Kapital wird mit ihrer Hilfe, ihrer Zusammenarbeit und mit ihrer eigenen Beteiligung investiert. Die gigantischen Profite fließen unter dem Schutz dieser Klasse wieder in die Ursprungsländer zurück. Das ist das wahre Wesen dieser Klasse, die den Anspruch darauf erhebt, Führer der "Nationalen Revolution" und Urheber "wirtschaftlicher Expansion" zu sein.

Sie werden vielleicht sagen, daß die Arbeit der Regierung in den letzten Jahren die Beseitigung des Feudalismus zur Folge hatte. Dazu muß ich sagen, daß zum einen der Feudalismus im Iran nicht beseitigt wurde und zum anderen die Schwächung des Feudalismus im Iran nicht mit der Initiative einer Volksregierung entsprechend den Bedürfnissen der Nationalbourgeoisie erfolgte, sondern vielmehr durch einen abhängigen Herrschaftsapparat entsprechend den Interessen dieser einen dem Imperialismus unterworfenen Klasse.

Die Bodenreform und die anderen Reformen haben lediglich die Grundlage für den "Peykanismus" und "Aria- und Schahinismus"⁽³⁾ geschaffen, und die ökonomische Herrschaft einiger Kompradoren wie "Sabet-Passal", "Elghaian und Gebrüder" ausgeweitet. Als ihre Folgen kann man die Militarisierung des Landes, die Verstärkung und Ausdehnung der polizeilichen Gewalt, die Reproduktion kolonialistischer Kultur, die Ausbreitung der Prostitution und die Zerrüttung der sexuellen Moral der Landbevölkerung hervorheben, die eine zusätzliche Belastung für die Bevölkerung und insbesondere die Jugend auf dem Lande zur Folge hatte. All das kann nur zur Verstärkung der kolonialistischen Bindungen verstanden werden.

Das, was im Iran vor sich geht, kann man gut mit den Re-

formversuchen der Engländer in Indien und ihren anderen Kolonien vergleichen. Von einer Revolution aber kann keine Rede sein, da doch dieselben Minister und Senatoren derselbe Geheimdienst- und Polizeiapparat, solche Herren wie General Nassiri, Assdollah Aalan, derselbe London-ergebene Emam-Djoomeh, derselbe Senator Scharif Emamie dieselben Herren Dashti und Dr. Eghbal, die schon vor der "Revolution" die Macht ausübten, auch danach über die Herrschaftsorgane des Landes verfügen, und da doch auch der Gesundheits- und Ernährungszustand, Bekleidung und Kultur der Masse der Bevölkerung unverändert geblieben ist.

In den letzten zwei Jahren vor meiner Verhaftung verbrachte ich die meiste Zeit in vielen entlegenen Dörfern und kam von Chah-Bahar in der Provinz Balutschestan bis Maku in Azerbeidjan, von Khorramschahr in Kusestan bis Sand-Tal in Khorassan. Überall dort fand ich, entgegen der Propaganda des Herrschaftsapparates, die Bevölkerung in Armut und Unglück. Die Armut, die Krankheiten, das Fehlen von Unterkünften, die mangelhafte Kleidung und die Entbeh-rungen, die ich in allen Teilen des Iran sah, sind erschreckend. Wenn man auf der Basis der Statistiken und Reportagen der Regierung die Situation im Iran beurteilen wollte, so könnte man den Eindruck gewinnen, als sei dieses Land ein Paradies. Man muß jedoch unter die Massen gehen, um zu erfahren, in welcher Hölle wir leben.

Zum Kampf gegen den Imperialismus entschlossen, wollten wir nach Palästina gehen. Der Imperialismus ist die Ursache für das Elend aller kolonialisierten Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. In Palästina hat der antiimperialistische Kampf einen Wendepunkt in diesem Teil der Welt erreicht, und das Geheimnis der endgültigen Niederlage des Imperialismus liegt gerade in diesen Befreiungskämpfen verborgen. Die Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts spiegelt die Niederlagen der Imperien wider. Die kolonialistischen Imperien Englands und Frankreichs sind in diesem Jahrhundert zusammengebrochen. Das einzig zurückgebliebene Imperium, die Vereinigten Staaten von Amerika, hat mit Hilfe seiner fortgeschrittenen Technik und seines gigantischen Reichtums seine Herrschaft der Welt aufgezwungen. Die Vereinigten Staaten sind gegenwärtig die größte Bastion des Weltimperialismus. Daher ist der Kampf gegen Amerika eines der Kampfziele des palästinensischen Volkes. Der Kampf gegen die Monopolherrschaft Amerikas wird andauern bis bei der Verteilung der Reichtümer dieser Welt deren eigentliche Eigentümer, d.h. die hungernden Völker Asiens Afrikas und Lateinamerikas, zu ihrem Recht kommen. Dieser Kampf wird andauern, bis das jetzige Welthandelssystem, in dem von 185 Milliarden Dollar im Jahre 1966 68% auf die westlichen Industrieländer und lediglich 20% auf die Länder der Dritten Welt entfielen, gänzlich verändert ist.

Der amerikanische Imperialismus nützt jede Gelegenheit in allen Teilen der Welt aus, um seine Privilegien auf Kosten einer fortschreitenden Verarmung von 3/4 der Erdbevölkerung aufrechtzuerhalten. Unter Einsatz von Napalm-Bomben tötet er in Vietnam die unschuldige Bevölkerung und vernichtet ihre Produktionsstätten, Nahrungsmittellager, Felder, Häuser und jede Spur von Leben. In Indonesien veranlaßt er die Ermordung von 1 000 000 Menschen durch faschistische Militärs und fanatische Gläubige. Zur Beibehaltung der Rohstoffquellen setzt er in Afrika durch Militärdiktatur die gesetzmäßigen und nationalen Regierungen

ab. Der amerikanische Staat beseitigt in Griechenland mit Hilfe von CIA-Agenten die freiheitlich gemäßigte Bewegung, sympatisiert mit den Rassisten in Süd-Afrika und Rhodesien und unterstützt die abscheulichsten Diktaturen der Welt mit Geld und Waffen. Jedemal, wenn seine Interessen gefährdet sind, setzt der amerikanische Imperialismus seine Marine, Jagdbomber und Fallschirmjägerheiten von seinen zahlreichen Militärstützpunkten auf der ganzen Erde sowie seiner 6. und 7. Flotte im Mittelmeer und im Stillen Ozean aus in Bewegung. So geschah es im Fall des Libanons, des Kongo, der Dominikanischen Republik, Vietnams und Kambodschas. Die profitgierigen, rassistischen Agressoren des amerikanischen Imperialismus intervenieren stets mit allen ihren militärischen, politischen, ökonomischen und kulturellen Instrumenten zur Ausdehnung ihrer Herrschaft. Ihre Ausbeutung zielt nicht nur auf die Völker der Dritten Welt ab, sondern auch auf die Arbeiter der westlichen kapitalistischen Länder. Dieses amerikanische Ausbeutungssystem umfaßt die rohsten und schicklichsten Formen der Unterdrückung auf politischer, militärischer, wirtschaftlicher und ideologischer Ebene, zu deren Verwirklichung es über die notwendigen Finanzen und propagandistischen Instrumente, die auch alle kulturellen Institutionen umfassen, verfügt.

Auf diese Weise soll die amerikanische Ökonomie, Politik und Moral universalisiert werden. In sehr viel Teilen der Welt muß jeweils ein Teil des Wertes der verbrauchten Waren auf der Dollarbasis dem amerikanischen Kapital zugeführt werden. Eine solche Herrschaft über die Wirtschaft, die Produktion und die Konsumtion, die Lebensgewohnheiten und die Moral der Völker der Welt rührt von einem Faschismus her, der über ein entsprechendes Arsenal von Stoßtruppen, Fallschirmjägern und "greenberets" und den notwendigen Propagandaapparat verfügt. Mit Hilfe der hochentwickelten Technik und des Riesenreichtums ist dieser Faschismus in der Lage, allein 30 Milliarden Dollar im Jahr für die Ausrottung des vietnamesischen Volkes aufzubringen. Dieser Art von Faschismus gegenüber erscheint der Hitler- und Mussolinifaschismus noch harmlos.

Wir wollten nach Palästina gehen, um gegen den amerikanischen Imperialismus und seinen Kettenhund Israel zu kämpfen. Ich persönlich gebe zu, daß ich dort Erfahrungen sammeln wollte, um zu gegebener Zeit mit aufrichtiger Kampfbereitschaft in den Iran zurückzukehren. Das ist eine Tatsache, auf die der SAVAK in seinem Bericht an die Militärjustiz so oft hinweist. Der SAVAK führt gegen uns einen Prozeß wegen der Tat, von der er annimmt, daß sie in einigen Jahren im Iran hätte ausgeführt werden können. In Wirklichkeit werden wir wegen unserer Anschauungen und unserer Gedanken vor Gericht gestellt. Dieser Prozeß ist entsprechend der Charta der Menschenrechte und entsprechend der iranischen Verfassung gesetzeswidrig. Meine Schuld ist die, jene Anschauung zu besitzen, die dem iranischen Herrschaftsapparat und den amerikanischen Imperialisten einfach nicht paßt. Jeder, der anders denkt, als es der SAVAK wünscht, wird im Iran zur Rechenschaft gezogen und vor Gericht gestellt. Jawohl, unser eigentliches Vergehen ist unsere Auffassung, die dem SAVAK nicht gefällt. Denn, frage ich Sie, was haben wir gegen die Sicherheit des Landes unternommen? Die Tatsache, daß wir uns vor diesem Gericht zu verantworten haben, ist der beste Beweis dafür, daß die Freiheit der Rede und

sogar die Freiheit des Denkens im Iran nicht gegeben sind.

In dem Bericht der SAVAK und in der auf ihn basierenden Anklageschrift wurde der Versuch unternommen, die in der Anklageakte aufgeführten Personen als Kommunisten zu bezeichnen und deren Aktivitäten als kommunistische auszuwerten, jedoch ohne zu wissen, daß keine der angeklagten Personen über die Voraussetzungen verfügt, die notwendig sind, um Kommunist sein zu dürfen. Abgesehen von politischem Wissen, Tapferkeit und Disziplin usw., Eigenschaften, die ein Kommunist haben muß, ist die wichtigste Bedingung, um Kommunist zu sein, die Zugehörigkeit zu einer kommunistischen Partei. Bedauerlicherweise gehöre ich einer solchen Partei nicht an. Aber wenn das Gericht nach meiner ideologischen Überzeugung fragt, muß ich sagen, daß ich Marxist-Leninist bin, und ich bin auf meine Überzeugung stolz.

Herr Gerichtsvorsitzer, ich war früher ein religiöser Mensch und im Laufe der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen schloß ich mich der Nationalen Front an. Ich war jahrelang in der Partei der "Iranischen Nation" aktiv. Diese war eine der nationalen Front angeschlossenen Parteien und vertrat nationale Ideen. Im Laufe der politischen Kämpfe, nach langem Studium, nach langem Nachdenken, nachdem ich während mehraliger Verhaftungen im Gefängnis viele Erfahrungen gesammelt hatte, kurz, im Laufe der politischen Praxis kam ich schließlich zu der Überzeugung, daß das Glück des iranischen Volkes und die Freiheit der ganzen Menschheit nur unter dem marxistisch-leninistischen Banner, d.h. mit der Ideologie der unterdrückten Massen der Völker zu verwirklichen sind.

Freiheit des Einzelnen bedeutet Befreiung der ganzen Menschheit von Hunger, Unwissenheit, Ungerechtigkeit, Gewalt, Diktatur und veralteten Begriffen, d.h. von den Kräften, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ermöglichen und schützen. Wie kann man unter einer Bevölkerung, die von Diktatur, Hunger, Unwissenheit und Furcht verklavt ist, sich frei fühlen. In der kapitalistischen Gesellschaftsordnung leben die Reichen mit den hungernden Massen zusammen. Das kapitalistische Gesetz herrscht mittels dieser Ungleichheit, die kapitalistische Moral und Wirtschaft bejaht diese unnatürlichen und unmenschlichen Verhältnisse, ein Phänomen, namens Vaterland, beherbergt Hunger und Sättigung, Freiheit und Verklavung, Unterdrücker und Unterdrückte, Herrscher und Beherrschte, Arm und Reich nebeneinander; dieses alles und ähnliche Zustände mehr in unserer Epoche stinken zum Himmel. Die heutige Menschheit muß diese Wahrheit begreifen; solange es noch einen einzigen gefangenen Menschen, einen hungernden Menschen, einen unterdrückten Menschen, einen unwissenden Menschen auf der Erde gibt, ist das Wort Freiheit lediglich ein leerer und bedeutungsloser Begriff.

Der Marxismus-Leninismus ist die Ideologie der fortgeschrittenen Menschheit zur Beseitigung aller Ungleichheiten auf der Welt. Der Marxismus-Leninismus bringt der Menschheit die wirkliche Freiheit. Es ist nicht verwunderlich, wenn der Inquisitionsapparat des SAVAK höchstmöglichen Terror an Marxisten-Leninisten ausübt, wenn er die schlimmsten Methoden der mittelalterlichen Meinungsüberwachung anwendet, um die marxistisch-leninistischen Ideen zu bekämpfen.

Herr Gerichtsvorsitzender, gestatten Sie mir, um die Metho-

den der SAVAK-Agenten und ihr Verhalten den oppositionellen Angeklagten gegenüber klarzustellen, um den Wahrheitsgehalt der Angeklagten aufzudecken, einen Teil der Folterungen, die an mir selbst verübt wurden, zu beschreiben, damit Sie wissen, wie die Freiheitskämpfer in Iran

behandelt werden:

Nach meiner Verhaftung am 18. Dey 1348 (1. Jan. 1969) hat man mich sofort zum Hauptquartier des SAVAK in Khorramschahr geschleppt. Dort haben mich drei Untersuchungsbeamte unter Schlägen und Tritten nackt ausgezogen und so "Leibesvisitation" praktiziert. Von 20 Uhr bis 1 Uhr am Morgen wurde die Untersuchung mit Schlägen und Tritten fortgesetzt. . . . Am nächsten Tag hat man mich zum Gefängnis des Polizeipräsidioms gebracht und dort in einem Klosett eingesperrt. Eine Woche lebte ich nackt in diesem Klosett, man hat mir nur eine Decke zur Verfügung gestellt. Nur einmal am Tag bekam ich Essen. Am 8. Tag transportierte man mich mit Handschellen in einem Landrover des SAVAK nach Teheran und lieferte mich ins Ewin-Gefängnis ein. In diesem Gefängnis hat man die erste Untersuchung mit Folterung begonnen. Es spielte sich so ab: zwei Beamte, einer mit dem Namen Reza Atapur "Dr. Hosseinzadeh" genannt, der andere Biglari, bekannt als "Ing. Jussefi", griffen mich mit Ohrfeigen, Faustschlägen und Tritten an und bearbeiteten mich eine Stunde lang. Danach wurde ich hinter einen Tisch gesetzt; ich sollte schreiben, daß ich ein Kommunist sei und mich als Spion betätigt hätte. Ich habe mich geweigert. Atapur rief zwei Unteroffiziere herbei, die eine Drahtpeitsche mitbrachten und mich auf den Boden warfen und über drei Stunden lang mit der Drahtpeitsche, Fäusten und Fußtritten auf mich einschlugen, wobei sich die drei ständig abwechselten, um auszuruhen. Ich verlor im Laufe der Tortur zweimal das Bewußtsein, mein ganzer Körper war mit blauen Flecken bedeckt, und über meinen Rücken floß das Blut. So endete die Untersuchung vom 1. Bahman (21. Jan.). Am 2. Tag wiederholte sich dieser Vorgang, dazu kam noch, daß man mich gezwungen hat, mit Handschellen, an denen schwere Gewichte befestigt waren, auf einem Hocker zu stehen und ein Bein hochzuheben und alle paar Minuten wurde der Hocker derart weggestoßen, daß ich zu Boden fiel. Am 3. Tag blutete aufgrund der Ohrfeigen, die sie mir gaben, mein linkes Ohr und mein Trommelfell wurde beschädigt. Seit der Zeit bin ich auf dem linken Ohr taub. Diese Aussage kann durch Untersuchung bestätigt werden. Am selben Abend, gegen 22 Uhr, holte man mich mit verbundenen Augen aus der Einzelzelle des Gefängnisses heraus und führte mich in den Gefängnishof, wobei meine Augen immer noch verbunden waren. Sie trieben mich vor sich her, und ich hörte die Stimme von Atapur und Biglari, die miteinander flüsterten und manchmal meinen Namen nannten. Das Krächzen der Raben, die Winterkälte, die Schmerzen der Wunden und des linken Ohres und das verdammte Flüstern der SAVAK-Henker, die einander ständig Herr Doktor und Herr Ingenieur nannten, wären nicht mehr zu ertragen. Sie haben mich an einen Baum gebunden. Ich hörte trockene Befehle ausrufen und Schritte einiger Leute. Offensichtlich war das Erschießungskommando zusammengerufen worden. Atapur begann irgendein Gerichtsurteil vorzulesen, in dem stand: Sh. Paknejad ist unter Beschuldigung eines Attentats gegen Seine Majestät und der Verbindung zu einer ausländischen Regierung, einstimmig zum Tode verurteilt worden. Dann erteilte er der Patrouille den Bereitschaftsbefehl, wobei er mir immer wieder ein-

redete, ich sei an der irakischen Grenze verhaftet worden und niemand wisse es. Man glaube, ich sei nach dem Irak gefahren und niemand werde meine Erschießung erfahren. Danach vernahm ich das Geräusch der Gewehre beim Laden und den Schießbefehl. Es geschah jedoch nichts. Ich hörte jemanden flüstern. Atapur schrie: "Was soll das! Warum denn zuerst der Schießbefehl und dann die Annullierung? Was sind das für Scherze?" Dann beschimpfte er mich mit lauter Stimme. Man löste mich von dem Baum los und führte mich in die Einzelzelle zurück. Die ganze Szene diente also dazu, mich so einzuschüchtern, daß ich entsprechend ihrer Wünsche Geständnisse ablegte. Während der darauffolgenden Verhöre wurden mir die Nägel des linken Zeigefingers und des rechten kleinen Fingers herausgezogen. Ich wurde des öfteren durch Karateschläge zu Boden geworfen. Die Beschimpfungen, mit denen sie mich während dieser Verhöre beleidigten, sind ihnen und ihren Herren angemessen. Ich schäme mich, sie wiederzugeben. Dreimal, jedesmal 48 Stunden lang, durfte ich kein Auge zutun. Ich möchte darauf verzichten, aufzuzählen, wie oft ich Hunger und grellem Licht der Scheinwerfer ausgesetzt war. Die Folterung dauerte 18 Tage.

Herr Gerichtsvorsitzender, einer der Gründe für die verspätete Prozeßführung besteht darin, daß man die Ausheilung der bei den Folterungen entstandenen Wunden an unseren Körpern abgewartet hat. Ich wurde erst nach 21 Tagen von dem Verhaftungsbefehl unterrichtet, nachdem man mich mit Fußtritten, Faustschlägen und Peitschenhieben mißhandelt hatte. Ich versuchte, gegen meine Verhaftung zu protestieren. Man forderte mich jedoch auf, den Haftbefehl sogar undatiert zu unterschreiben. Schließlich setzte man es unter Anwendung der Peitsche durch, und ich unterschrieb diesen Befehl, ohne mich dagegen wehren zu können. Meine bisherigen Schilderungen sollen das Vorgehen der SAVAK-Agenten gegen die politischen Gefangenen sowie die Terroratmosphäre, die sie entstehen lassen, beschreiben, um den wahren Wert der abgelegten Geständnisse seitens der Gefangenen, auf die stets Bezug genommen wird, zu zeigen. Herr Gerichtsvorsitzender, ich bin nicht der einzige, der gefoltert wurde. Alle Angeklagten, die hier anwesend sind, haben das gleiche Schicksal hinter sich. Unter diesen 18 Angeklagten befindet sich kein einziger, der nicht mißhandelt worden ist. Um ein Beispiel anzuführen: die bei der Tortur entstandenen inneren Blutungen von N. Kakhsas haben unter den Gefangenen großes Aufsehen erregt. Er selbst ist bereit, darüber zu sprechen. Alle Anhänger der Gruppe "Palästina" sind ausnahmslos gefoltert worden. Ing. H. Nikdawudi erlag seinen Verletzungen. Seine Ermordung ist inzwischen in der Öffentlichkeit bekannt geworden. Die Henker des SAVAK lieferten ihn vom Gheselghale-Verlies in das Ghass-Gefängnis ein, nachdem sie zugeben mußten, daß er weger seiner bei seiner Folterung entstandenen Verletzungen dem Tode nahe war. Damit versuchten sie zu vertuschen, daß er an den Folgen der Torturen sterben mußte. Nach der Einlieferung in das Ghass-Gefängnis wurde er in das Polizeikrankenhaus gebracht, wo die Bemühungen der Ärzte ohne Erfolg blieben und der junge Mann starb. Als Todesursache wurden schwere Verletzungen am Hals und am Rückenmark angegeben. Die Ärzte haben einstimmig bestätigt, daß der Tod Nikdawudis die Folge der Folterungen im Gefängnis gewesen ist. Nikdawudi wurde beschuldigt, Bücher gelesen zu haben. Er und diejenigen, gegen die

heute Anklage erhoben worden ist, sind nicht die einzigen, die infolge der Tortur und Mißhandlung seitens der SAVAK-Agenten uns Leben gekommen sind oder im Sterben liegen.

Ayatollah Saidi fand ebenfalls den Tod in seiner Einzelzelle nach vorausgegangenen Folterungen. Dieses Mal fanden die SAVAK-Henker nicht einmal die Zeit, ihn wie Nikdawudi in das Ghassr-Gefängnis zu bringen. Auch A. S. Khorassani wurde nach tagelanger Mißhandlung sterbend in das Ghassr-Gefängnis eingeliefert und kurz danach auf einer Bahre vom Gefängnis Krankenhaus in ein privates Krankenhaus gebracht. Auf diese Weise wollte man seinen Tod im Gefängnis verhindern. Man sagt, er sei aus dem Gefängnis entlassen worden, in Wirklichkeit aber hat man einen Halbtoten in ein Privatkrankenhaus überführt. Gemäß einem Gutachten des Sanatoriumschefs des Gefängnisses besteht keine Hoffnung, daß er überleben wird. Ich frage Sie, Herr Gerichtsvorsitzender, und Sie, die Herren Richter, betrachten Sie Foltern und Mißhandlung im Zeitalter der Weltraumeroberung nicht als eine Schande? Sie, Herr Gerichtsvorsitzender, die Herren Richter und der Herr Staatsanwalt, Sie werden uns verurteilen, weil wir die Wahrheit aussprechen. Unsere Verurteilung wird nichts von der bitteren Existenz jener Wahrheiten, die wir verkünden, und an die Sie in Ihrem Innersten auch glauben, nehmen. Wir sind nicht die ersten und werden auch nicht die letzten sein, die wegen ihres Kampfes für die Freiheit, gegen den Imperialismus von dem Tribunal jenes Militärs, dem Sie angehören, verfolgt und verurteilt werden.

Seit Jahrzehnten dient unsere Armee zur Liquidierung der iranischen Freiheitskämpfer und Intellektuellen. Sie stellte sich in den Dienst des Imperialismus und gegen die Interessen des iranischen Volkes. Sie ist ursprünglich diejenige Kosakenarmee gewesen, die auf Befehl Mohammad Ali Schahs und unter Führung der Russen Liachow und Schapschal das Parlament dem Boden gleichmachten und die Anhänger der konstitutionellen Monarchie ausrotteten. (4) Nach dem berühmten Baghschah-Prozeß wurde Malakoll-Motekallemin, Suressrafil und viele andere Freiheitskämpfer von dieser Armee verurteilt und erschossen. Sie vollführte, auf Befehl der Engländer, den Coup d'Etat von 1299 (1921) und errichtete die 20 Jahre währende Diktatur. Nationale Aufstände unter Führung von K. M. T. Pessian und M. Kutschkhan gegen den Imperialismus wurde durch diese Armee niedergemetzelt. Sie ist jene Armee, die die Schande von Schahriwar 1320 (1941) zu verantworten hat. Nach dem 2. Weltkrieg vollstreckte sie das allgemeine Gemetzel in Aserbeidschan und Kurdestan. Blutig unterdrückte sie den Volksaufstand vom 30. Tir 1331 (1952). Sie nahm an der Inszenierung und Durchführung des konterrevolutionären Putsches vom 28. Mordad (5) teil und stützt die nationale Regierung Dr. Mossadeghs. Alle friedlichen Demonstrationen und Versammlungen der Studenten wurden unter Einsatz dieser Armee blutig niedergemetzelt. Der 16. Azar 1332 (1953), an dem Ghandtschi, Bosorgnia und Sh. Razawi auf dem Gelände der Technischen Universität ermordet wurden, sowie der 1. Bahman 1340 (1961) werden für immer in der Erinnerung bleiben. Am 15. Khordad 1342 (1963) wurden tausende von unschuldigen Menschen in Teheran, Schiraz, Ghom, Täbriz, Mashad und anderen Städten von Soldaten dieser Armee niedergeschossen. Ayatollah Khomeini, geistlicher Führer der Schiiten, sowie viele andere namhafte Geistliche der schiitischen Welt wurden von den Militärs des Landes verwiesen. Die iranische Armee hat sich den Schutz des

CENTO-Paktes und anderer imperialistischer Pakte zur Aufgabe gemacht. Sie ließ Dr. Mossadegh, den Führer des iranischen Volkes, mehr als 12 Jahre in den Gefängnissen Reza Schahs und nach dem Militärputsch vom 28. Mordad (5) weitere 14 Jahre eingekerkert. Nach seinem Tod untersagte sie die öffentliche Beerdigung und hinderte das Volk daran, ihm das letzte Geleit zu geben. Dem Befehl der imperialistischen Kräfte gehorchend und kraft der Urteile ihrer Gerichte ließ sie Kh. Ruzbe, einen Helden der revolutionären Bewegung im Iran, erschießen. Sie hat den Mord an Vartan, Siamak, Mobasheri, Fatemi, Karimpur, Bokharai, Saidi, Nikdawudi und tausend anderer Opfer auf dem Gewissen. Der Apparat ist in den Händen der amerikanischen, englischen und israelischen Militärberater. Die besten Offiziere genießen eine Ausbildung in den amerikanischen und englischen Stützpunkten. Der SAVAK und die Spionageabwehr werden gänzlich von amerikanischen Militärberatern verwaltet. Diese Armee kennt keine andere Mission und Sendung außer der Unterdrückung des Volkes, das um die nationale Freiheit und Unabhängigkeit kämpft, und außer der blutigen Niederwerfung jeder Bewegung, die sich die Befreiung des Landes vom Joch des Imperialismus zum Ziel gesetzt hat, und außer der Verhaftung, Folterung und Verurteilung der iranischen Bürger. Der SAVAK tritt (im Dienste der Diktatur eines Einzelnen) die selbstverständlichsten und natürlichsten Rechte des Volkes mit Füßen, so daß von Gesetz und Menschenrechten keine Rede sein kann. Unter diesen Umständen sieht das iranische Volk keine andere Wahl, als zur Waffe zu greife. Die Charta der Menschenrechte billigt eindeutig allen Menschen das Recht an, entschlossen für die Einrichtung einer Gesellschaftsordnung zu kämpfen, die die Würde der Menschen respektiert. Jeder einzelne ist verpflichtet, jede Regierungsform abzulehnen, die nicht bereit ist, die physische und geistige Sicherheit und die Menschenwürde der Bürger zu bewahren. Die Geschichte hat uns verschiedentlich gelehrt, daß die Gerechtigkeit erkämpft werden muß, sie wird niemals verschenkt. Wenn der Tyrann Ungerechtigkeit walten läßt, muß der Unterdrückte sich wehren. Ein anderer Weg existiert nicht. Der Unterdrücker unterläßt seine Tyrannei niemals freiwillig. Das diktatorische Regime im Iran versucht, mit mittelalterlichen Foltermethoden der Inquisition und durch die Abschaffung aller Freiheiten unser Land in einen Friedhof zu verwandeln. Die durch Terror erkaufte Stabilität und Ruhe wird für bare Münze verkauft, als ob sie die Furcht innerer Sicherheit und Zufriedenheit wäre. Dieses Regime muß aber wissen, daß es niemals dieses Ziel erreichen wird. Entgegen der Anwendung bestialischer Unterdrückungsmethoden, trotz des kannibalischen Vorgehens der SAVAK-Agenten gegen die politischen Gefangenen und entgegen aller Versuche des Terrorregimes, jeden Wunsch nach Freiheit im Keime zu ersticken, geht der Kampf des iranischen Volkes um die nationale Freiheit zur Sprengung der Ketten der Sklaverei und zur Ausrottung der westlichen Imperialisten und ihrer Handlanger im Iran weiter. Dieser Kampf wird bis zum Sieg fortgesetzt.

Shokrollah Paknejad

ANMERKUNGEN

1) Zu diesem Zeitpunkt unterhielten weder China noch Ägypten diplomatische Beziehungen zum Iran.

2) In einer Kapitulationsurkunde wurde im vergangenen Jahrhundert britischen Staatsbürgern zugebilligt, sich der iranischen Judikative bei Straftaten im Iran nicht unterwerfen zu müssen. Diese Bestimmung wurde im Iran als die Kapitulation schlechthin aufgefaßt. Seit im Jahre 1964 die iranische Regierung US-Bürger ein solches Recht gewährte, spricht man bei uns von der neuen Kapitulation.

3) Peykan, Aria und Schahin sind Typenbezeichnungen für die im Iran montierten PKWs. Bei dem Ausdruck "Peykanismus" handelt es sich um eine Polemik gegen die "Errungenschaften" der Industrialisierung des Iran.

4) 1906-1908

5) Der 28. Mordad ist der Tag, an dem Dr. Mossadegh gestürzt wurde (19.8.1953)

Über die politische Lage in Oman und Dhofar

Fred Halliday:

Interview mit Talal Saad und Said Seif über die politische Lage in Oman und Dhofar

Vorbemerkung

Im Februar 1971 kündigte die konservative Regierung an, daß sie bis Ende 1971 die britischen Truppen vom Persischen Golf zurückziehen würde. Das entspricht einem Plan, der ursprünglich von der Wilson-Regierung im Januar 1968 entworfen wurde und den die Konservativen erst annahmten, nachdem sie selbst an der Macht waren.

Großbritannien mußte den neun Golfstaaten die es offiziell kontrollierte die Unabhängigkeit zugestehen. Die Briten hatten gehofft, diese Staatengruppe zu einer neokolonialen Föderation zusammenschließen zu können, der Union Arabischer Emirate, aber interne Meinungsverschiedenheiten unter den Herrschenden dieser Staaten haben bisher verhindert, daß diese Union in ihrer intendierten Form entstehen konnte. Der britische "Rückzug" ist in vielerlei Hinsicht weniger bedeutsam, als offiziell behauptet wird. Großbritannien steht auf dem Standpunkt, daß das Sultanat von Oman ein unabhängiger Staat ist, und wird deshalb seine militärischen Einrichtungen dort auch nach 1971 aufrechterhalten und weiterhin die Armee des Sultans führen. In den Gebieten, die Großbritannien formal aufgibt, wird es weiterhin die örtlichen Armeen ausbilden und bewaffnen, entweder mit Hilfe von Verteidigungsbündnissen oder durch Söldner, die von getarnten Regierungsstellen organisiert werden. Die USA sind ebenfalls darauf vorbereitet, die lokalen reaktionären Kräfte zu unterstützen: Sie haben eine Luftbasis in Saudi-Arabien (Dahran) und Marineversorgungsmöglichkeiten auf der Insel Bahrein. Diese imperialistischen Truppen könnten den betreffenden Staaten zugänglich gemacht werden, falls ihre eigenen Truppen nicht in der Lage wären, Oppositionsbewegungen zu unterdrücken, und falls die führenden neokolonialen Regime der Gegend, Iran und Saudi-Arabien, die notwendige Unterstützung nicht liefern könnten.

Die aktiven revolutionären Bewegungen des Gebietes gliedern sich in drei Gruppen: die Kommunistischen Parteien (Saudi-Arabien, Bahrein, Iran, Irak), baathisti-

sche Gruppen (Bahrein, Ras-al-Kheima) und marxistisch-leninistische Organisationen. Die dritte Gruppe ist die stärkste. Sie besteht aus ehemaligen Teilen der panarabischen Partei, der Arabisch-Nationalistischen Bewegung, die sich 1968 abspalteten und aus denen in Jordanien die Demokratische Volksfront für die Befreiung Palästinas hervorging. Drei dieser Organisationen sind im Golf-Gebiet aktiv: Die Volksfront für die Befreiung des besetzten Arabischen Golf (PFLOAG) in Dhofar, die Nationale Demokratische Front für die Befreiung von Oman und des Arabischen Golfs (NDFLOAG) in Oman und die revolutionäre Volksbewegung (PRM) in Trucial Oman, Bahrein, Qatar und Kuwait. Von diesen ist die PFLOAG bei weitem die bedeutendste und nach 5 Jahren Guerilla-Krieg kontrolliert sie fast ganz Dhofar.

Als Folge des Versuchs, die Opposition durch "Reformen" zu bekämpfen und Oman der kolonialen kapitalistischen Entwicklung in der Art, wie sie anderswo am Golf stattfindet, zu öffnen, wurden die Briten im Juli 1970 gezwungen, den regierenden Sultan Said zugunsten seines Sohnes Qabus abzusetzen.

Das Interview, das wir im folgenden abdrucken, wurde am 21. Februar 1971 aufgenommen und umfaßt die wesentlichen strategischen Konzeptionen der vereinten revolutionären Gruppen des Gebiets. Talal Saad ist Mitglied des Oberkommandos der PFLOAG und Said Seif ist Mitglied der PRM. (Zur revolutionären Bewegung im Dhofar vgl. im übrigen Jean-Pierre Viennot: Der Kampf der marxistisch-leninistischen Befreiungsfront im Dhofar, Rotes Forum 1/70)

Frage : Im Juli letzten Jahres haben die Briten Said bin Taimur gestürzt und seinen Sohn Qabus eingesetzt. Was haben die Briten seitdem getan und welche Politik hat Qabus bisher verfolgt?

Talal Saad: Die Ereignisse vom Juli 1970 kamen nicht unerwartet. Sie waren das Ergebnis eines langfristigen Plans, den der britische Imperialismus entworfen hatte, um die ständig voranschreitende revolutionäre Bewegung zunächst aufzuhalten und dann zu liquidieren. In diesem Zusammenhang war der Sturz Said bin Taimurs Teil eines doppelten Plans. Da war zunächst der Plan der sogenannten "konstitutionellen Monarchie in Oman", deren größter Befürworter seit langem Tariq bin Taimur, der Bruder Suids war. Der zweite Plan war offensichtlich der einer Union der Arabischen Emirate. Beide stellten politische

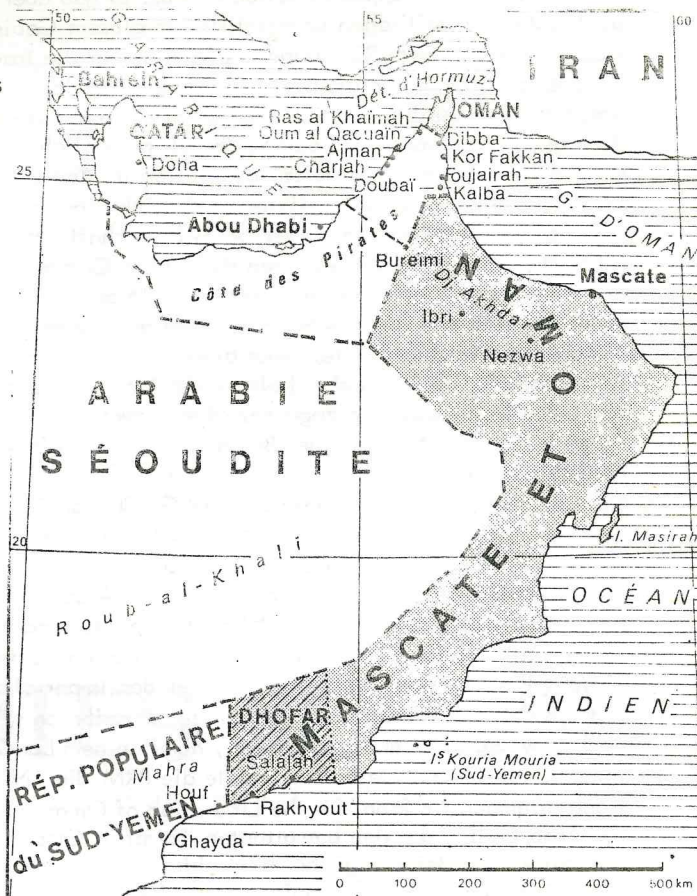
Fronten des britischen Neo-Kolonialismus in diesem Gebiet dar, der verzweifelt versucht, scheinbar patriotische Regime einzusetzen. Es gab zwei wesentliche Gründe, aus denen sich die Briten gezwungen sahen, Said durch seinen Sohn zu ersetzen. Der erste war der Erfolg, den die Revolution in Dhofar erzielt hatte, die anfangs, eine ernste Gefahr für die Interessen des Imperialismus in diesem Gebiet zu bilden. Im Gegenteil, das reaktionäre Regime Said bin Taimurs hatte sich als unfähig erwiesen, der wachsenden Revolution in Dhofar Herr zu werden.

Ein zweiter ebenso wichtiger Grund war der Ausbruch des bewaffneten Kampfes in Oman selbst unter der Führung der Nationalen Demokratischen Front für die Befreiung von Oman und des Arabischen Golfs. Nach der Ablösung Suids versuchten die Briten durch eine Reihe von sogenannten Reformen, die Revolution zu unterlaufen. In Salala, der wichtigsten Stadt in Dhofar, und in der Ebene um Salala wurden zwei Krankenhäuser eröffnet und etwas Land urbar gemacht. In den Bergen jedoch, die von der Befreiungsfront kontrolliert werden, gelang es dem britischen Imperialismus nicht, auch nur diese Minimalreformen durchzuführen. Die Briten versuchten außerdem, die Revolution zu spalten und einige der Stämme auf ihre Seite zu ziehen, aber auch das endete mit einem Mißerfolg. Auf militärischem Gebiet verstärkte der britische Imperialismus seine gewaltsamen Aktionen, vor allem seine völkermörderischen Angriffe auf die Zivilbevölkerung von Dhofar. Vor kurzem gab es im westlichen Teil des Landes einen Angriff auf eine Siedlung in der Nähe von Mbrot, bei dem mehrere Menschen verletzt und ein großer Teil des Viehs getötet wurde. Der Westteil des befreiten Gebietes ist einer ständigen rücksichtslosen Beschießung und Bombardierung ausgesetzt, um die Bevölkerung einzuschüchtern und ihre Unterstützung für die Revolution zu unterbinden.

Frage: Die Briten haben angekündigt, sie würden versuchen, die Nachschubwege zwischen Südjemen und Dhofar zu zerstören, so wie die Amerikaner versuchen, den Ho Chi Minh-Pfad in Indochina zu zerstören. Was haben die Briten bisher in dieser Richtung unternommen?

Talal Saad: Es besteht der klare, umfassende Plan, die Revolution um den Golf herum zu vernichten; und alle reaktionären Kräfte in diesem Gebiet arbeiten auf dieses Ziel hin. Die Durchführung dieses Planes sieht so aus: Saudi-Arabien bewaffnet und finanziert Söldnertruppen, und diese machen ständig, gemeinsam mit der regulären Armee Saudi-Arabiens, Überfälle auf die 5. und 6. Provinz der Volksrepublik Südjemen mit dem Ziel, die revolutionäre Regierung Südjemens zu beseitigen und so die Revolution in den Golfgebieten ihrer Ausgangsbasis zu berauben. Außerdem wird die Gegend um Hauf, einem jemenitischen Dorf an der Grenze nach Dhofar, und der Weg, der Südjemen mit der Kampffront der Revolution in Dhofar verbindet und der quer durch den Westteil der befreiten Gebiete verläuft, ständig bombardiert.

Frage: Einer der Gründe für die Absetzung Suids war, wie Talal Saad sagte, der Ausbruch des bewaffneten Kampfes in Oman selbst. In Oman hatte es in den 50er Jahren einen Stammesaufstand gegeben, der von dem Imam Ghalib angeführt wurde. Können Sie uns sagen, welches Verhältnis Sie zu diesem Aufstand hatten, da er in den westlichen Ländern allgemein als anti-imperialistisch angesehen und von Revolutionären unterstützt



wurde? Welche Ereignisse haben die Junikrise in Oman vorangetrieben, und was ist seitdem geschehen? Was haben Qabus und Tariq versucht zu unternehmen?

Said Seif: Das wichtigste, was es über Imam Ghalibs Bewegung zu sagen gibt, ist, daß diese Bewegung nichts als einen Konflikt innerhalb des imperialistischen Lagers bedeutete. Es war eine Auseinandersetzung zwischen Imam und Said bin Taimur, d.h. eine Auseinandersetzung zwischen einem absolutistischen Regime und dessen Karikatur, dargestellt durch den Imam selbst. Mit der Behauptung, dies sei ein Konflikt innerhalb des imperialistischen Lagers gewesen, wollen wir sagen, daß hinter Said bin Taimur und Imam Ghalib Großbritannien bzw. die USA und Saudi-Arabien standen. Wenn die Bewegung des Imam Ghalib auch nur einen Konflikt innerhalb des imperialistischen Lagers bedeutete, so wurde sie doch in beachtlichem Maße von den Massen unterstützt. Diese Unterstützung des Imam durch die Massen war im wesentlichen eine patriotische Reaktion auf die britische Besetzung des Landesinneren von Oman.

Nun zu den Ereignissen vom Juni 1970. Zu dieser Zeit war es völlig klar, daß Großbritannien sich auf ein völlig veraltetes Regime stützte, das immer stärker im Widerspruch zu der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung des gesamten Golfgebiets geriet. Diesem Regime standen zwei oppositionelle Richtungen gegenüber. Einmal die reaktionäre, die meinte, der beste Weg, der Revolution entgegenzuwirken, sei, gewisse Zugeständnisse zu machen und einige Reformen durchzuführen. Auf der anderen Seite stand die progressive Opposition gegen die gesamte Gesellschaftsstruktur Omans und gegen die organischen Verbindungen, die diese Gesellschaft und die Said-Dynastie mit dem britischen Imperialismus verbindet. Das waren die

lokalen arabischen oppositionellen Kräfte. Es gab aber auch unter den britischen Imperialisten in diesem Gebiet traditionsgemäß zwei Richtungen. Die eine war die traditionalistische, kolonialistische Richtung, die sich hauptsächlich aus Leuten zusammensetzte, die aus Indien gekommen waren und dem Sultan als persönliche Berater dienten. Sie waren dafür, den Sultan im Amt zu behalten, und zuweilen identifizierten sie sich sogar mit dem ganzen Anachronismus, den Saids Herrschaft repräsentierte. Diesen Traditionalisten stand eine Gruppe von Reformern gegenüber, die sich nicht auf ein autokratisches Regime, wie das von Said, sondern auf die neue Mittelklasse stützen wollte; denn diese sollte die wesentliche Basis für die Aufrechterhaltung des Neokolonialismus sein. Den Ausschlag zugunsten dieser zweiten, reformerischen Richtung gab der Beginn der Unruhen im Inneren von Oman im Juni 1970. Zu dieser Zeit sah Shell seine Interessen in Gefahr und drängte Großbritannien, den "gemäßigten" Flügel der Al Bu Said-Dynastie zu stützen, den Qabus und Tariq repräsentierten.

Die Ereignisse des Juni 1970 waren zugleich Ausbruch und Ausbreitung der Politik der "Popular Revolutionary Movement". Anfang 1969 war diese Organisation zu dem Entschluß gekommen, der beste Weg, um den Imperialismus aus den Golfgebieten zu vertreiben, sei, ihn an seinem schwächsten Punkt anzugreifen, nämlich dem Landesinneren von Oman. Deshalb gründete die PRM die "National Democratic Front for the Liberation of Oman and the Arab Gulf", die den bewaffneten Kampf in Oman führen sollte. Die Befreiungsfront betrachtete diesen Kampf als eine Ausweitung des Kampfes, der in Dhofar bereits geführt wurde. Am 12. Juni 1970 unternahm die Befreiungsfront eine Reihe von Überfällen und Angriffen auf Militärstationen im Gebiet der Grünen Berge, wo es politische Verbindungen zu der ... und Hirten gab. Die grundlegende Taktik war ... die Errichtung eines revolutionären Zentrums im Gebirge. Diese ausgedehnte militärische Operation zog eine Welle von Verhaftungen nach sich, von denen viele auf Fehler von Mitgliedern der Befreiungsfront zurückzuführen sind. Der gravierendste Fehler war, daß viele sich entschlossen hatten, in Matrah zu bleiben, einer Küstenstadt in der es sehr schwierig ist, Unterschlupf zu finden oder sich zurückzuziehen.

Am 18. Juni wurden eine ganze Reihe von Verhaftungen durchgeführt, und viele der Führer der Befreiungsfront wurden gefangengenommen. Unter ihnen waren Ahmad Humeidan, Sa'ud el-Salemi, Yahya el-Ghassani, Ahmad er-Rob'i und Seuliman Seif. Waffenlager wurden beschlagnahmt und den Briten wurde aus den erbeuteten Dokumenten klar, daß hinter den militärischen Ereignissen vom 12. Juni eine starke, weitverbreitete politische Bewegung stand. Diese Bewegung bildete eine echte revolutionäre Bedrohung für die Reaktion in diesem Gebiet und es lag kaum ein Monat zwischen den Verhaftungen (18. Juni) und dem Sturz Said bin Taimurs (23. Juli). Die schnelle Reaktion der Briten macht deutlich, wie sehr sie sich durch die Ereignisse gezwungen sahen, den Sultan loszuwerden.

Frage: Wie ist die Situation in anderen Teilen des Golfgebietes, etwa in Bahrein und Trucial Oman? In welchem Ausmaß gibt es eine Oppositionsbewegung in diesen Gebieten? Könnten Sie außerdem das Verhältnis erläutern von revolutionärem Guerillakrieg in den Ber-

gen von Dhofar und Oman einerseits, und dem revolutionären Kampf in einer völlig anderen Situation, nämlich in den Städten der Öl produzierenden Golfstaaten andererseits, wo es kein Hinterland gibt?

Said Seif: Die Briten und ihre einheimischen Agenten betrachten das Landesinnere von Oman als eine sichere Rückendeckung für die Verteidigung von Trucial Oman und den anderen Ölstaaten. Die revolutionäre Bewegung geht von der gleichen Prämisse aus, und deshalb kann die sichere Rückendeckung Großbritanniens genau in ihr Gegenteil umschlagen. Hinzu kommt, daß Oman aufgrund seiner geographischen Lage, seiner sozialen Zusammensetzung und der politischen Situation seiner Bevölkerung geeignet ist für revolutionäre Arbeit. In den restlichen Golfländern gibt es Anfänge einer revolutionären Tätigkeit in den Küstenstädten. Bahrein ist vor allem durch seine ungünstige Lage benachteiligt: erstens ist Bahrein eine Insel, und zweitens ist es weithin von Saudiarabien und dessen Militärstützpunkten umgeben. Zur Zeit geht in Bahrein selbst eine beachtenswerte Veränderung vor sich. Die revolutionäre Bewegung hat dort zwei verschiedene Phasen durchgemacht: die erste, in der Zeit von 1953-56, war eine reformistische, während die zweite, die sich 1965 entzündete, eine revolutionäre Phase war, die den bewaffneten Kampf forderte. Der Imperialismus versucht heute, genau das Programm zu verwirklichen, das sich die frühe reformistische und nationalistische Bewegung gegeben hatte. Dabei stützt er sich auf die verhältnismäßig große Mittelklasse und die Kompradorenbourgeoisie. Das ist Teil eines allgemeinen Versuchs, alle möglichen Kräfte gegen die revolutionäre Bedrohung aus Dhofar und dem Inneren Omans zusammenzubringen.

Was den Abzug der Briten betrifft, so glauben wir, daß dieser Abzug nur eine Formalität ist; er markiert lediglich die Wandlung vom Kolonialismus alter Prägung zum Neokolonialismus. Dieser Wechsel wird auf mehreren Wegen durchgeführt. Den verschiedenen Staaten wird der Schein der Unabhängigkeit verliehen, wie z.B. eigene Auslandsvertretungen und ein großer Verwaltungsapparat, der einen großen Teil der Intellektuellen aus der Mittelklasse an sich ziehen kann. Gleichzeitig wird das Gebiet enger an den Westen gebunden, nicht nur als ein Öl produzierendes Gebiet, sondern auch als Objekt für andere Investitionen und den Import von Konsumgütern. So war gerade in den letzten Monaten ein großer Zufluß von Finanzkapital zu verzeichnen.

Die Briten haben das ganze Gebiet immer in zwei Zonen aufgeteilt: einerseits Oman, das sich als unabhängiges Sultanat ausgibt, in dem alles, was geschieht, allein vom Willen seines Herrschers abhängt; andererseits der Rest der besetzten Golfgebiete unter britischem Schutz, aus denen sich Großbritannien Ende 1971 zurückziehen wird. Die Funktion dieser Unterteilung ist ganz klar. Sie ermöglicht es Großbritannien, seine Stützpunkte in den übrigen Golfgebieten aufzugeben und seine Kräfte in Oman zusammenzuziehen, und vor allem seine Position auf der Insel Masirah zu festigen. Nach dem Abzug aus den übrigen Golfgebieten wird Masirah der wichtigste Stützpunkt des britischen Imperialismus in diesem Gebiet sein, d.h. am Golf und am Indischen Ozean. Was uns betrifft, so machen wir keinen großen Unterschied zwischen der Art von Verträgen, die Großbri-

Erich Fried: Gedichte für Al-Djabha

Höre Israel 1971

Die Praxis des Zionismus
widerlegt die Antisemiten
die alle Juden verfolgen
mit ihrem Rassenhaß

Denn Zionisten sind tapfer
wie die Kosaken des Zaren
findig und räuberisch
wie die Gefolgsleute Hitlers

arrogant wie die Engländer
heimtückisch wie Hussein
verlogen wie Glubb Pascha grausam
wie Johnson Westmoreland und Nixon

kurzsichtig wie Tschiang Kai Scheck
rücksichtslos wie Suharto
schlau wie Mobutu und Banda
stur wie Johannes Vorster

Solche Eigenschaften sind aber sichtlich
international wie der Imperialismus selbst
Gegen den Internationalismus der Zionisten
kämpft drum der Internationalismus der Revolution

Entwicklungshilfe
(Hamburg 1971)

Der Redner beschreibt die Not
in Guatemala:
Zwölfjährige Mädchen
bieten sich einem schon an
Knappe zwei Mark
für eine ganze Nacht

Einige Zuhörer
fangen zu rechnen an:
Heimatpreise
Seereise oder Flugzeug
Vom wievielten Mal an
hat man das Fahrgeld herein?

Berichte über Kuba

Seit Fidel Castros Rede
las ich in westdeutschen und
englischen Zeitungen
acht oder neun Artikel
mit Theorien
warum Kubas Wirtschaft
noch immer
trotz harter Arbeit
an Schwierigkeiten krankt

Die Handelsblockade
durch Schiffe der USA
die schon zehn Jahre dauert
wurde in keinem erwähnt
Da das angesehene
Zeitungen waren
muß die Blockade
wirtschaftlich unwichtig sein

Auf lange Sicht

Das Gericht in Tennessee hat
einen Neger der eine Weiße
vergewaltigt haben soll
zu tausendfünfhundert Jahren
verurteilt mit der Begründung
"Die üblichen fünfhundert Jahre
reichen nicht aus für dieses Verbrechen denn
bloße fünfhundert Jahre sind für so einen Neger
nicht mehr als ein Schlag auf die Finger
Deshalb ist die Strafe verdreifacht"

Der Richter von Tennessee
hat ein feines Gefühl
für die Lebenskraft derer
die heute in seiner Macht sind

(nach dem Bericht im GUARDIAN, London, Dez. 1970)

ZUR THEORIE UND PRAXIS DER BEFREIUNGS- BEWEGUNGEN IN DEN PORTUGIESISCHEN KOLONIEN UND IN PALÄSTINA

Der palästinensische Widerstand und die Frage der „friedlichen Lösung“	S. 4
FRELIMO – Frente de Libertacao de Mocambique	S. 20
MPLA – Movimento Popular de Libertacao de Angola	S. 31
PAIGC – Partido Africano da Independência da Guiné e Cabo Verde	S. 39
Programme der MPLA und PAIGC	S. 45

DM 1,80

(Der Erlös dieser Broschüre dient der materiellen Unterstützung der Befreiungsbewegungen)

SAALA – HEIDELBERG
VDS – PROJEKTBEREICH INTERNATIONALISMUS

tannien mit den Gebieten, die offiziell unter seinem Schutz standen, geschlossen hat, und jener Art von Verträgen, die zwischen ihm und dem Sultanat von Oman bestehen.

Frage: Was meinen Sie als Vertreter der PFLOAG (Popular Front for the Liberation of the occupied Arab Gulf) zu der geplanten Union der arabischen Emirate? Meinen Sie, daß die Unstimmigkeiten innerhalb der UAE irgendeine Bedeutung haben; und welche Wirkung wird nach Ihrer Meinung der Abzug der Briten auf den Kampf in Dhofar haben?

Talal Saad: Alle britischen Vorhaben am Golf sind eine Antwort auf die Entwicklung des revolutionären Kampfes in diesem Gebiet. In gleichem Maße, wie die Revolution voranschreitet, werden Pläne entwickelt, sie zu liquidieren. Die UAE gehört mit zu dem britischen Versuch, die Revolution zu vernichten. Die UAE soll zwei Funktionen erfüllen: einen Damm gegen die voranschreitende Revolution zu bilden und die Ölinteressen des britischen und amerikanischen Imperialismus nach

dem formalen Abzug zu verteidigen. Es gibt zwar Differenzen innerhalb der UAE, aber die sind von untergeordneter Bedeutung, verglichen mit den herrschenden Interessen, die sie alle miteinander verbinden.

Die Revolution in Dhofar ist naturgemäß eng verbunden mit der Revolution am gesamten arabischen Golf. Auf lange Sicht wird der Weg, um den Imperialismus zu besiegen, ein schwieriger und langwieriger Kampf zur Entfaltung eines Volkskrieges für die Befreiung des gesamten Golfgebietes sein. Dieser muß vor allem in Oman militärisch und politisch entwickelt und vorangetrieben werden, so daß Oman zu der revolutionären Basis wird, von der der Funke der Revolution auf die Emirate und die Golfküste überspringen kann. Was nun den Abzug der Briten angeht, so wird der Raum die Position des britischen Imperialismus und seiner einheimischen Handlanger verändern.

(Aus: New Left Review NO.66, März-April 1971, S.53-58)

NEUES ROTES FORUM

NEUES ROTES FORUM 2/71

E. Ferreira

Namibia (Südwestafrika): Deutsche Kolonialmandat Südafrikas - Beute des internationalen Kapitals

D. Yaffe

Die Krise des britischen Kapitalismus - die jüngste Entwicklung

H.M. Mumm

Zur Spaltung der Black Panther Party

Zum Klassenkampf in Schweden

M. Schröder

Zu dem Aufsatz: "Die Krise des britischen Kapitalismus" von D. Yaffe in: NRF 3/70

NEUES ROTES FORUM 3/71

(erscheint Ende Mai)

Bericht vom 1. Mai 1971

Generaldebatte der Gruppe NRF
Programmatische Erklärung:

- Zur gegenwärtigen Epoche des internationalen Klassenkampfes
- Nur unter Anleitung der Kommunistischen Partei werden die Arbeiterklasse und die breiten Volksmassen die Herrschaft des Kapitals stürzen können!
- Zur ökonomischen Entwicklung in Westdeutschland
- Die Rolle der SPD im monopolkapitalistischen Staat
- Zur Politik an der Hochschule

proletarisch revolutionäres
AYDINLIK

Zentralorgan der Marxisten-Leninisten der Türkei

Adresse : 1 Berlin 12, Schillerstr. 64

enthält u. a.

- Die Großbourgeoisie hat ihre neue Regierung gebildet
- Eine reaktionäre Regierung kann eine andere ablösen, aber die Flamme der Revolution kann nicht gelöscht werden
- Über den Ausnahmezustand
- Berichte von Unterzeichnungsarbeiten über die Bauernfrage